DIE BURG

VIERTELJAHRESSCHRIFT DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

HEFT 3 / KRAKAU JULI 1943 / 4. JAHRGANG

BURGVERLAG / KRAKAU G. M. B. H.

DIE BURG

THE POLISH INSTITUTE AND
SIKORSKI MUSEUM.
366/T

VIERTELJAHRESSCHRIFT DES INSTITUTS
FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

HEFT 3 / KRAKAU JULI 1943 / 4. JAHRGANG
BURGVERLAG KRAKAU G. M. B. H.

Dostarczyła:
PLACÓWKA
M. I. i D.
w Lizbonie.

INHALTSVERZEICHNIS

Dr. Elfriede FLIETHMANN, Referentin an der Sektion Rassen- u. Volkstumsforschung des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau:
Das Deutsche Volk und die Völker Osteuropas. Eine Volksbiologische Skizze 147

Dr. Josef SOMMERFELDT, Referent für Judenforschung an der Sektion Rassen- u. Volkstumsforschung des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau:
Galizien und die ersten russisch-jüdischen Auswanderungswellen nach Amerika (1881—1883) 186

Generalstaatsarchivar Hofrat Professor Dr. J. KALLBRUNNER, Wien:
Quellen zur Geschichte deutscher Siedlung und deutscher Geltung in Galizien seit 1772 in den Wiener Archiven 197

BUCHBESPRECHUNGEN

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Hauptschriftleiter: Dr. Wilhelm Coblitz, Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Krakau. — Umschlag und Gestaltung: Helmuth Heinsohn. — Anschrift der Schriftleitung: Institut für Deutsche Ostarbeit, Krakau, Annagasse 12. — Fernruf: 152 82 — Burgverlag Krakau G.m.b.H., Verlag des Instituts für Deutsche Ostarbeit. — Auslieferung durch den Verlag, Krakau, Annagasse 5. — Druck: Zeitungsverlag Krakau-Warschau G.m.b.H., Krakau, Poststrasse 1. — Zu beziehen durch Verlag, Post und Buchhandel. — Jährlich erscheinen 4 Hefte. Bezugspreis für ein Heft 4,— Zl. (2,— RM), jährlich für 4 Hefte 16,— Zl. (8,— RM).

DAS DEUTSCHE VOLK UND DIE VÖLKER OSTEUROPAS EINE VÖLKSBIOLOGISCHE SKIZZE

VON DR. ELFRIEDE FLIETHMANN, KRAKAU

In einer Zeit der weitgehendsten politischen Beeinflussung des gesamten europäischen Ostens durch das deutsche Volk, erscheint der Versuch angebracht, das gegenwärtige Kräfteverhältnis in diesem Raum von volksbiologischen Gesichtspunkten aus zu untersuchen und die biologischen Kraftreserven der beteiligten Völker aufzuzeigen, um so auch für eine weitere Zukunft die voraussichtliche Entwicklung des historischen Geschehens beurteilen und lenken zu können.

Die Kraft, sich aktiv, das heißt nach eigenem Willen handelnd, am Völkerleben zu beteiligen, hat nur das Volk, das über die besten Fähigkeiten körperlicher Anpassung und aktiver geistiger Gestaltung gegebener Umstände, wie zum Beispiel seinen Lebensraum, verfügt, und durch zahlreiche Nachkommenschaft auch in seiner Expansionskraft den anderen Völkern überlegen ist.

Beispiele aus der Geschichte, wie das der Griechen und Römer, in unserer Zeit das der Franzosen, zeigen deutlich genug, wie ein Volk seine Bedeutung verliert, das seine Lebenskraft einbüßt und keine oder nur wenige Nachkommen aus seinem Blute und mit seinen Fähigkeiten zeugt, sondern seine Volkszahl nur mehr durch Aufnahme volksfremder, oft minderwertigerer Massen aufrecht erhält, die sich zwar bald zum Wirtsvolke zählen, dessen Charakter aber vollkommen ändern.

Können wir die Vital- und Geisteskraft als die anlage-, das heißt rassebedingten, primären Kraftquellen eines Volkes bezeichnen, so ergibt die Auseinandersetzung dieser beiden Kräfte mit dem Lebensraum die Wirtschaftslage als die sekundäre Kraftquelle, die aber ihrerseits rückwirkend die beiden ersteren fördernd oder hemmend beeinflussen kann.

Aufgabe dieser Arbeit soll es nun hauptsächlich sein, die biologische Kraft des deutschen Volkes und seiner Mit- und Gegenspieler auf dem osteuropäischen Schauplatz des Geschehens aufzuzeigen und ihre Entwicklung je nach dem Stand der Statistik der einzelnen Staaten seit Ende des vorigen oder Anfang des jetzigen Jahrhunderts zu verfolgen. Dabei ergibt sich als eine Notwendigkeit, auch auf den Lebensraum und die Wirtschaftslage einzugehen, aus deren Entfaltung man wieder weitgehende Schlüsse auf die geistigen Fähigkeiten und Möglichkeiten eines Volkes ziehen kann.

In die Betrachtung einbezogen und dem deutschen Volke gegenübergestellt wurden die baltischen Staaten: Finnland, Estland, Lettland und Litauen, das ehemalige Polen, das Protektorat Böhmen und Mähren, die Slowakei, Ungarn, die Balkanstaaten: Rumänien, Bulgarien, das ehemalige Jugoslawien, Albanien und Griechenland, und der gesamte Staatenkomplex der Sowjetunion mit dem asiatischen Teil. Die Abgrenzung des Gebietes erscheint nicht nur durch die gegenwärtige politische Konstellation gerechtfertigt. Neben historischen, staats- und wirtschaftspolitischen Gründen, die die Ausdehnung der deutschen Einflußsphäre über diesen Raum als eine Notwendigkeit erscheinen lassen, auf die aber in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden soll, ist für uns die Tatsache von ausschlaggebender Bedeutung, daß sich in diesem Raume die Auseinandersetzung zwischen zwei, in ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten vollkommen verschiedenen Rassengruppen, den Aufbauelementen der Völker und Schöpfern und Trägern ihrer Kulturen, abspielt.

Dem deutschen Volke, dessen Hochkultur in der Hauptsache durch die nordische Rassengruppe bestimmt ist, stehen Völker gegenüber, die aus einem Gemisch verschiedener Rassenelemente zusammengesetzt sind, in dem gegen Osten zu das mongoloide Element immer stärker zunimmt, und von denen keine ihren Trägern die Fähigkeiten gab, eine eigene bedeutende Kultur zu schaffen. Von Westen gegen Osten ist ein deutliches Absinken des Kulturniveaus zu bemerken, dessen Verlauf sich deutlich mit der von Westen gegen Osten immer schwächer werdenden, hauptsächlich durch das deutsche Volk vertretenen, nordrassischen Einflußsphäre deckt. Wie weit die nordische Rasse dabei als selbständiger Kulturschöpfer oder als Ferment für die Fähigkeiten anderer Rassen angesehen werden muß, kann hier nicht erörtert werden, ist aber eine der wichtigsten Aufgaben der Rassen- und Kulturforschung.

Der Kampf, der sich heute in diesem Ostgebiete abspielt und dem je nach der Einstellung des Betrachters weltanschauliche, machtpolitische, völkische und wirtschaftliche Motive zugrunde gelegt werden können, ist letzten Endes der Kampf zwischen zwei, in ihrer Auslese- und Entwicklungsrichtung völlig voneinander getrennten biologischen Einheiten, Rassengruppen, dessen endgültige Entscheidung nicht allein durch Waffen- und Staatsgewalt herbeigeführt werden kann.

Sieger bleibt — gemessen in Zeitspannen, die für Rassen- und Völkerleben maßgebend sind — zum Schlusse doch nur der, der die stärkste Lebenskraft besitzt, der die stärkste, das heißt durchschlagfähigste Nachkommenschaft hat.

Wie von diesem Gesichtspunkte aus das Kräfteverhältnis zu beurteilen ist, zeigen die folgenden Ausführungen.

LEBENSRAUM UND VOLK

Den Gesamtraum unseres Untersuchungsgebietes kann man vielleicht am besten durch zwei voneinander vollkommen verschiedene landschaftliche Ausbildungsformen charakterisieren, die sich in einer breiten Zone überschneiden und ineinander übergehen.

Die eine Form findet ihre Ausprägung im europäischen Westen und Südwesten, mit seiner kleinräumigen, stark reliefierten Landschaft, seinem durch Meer und Gebirge stark beeinflußten, örtlich leicht abgewandelten, jahreszeitlich aber gemäßigten Klima. Den Gegensatz dazu bildet die weiträumige Landschaft des osteuropäisch-asiatischen Gebietes, das eine einmalige starke Reliefierung nur durch den meridional die Landschaft durchziehenden Gebirgszug des Ural erfährt. Das Klima wird hier durch die riesige Landmasse beeinflußt, die starke jahreszeitliche Schwankungen mit heißen trockenen Sommern und eisigen schneereichen Wintern bedingt. Seiner Ausdehnung über ungefähr 40 Breitengrade entsprechend wird das Gesamtgebiet klimatisch auch in nord-südlicher Richtung gegliedert, durch Reliefierung und Meerlage aber stark modifiziert.

In einem breiten Streifen, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zieht, wirken die verschiedenen Gegebenheiten der beiden geschilderten Landschaftsräume aufeinander ein. Dabei greift das Bild der osteuropäisch-asiatischen Landschaft, ihrer Masse entsprechend, stärker in die Mischzone ein. Ihre Landschaftsformen greifen mit der norddeutschen und ungarischen Tiefebene weit gegen Westen vor, ihr Klima beeinflußt den europäischen Raum vom Ostrand der Alpen über das böhmische Becken bis zu den baltischen Ländern.

Der Verschiedenheit der Landschaftsformen entsprechend stellt sich uns auch das Bild der Bevölkerung dar. Die Frage, wie weit und auf welche Art sich Beziehungen zwischen den Landschaftsräumen und den menschlichen Formengruppen ergeben, kann in diesem Rahmen nicht erörtert werden.

Der spezialisierten Form des homo europaeus stehen die mongolischen Altformen der asiatischen Steppen gegenüber, der hochentwickelten und gegliederten Kultur und Zivilisation des Westens die primitive, zurückgebliebene des Ostens. Wie wir landschaftlich eine Misch- und Zwischenzone zwischen den zwei extremen Ausbildungszonen aufzeigen konnten, so können wir auch bei den Menschen in einer breiten Zwischenzone ein Anwachsen der Ähnlichkeit zu den beiden Extremformen des Europäers und des Mongolen bemerken, wobei wiederum die der mongolischen, also asiatischen Gruppe näherstehenden Formen, die größere Ausbreitung haben. Man denke nur an die herkömmlicherweise als ostbaltische, ostische und sudetische Rasse bezeichneten Formengruppen, die den Hauptteil des polnischen und tschechischen Volkes ausmachen und die in ihrem Grundtypus, mit ihrem Rundschädel und ihrer Flachgesichtigkeit, eher zu mongoloiden Formen neigen als zum Beispiel zu denen der nordischen Rasse. Gerade im tschechischen und polnischen Volk können wir aber auch noch Menschen mit deutlich mongoloiden Formen finden, die aller Wahrscheinlichkeit nach direkt auf mongolischen Blutseinschlag zurückzuführen sind. Haben doch sicher die wiederholten Einfälle mongolischer Horden in diese Gebiete ihre biologische Einwirkung gehabt. Für die drei obengenannten Rassengruppen sei aber betont, daß ihre Zuordnung zum mongolischen Ausstrahlungsgebiet nach rein äußerlichen, eindrucksmäßigen Gesichtspunkten erfolgte. Die Beantwortung der Frage ob und in welchem Grade vielleicht auch blutmäßige, verwandschaftliche Beziehungen bestehen, bedarf noch eingehendster Untersuchungen der Völker eben dieses Zwischengebietes.

Dem Übergewicht des osteuropäisch-asiatischen Ausstrahlungsgebietes in den physischen Erscheinungsformen tritt das stärkere Einwirken des Westens in geistiger Beziehung gegenüber. Es ist der Einfluß des hochaktiven westeuropäischen Geisteszentrums, übermittelt durch eine mehr oder weniger starke Schicht des homo europaeus, der die Völker dieses Zwischengebietes eine bestimmte kulturelle und zivilisatorische Höhe erreichen ließ, ja es ist letzten Endes diese westeuropäische Geisteskraft, die heute mitten im asiatischen Raum große Industriestädte entstehen läßt.

Es ist hier nicht der Ort, diesen Gedanken näher auszuführen, es sei hier nur auf die Bedeutung der mittelalterlichen deutschen Kolonisation in den Nachbarstaaten des Deutschen Reiches von der Ostsee bis über die Donau hingewiesen. Ja man kann den Kulturgrad dieser Völker in direkte Proportion zu dem Grad ihrer Durchdringung mit deutschem Blute setzen.

Die überragende Bedeutung, die dem Westen unseres Untersuchungsgebietes zukommt, ist klar aus der unterschiedlichen Verteilung der Menschen innerhalb des Gesamtraumes zu ersehen (Tab. 1).

Fläche und Bevölkerung der einzelnen Länder

Tabelle 1 Wirtschaft und Statistik 1941/2

Länder	Jahr	Fläche km²	Bevölkerung in 1000	Dichte auf 1 km
Prot. Böhmen u. Mähren[1])	1940	48901	7380	150,8
Deutsches Reich[2])	1940	680771	90031	132,2
Generalgouvernement	1940	93871	12107	129,0
Ungarn	1940	160729	13600	84,6
Slowakei	1940	38116	2691	70,6
Rumänien	1940	193000	13231	68,6
Bulgarien	1939	103146	6273	60,8

[1]) Wirtschaft und Statistik 1941/15. S. 299.

[2]) Mit den eingegliederten Ostgebieten, Eupen, Malmedy und Moresnet, aber ohne Protektorat.

Länder	Jahr	Fläche km²	Bevölkerung in 1000	Dichte auf 1 km²
Griechenland m. Athos	1940	129880	7201	55,4
Finnland	1939	346401	3864	11,2
Jugoslawien	1940	247542	15703	63,4
Estland	1940	47549	1122	23,6
Lettland	1939	65791	1995	30,3
Litauen	1940	59731	2925	49,0
Italienisches Imperium (europ. Teile)				
davon Albanien	1940	27538	1063	38,6
UdSSR (europ. Teile)[3][4]		5983500	129230468	21,6
davon RSFSR (europ. Teile)[3]		5411400	92702271	17,1
Ukraine (USSR)		445300	30960221	69,5
Weißrußland (BSSR)		126800	5567976	43,9
hierzu ehem. poln. Gebiete	1939	200000	11500000	65,0
Bessarabien	1940	44422	3191	71,8
Asien				
UdSSR (asiat. Teile)[5]	1940	15191500	41236718	
RSFSR (asiat. Teile)		11098900	16567343	1,5
Aserbeidschan (AsSSR)		86000	3209727	37,3
Georgien (GSSR)		69600	542289	50,9
Armenien (ASSR)		30000	1281599	42,7
Turkmenien (TurkSSR)		443600	1253985	2,8
Usbekien (UsbSSR)		378300	6282446	16,6
Kasakien (KasSSR)		2744500	6145937	2,2

[3]) Im Osten ist als geographische Grenze das Uralgebirge und die Ostgrenze der Gebiete Tschkalow (Orenburg), Swerdlowsk (Katherinenburg) und Tscheljabinsk, im Süden der Kamm des Kaukasusgebirges angenommen.
[4]) Ohne die zurückgewonnenen Gebiete in Polen, Finnland, den baltischen Staaten, ferner ohne Bessarabien und Nordbukowina.
[5]) Im Osten ist als geographische Grenze das Uralgebirge und die Ostgrenze der Gebiete Tschkalow (Orenburg), Swerdlowsk (Katherinenburg) und Tscheljabinsk, im Süden der Kamm des Kaukasusgebirges angenommen.

In dem gesamten Raum unseres Untersuchungsgebietes, der eine Fläche von 23,7 Millionen qkm umfaßt, leben 365,2 Millionen Menschen[1]). Auf den asiatischen Teil entfallen 15 Millionen qkm Fläche, aber nur 41,2 Millionen Menschen. Faßt man das gesamtrussische Gebiet[2]) als eine Einheit zusammen, was ja seiner Landschaft und seiner Bevölkerung nach als berechtigt erscheint, so entfallen auf diesen Raum 21,4 Millionen qkm oder 90,5% der Gesamtfläche und 185,6 Millionen Menschen oder 50,8% der Gesamtbevölkerung. Die übrigen 179,6 Millionen Menschen drängen sich auf einem Raum von 2,2 Millionen qkm zusammen. Der Anteil des Deutschen Reiches beträgt mit 680771 qkm 2,9% der Gesamtfläche, mit 90,031 Millionen Menschen aber 24,6% der Gesamtbevölkerung.

Eine Karte der Bevölkerungsdichte (Abb. 1)[3]) der einzelnen Staaten zeigt deutlich die starke Massierung der Menschen im Deutschen Reich und seinen unmittelbaren Einflußgebieten, dem Protektorat und dem Generalgouvernement, mit einer Volksdichte von 132 Menschen für das Deutsche Reich, 129 für das Generalgouvernement und 150 für das Protektorat.

[1]) Nach W. u. St. 1941/2.
[2]) Stand von 1940, ausgenommen Estland, Lettland u. Litauen.
[3]) Nach W. u. St. 1941/2.

In ziemlich weitem Abstand folgt dann Ungarn mit 84,6 Menschen auf den qkm. In die gleiche Gruppe gehörte noch das Gebiet der ehemaligen Republik Polen mit einer Bevölkerungsdichte von 90 Menschen. Eine Gruppe, deren Bevölkerungsdichte zwischen 55 und 70 liegt, bilden die Slowakei, die Ukraine und die Balkanstaaten mit Ausnahme von Albanien, dessen Volksdichte, bedingt durch den gebirgigen Charakter des Landes nur 38,6 beträgt.

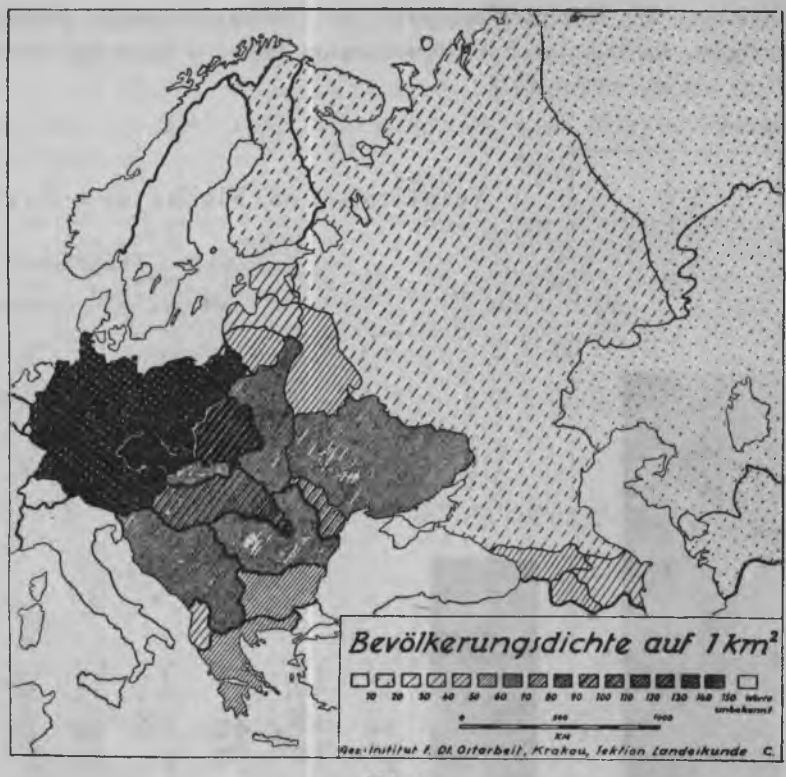


Abb. 1

Die Randstaaten der UdSSR, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Litauen und Weißrußland mit einer Dichte zwischen 37 und 50 und Estland und Lettland mit 23,6 und 30,3 Menschen auf den qkm bilden den Übergang zu den dünnbesiedelten Flächen des finnischen und großrussischen Staates, deren Dichte bei 11,2 und 17,1 liegt. Bei diesen beiden letztgenannten Staaten ist allerdings ihr großer Anteil an polaren Gebieten zu berücksichtigen, deren Wälder und Tundren siedlungsfeindlich sind. Die Dichte beträgt daher in den klimatisch und verkehrsgeographisch begünstigteren Landschaften wie Helsinki oder Petersburg 50, um Moskau über 60 Menschen auf den qkm.

Das Größenverhältnis der einzelnen Staaten zueinander und ihre Bevölkerungszahl zeigt die Abbildung Nr. 2. Der Riesenkomplex der Sowjetunion sticht deutlich gegen die übrigen Staaten ab, an deren erster Stelle das Deutsche Reich besonders durch seine hohe Bevölkerungszahl steht.

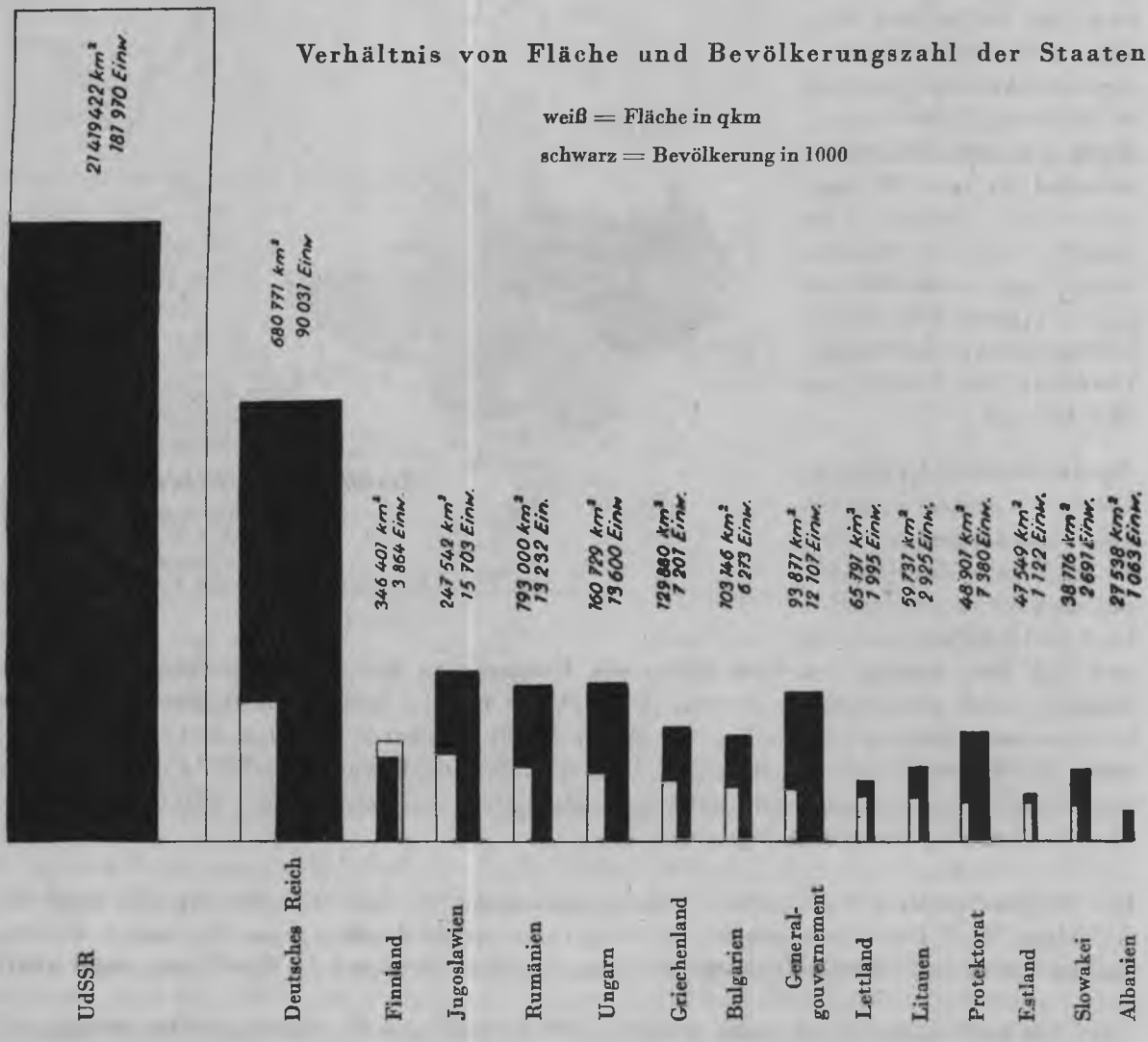
Es tritt nun die Frage an uns heran, wodurch diese verschiedene Bevölkerungsdichte bedingt ist.

Ganz allgemein ist die Bevölkerungsdichte das Ergebnis einer Auseinandersetzung einer sich ändernden — meist wachsenden — Anzahl von Menschen mit den Gegebenheiten eines bestimmten, abgegrenzten Raumes. Es kommt nun, abgesehen von den rein natürlichen Gegebenheiten wie Größe des Raumes, Güte des Bodens, Reichtum an Naturschätzen und Günstigkeit des Klimas, auf die Wachstumsintensität der Bevölkerung an und auf ihre Fähigkeit, sich den gegebenen Umständen am besten anzupassen. Wobei diese Anpassung in passiver und aktiver Richtung vor sich gehen kann. Ein Volk paßt sich passiv an, wenn bei steigender Menschenzahl die Produktionsgüter nicht gemehrt werden, sondern die Lebensbedürfnisse des Einzelnen eingeschränkt werden, sein Lebensstandard herabgesetzt wird. Ist auf diese Art das Existenzminimum erreicht, so tritt Abwanderung ein oder das Volk sucht auf kriegerischem Wege neuen Lebensraum zu gewinnen.

Bei aktiver Anpassung sucht man dem Anwachsen der Bevölkerung eine Steigerung der lebenswichtigen Güter durch Intensivierung und Höherentwicklung seiner Wirtschaftsformen anzu-

gleichen. Auf diesem Wege wird das Fassungsvermögen eines Raumes um ein mehrfaches gesteigert, so daß das Existenzminimum hier bei einer bedeutend höheren Bevölkerungsdichte liegt als im ersten Fall.

Abb. 2



Mit der Angabe der Bevölkerungsdichte allein ist also über den Grad der Ausnutzung oder Übervölkerung des Raumes noch nichts ausgesagt.

Ein Urteil darüber kann man erst nach einem Überblick über die natürlichen Kraftquellen eines Raumes und seine Wirtschaftsstruktur geben.

Bodennutzung

Die gesunde Lebensgrundlage eines jeden Staates ist oder soll zumindest die Landwirtschaft sein. Die rein natürlichen Möglichkeiten für sie ergeben sich aus dem Zusammenspiel von Bodenbeschaffenheit und Klima, die je nach dem Kulturstand und den Fähigkeiten des Volkes mehr oder weniger intensiv ausgenützt und verbessert werden. Eine Übersicht über die verschiedenen Zonen der Bodennutzung im europäischen Raum unseres Untersuchungsgebietes soll einen Einblick in die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Staaten geben (Abb. 3), wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß diese großzügige zonale Gliederung durch örtliche Erscheinungen wie

Wechsel der Bodenart und Reliefierung modifiziert wird. Einen Überblick über den Anteil der Staaten an wirtschaftlich ausgenutztem Boden gibt Tabelle 2. Wieweit allerdings diese genutzte Fläche auch der tatsächlich nutzbaren Fläche entspricht, wieweit also die wirtschaftlichen Möglichkeiten wirklich ausgenützt sind, ist damit noch nicht ausgesagt, kann aber im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter erörtert werden.

Hauptzonen der Bodennutzung[1])

1. Die Tundra: Renntierzucht, Jagd und Fischerei.

2. Nordische Nadelholzregion: Vorherrschend Waldnutzung (Holz und Jagd) im nördlichen Teil mit Renntierzucht, im südlichen mit Ackerbau (Gerste) und Rindviehzucht (nördl. Rußland, Finnland mit Ausnahme des südl. Teils).

3. Ackerbau und Viehzucht im Gebiet des zurückgedrängten gemischten Waldes und im nördlichen Teil Südeuropas sowie in den Steppen Südrußlands (hier früher Nomadismus). Nach Süden zunehmende Bedeutung des Obst- und Weinbaues.

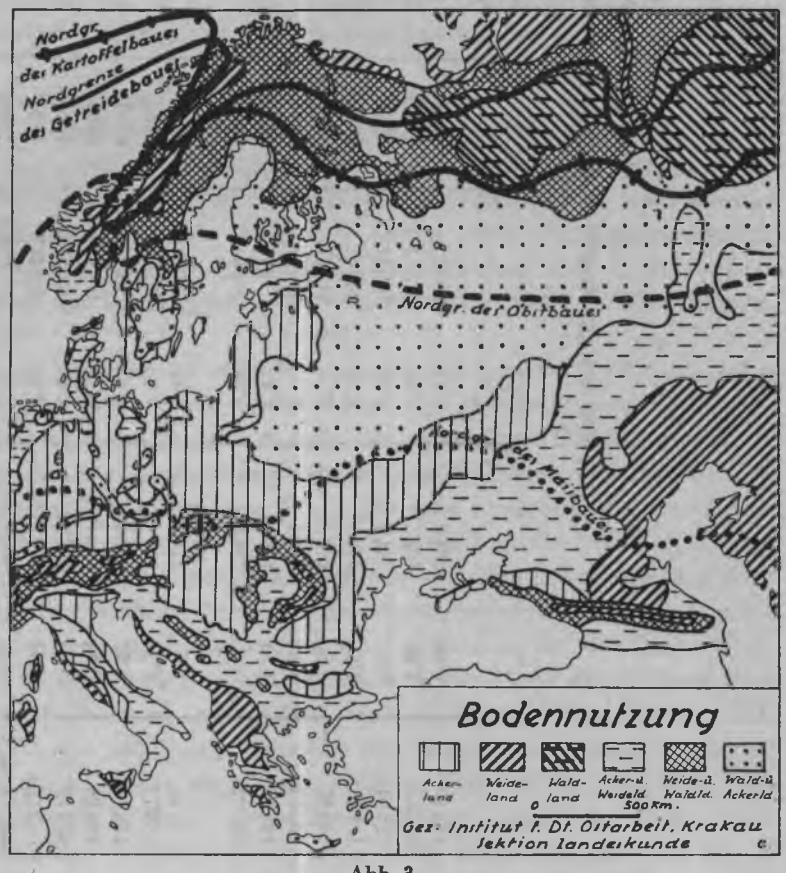


Abb. 3

Diese große Zone läßt sich (nach Knoll) weiter einteilen in:
a) Haferzone (im engeren Sinne): Südfinnland, Jütische Halbinsel, Nordseemarschen. Überwiegen des Hafers im Getreidebau, Benutzung auch als Brotfrucht. Kühle Sommer, Feldgraswirtschaft, starke Viehzucht.
b) Weizenzone (im Untersuchungsgebiet nicht vertreten).
c) Roggenzone: Deutschland, Österreich, Polen, Baltikum, das mittlere Rußland (Hafer als Futtergetreide).
d) Die submediterrane Mais-Weizenzone: Ungarn, Rumänien, Balkanhalbinsel. Dazu starke Baumkulturen (Kastanien, Maulbeerbaum, Obst, Wein).
e) Die südrussische Steppenzone: Weizen, teils auch Hafer und Gerste als Futtergetreide.

4. Im südlichen Südeuropa: Große Bedeutung der Baum- (Oliven usw.) und Rebkulturen neben dem Ackerbau (Weizen, Gerste).

5. Nomadische Viehzucht im Kaspischen Becken.

Wie aus der Gliederung ersichtlich, hat der größte Teil der untersuchten Staaten an der 3. Zone Anteil. Eine Ausnahme bilden im Norden Finnland und weite Gebiete der großrussischen Republik, die zum größten Teil in die wirtschaftlich weniger nutzbare 1. und 2. Zone fallen. Im Süden liegt Griechenland hauptsächlich in der 4. Zone, das an seinen Küsten eine intensive Obst-, Wein-

[1]) Sievers u. Meyer: Allgemeine Landeskunde. Band: Europa außer Deutschland. Bibl. Inst. Lpz. 1928.

Tab. 2

Landwirtschaftlich nutzbare Fläche in km² [1])

Staat	Jahr	Ackerland		Weide		Wald		Obst-Wein		Gesamtfläche	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
UdSRR.	1935	2239160	10,1	3973240	18,0	8111420	36,7	151060	0,6	22068710	100
Deutsches Reich . .	1939	222306	38,2	112335	19,3	171190	29,4	10525	1,8	582148	100
Polen	1939	185570	49,0	64800	17,0	83220	22,0	—	—	378972	100
Rumänien	1939	138761	47,0	41204	14,0	63364	21,4	6419	2,1	295049	100
Jugoslawien	1939	76137	30,7	61612	24,9	77797	31,3	6770	2,7	247542	100
Ungarn	1939	63352	68,1	16104	17,3	11668	11,8	3385	3,6	93085	100
Bulgarien	1938	40817	39,5	3075	3,0	?	?	1699	1,6	103146	100
Böhmen, Mähren, Schlesien[2])	1937	38467	48,8	3167	4,0	23528	29,8	73	0,09	78866	100
Litauen	1939	26355	44,3	11401	19,1	10434	17,5	—	—	59478	100
Finnland	1938	26072	6,8	8370	2,2	314193	82,0	—	—	382801	100
Griechenland	1939	23143	17,8	11161	8,6	24065	18,6	2667	2,0	129820	100
Lettland	1939	22306	33,9	16567	25,1	17471	26,5	—	—	65791	100
Slowakei[2])	1937	17684	36,1	5767	11,8	16452	33,6	140	0,2	48945	100
Estland	1939	11211	25,7	17201	39,4	9270	21,2	—	—	43674	100
Albanien	1938	3090	11,2	8485	30,8	9913	36,0	—	—	27538	100

[1]) Annuaire International de statistique agricole 1939-40. Rom 1941.

[2]) Statistická ročenka Rep. ČS 1938.

und Olivenkultur betreibt, während weite Gebiete des Inneren wegen seines gebirgigen, klimatisch ungünstigen Charakters nur als Weideflächen benutzt werden können oder überhaupt wirtschaftlich nicht nutzbar sind.

In der 3. Zone hat die submediterrane Mais-Weizenzone, in der Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien liegen, die größte landwirtschaftliche Produktionskraft. Allerdings haben außer Ungarn die genannten Länder einen starken Anteil an wirtschaftlich wenig nutzbarem Gebirgsboden, so daß dadurch ihre landwirtschaftliche Kapazität herabgesetzt wird.

Die in der Hafer- und Roggenzone gelegenen Länder haben zwar schon einen starken Ackerbau, doch steht die natürliche Produktionskraft des Bodens weit hinter der der Mais- und Weizenzone zurück. Und wenn trotzdem die ha-Erträge für verschiedene Getreidearten im Deutschen Reich größere sind, als in den von Natur aus begünstigteren Gebieten, so ist das auf den hohen Stand der Landwirtschaft im Reich zurückzuführen, die auch bei ungünstigen Naturgegebenheiten durch richtige Ausnützung der Gegebenheiten und künstliche Beeinflussung dem Boden höhere Erträge abzwingt als die von Natur aus bevorzugten, wirtschaftlich aber tiefstehenden Länder.

Die nebenstehende Tabelle, nach der absoluten Größe des Ackerlandes geordnet, gibt den absoluten Anteil der einzelnen Staaten an den verschiedenen Arten der Bodennutzung wieder. Es stehen da, der Größe ihrer Gesamtfläche entsprechend, die ehemalige UdSSR an erster Stelle, danach folgt das Deutsche Reich mit einer ungefähr 10 mal kleineren Ackerfläche. Die übrigen Staaten folgen in absteigender Größenordnung. Einen besseren Eindruck über den Anteil eines jeden Staates an wirtschaftlich nutzbarer Fläche gibt uns das Schaubild (Abb. 4), in dem die Staaten nach dem relativen Anteil an ihrer Ackerfläche in absteigender Folge geordnet sind. Es gibt dieses Bild einen ungefähren Überblick über die Ernährungsmöglichkeiten eines jeden Staates, wenn auch durch die verschiedene Produktionskraft des Bodens der Wert der Wirtschaftsfläche in den einzelnen Zonen etwas variiert. Ausgenommen aus dieser Beurteilung muß die UdSSR werden, da in diesem Staatenkomplex die wirtschaftlichen Möglichkeiten des riesigen Raumes noch lange nicht ausgenützt sind, während dies bei den anderen Staaten, zumindest den Fähigkeiten der einzelnen Völker nach, zum größten Teil der Fall ist. Wäre also die Wirtschaft aller Staaten auf eine rein landwirtschaftliche Grundlage gestellt, so müßte dieses Bild bei gleichen Lebensansprüchen der Völker zugleich auch einen Überblick über die Bevölkerungsdichte darstellen. Durch die starke Loslösung von der wirtschaftlichen Grundlage und die Differenzierung der Wirtschaft in einigen Staaten hat sich diese stark verschoben.

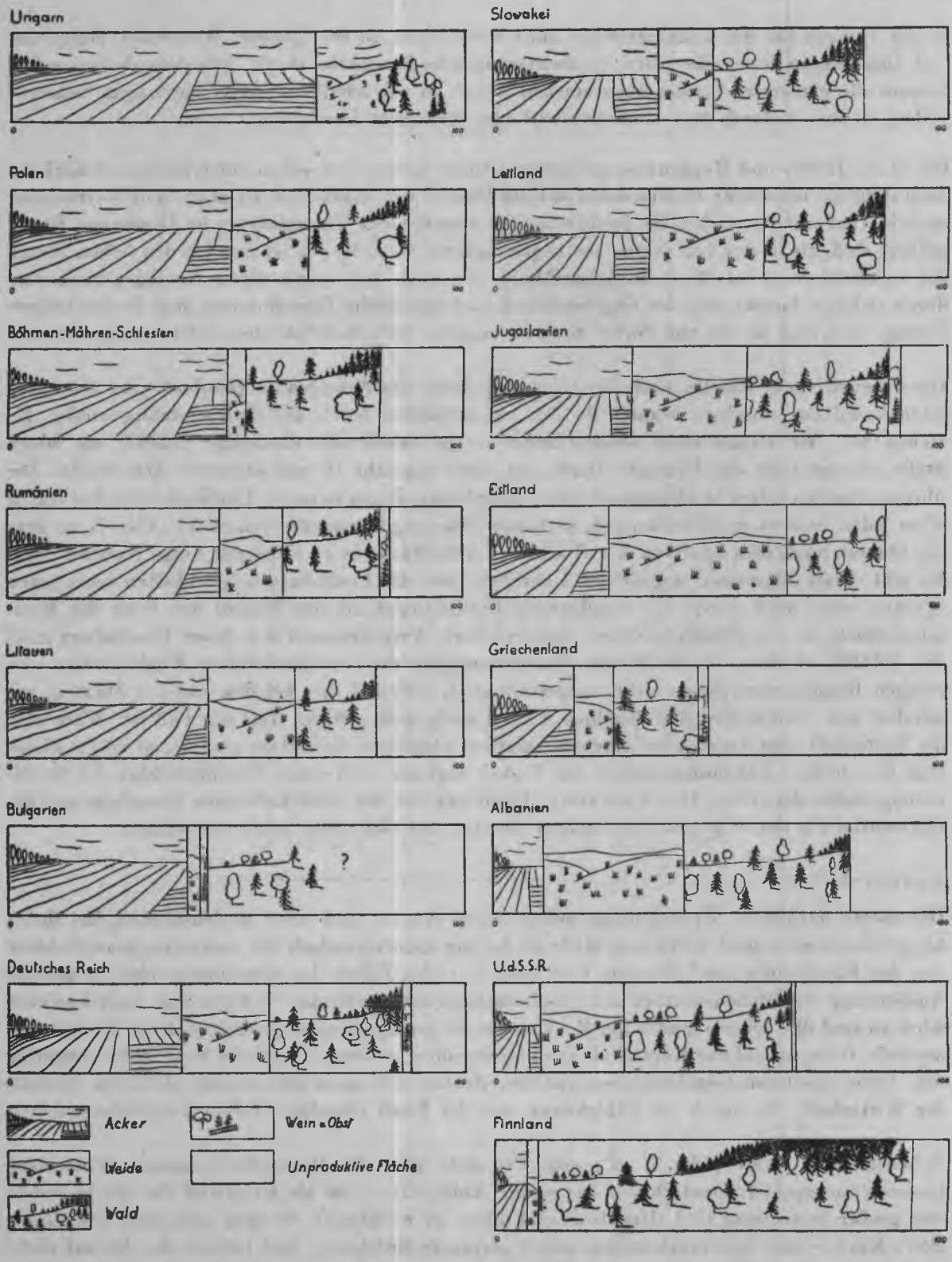
Bodenschätze

Die zweite natürliche Wirtschaftsgrundlage eines Staates sind seine Bodenschätze. Bei ihnen hängt allerdings in noch stärkerem Maße als bei der Landwirtschaft die Ausbeutungsmöglichkeit von den Fähigkeiten des Volkes ab. Und wenn in vielen Fällen das Brachliegen oder die geringe Ausbeutung von Bodenschätzen auf Kapitalmangel oder schlechte Verkehrslage zurückgeführt wird, so sind dies letzten Endes nur Zeichen für die geistige Unterlegenheit anderen Völkern gegenüber. Denn sowohl das Kapital als auch bis zu einem gewissen Grade die Verkehrsorientierung sind keine absoluten Gegebenheiten, sondern richten sich nach den jeweils aktivsten Zentren der Wirtschaft, die durch die Fähigkeiten und die Kraft einzelner Völker begründet werden.

Nebenstehende Karte (Abb. 5) gibt eine Übersicht über die Rohstoffvorkommen in unserem Untersuchungsgebiet. Deutschland hat reiche Kohlenlager, die als Kraftstoff für die Industrie von großer Bedeutung sind. Daneben wird Eisen in reichlichen Mengen gefördert. Die Zink-, Blei-, Kupfer- und Silbervorkommen haben geringere Bedeutung und können den Bedarf nicht decken. Durch die Eingliederung des Protektorates und der ostoberschlesischen Gebiete des

Abb 4.

Landwirtschaftlich nutzbare Fläche in Prozent der Gesamtfläche der Staaten



ehemaligen Polens sowie die Angliederung des Generalgouvernements sind weitere Kohlen- und Eisenvorkommen, aber auch Zink- und Bleisowie Erdöllager an das Reich gekommen. Von den Balkanländern tritt Rumänien durch den Besitz der größten Erdöllager des außerrussischen Europas hervor, im ehemaligen Jugoslawien warten reiche Kupferlager auf intensive Ausbeutung. Das Vorkommen anderer Bodenschätze ist von geringerer Bedeutung, wie die Braunkohlen- und Eisenerzlager, die nur für den heimischen Bedarf herangezogen werden. In Griechenland werden Zinkerze, Magnesit und Chronit gefördert.

Abb. 5

Reiche Bodenschätze hat der Riesenkomplex der UdSSR aufzuweisen, so: Kohle, Eisenerze, Kupfer, Mangan und Erdöl. Nicht zu vergessen ist für die gebirgigen Teile die Nutzungsmöglichkeit der Wasserkräfte, die bis jetzt nur zum geringsten Teil ausgenützt werden.

Verkehr

Wie schon erwähnt wurde, ist die Verkehrserschlossenheit eines Gebietes nur bis zu einem gewissen Grade eine natürliche Gegebenheit, die der Mensch je nach seinen Fähigkeiten in weitgehendem Maße beeinflussen kann und die auch je nach der Verkehrsorientierung eines Gebietes, die sich wieder nach den jeweiligen Kraftzentren richtet, zeitlich eine verschiedene sein kann. Es soll daher hier nicht weiter darauf eingegangen werden. Es soll darauf hingewiesen werden, daß in den meisten Fällen — eine Ausnahme bilden hierin weite unwirtliche Gebirge oder große Sumpfflächen — wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebene Gebiete nicht durch ihre Verkehrsunerschlossenheit in diesen Zustand kamen, sondern daß sie umgekehrt, durch ihre geistige Unfähigkeit den Anschluß an die Kulturzentren nicht fanden und wirtschaftlich und verkehrstechnisch zurückblieben. Und wenn in der letzten Zeit z. B. die Balkanländer immer stärker dem westeuropäischen Verkehrszentrum und der Wirtschaft angeschlossen werden, so ist dieser Umstand nicht so sehr durch die eigene Aktivität und Initiative dieser Staaten bedingt, als durch den Expansionsdrang Westeuropas, das für seine Wirtschaft immer weitere Räume als Bezugs- und Absatzländer erschließen muß.

WIRTSCHAFT

Es liegt nicht im Rahmen dieser Arbeit, eine eingehende Darstellung der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Staaten zu geben. Es soll nur auf solche Faktoren der Wirtschaft und auf deren

Begleiterscheinungen hingewiesen werden, deren Wirkung auf die Volksbiologie ziemlich unmittelbar und deutlich zu ersehen ist. Da sind vor allen Dingen die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung und die sich daraus ergebenden Lebensformen von einschneidender Bedeutung, wie durch die folgenden Darlegungen noch zum Ausdruck kommen soll. Besonders der Grad der Industrialisierung eines Landes und die damit verbundene Verstädterung wirken in einem ganz bedeutenden Maße, allerdings in negativer Beziehung, auf die Bevölkerungsentwicklung eines Gebietes ein. Es wurde daher der Anteil der verschiedenen Staaten an den einzelnen Haupterwerbszweigen einander gegenübergestellt (Abb. 6), (Tab. 3).

Tabelle 3

Prozentanteil der Erwerbstätigen in den Berufen in Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Handel- und Verkehr[1])

Staat	Jahr	Land- u. Forstwirtschaft	Industrie	Handel u. Verkehr
Deutsches Reich	1933	28,8	40,6	18,4
Böhmen-Mähren-Schlesien[2])	1930	28,5	40,8	12,1
Österreich	1934	31,7	36,9	16,2
Ungarn	1930	53,1	23,8	10,1
Griechenland	1928	53,7	28,1	11,7
Finnland	1930	64,6	22,0	7,5
Slowakei[2])	1930	56,8	19,0	10,1
Polen	1931	65,2	16,5	7,5
Estland	1934	68,2	16,8	7,1
Lettland	1930	66,0	13,4	8,5
Jugoslawien	1931	78,8	10,6	4,7
Bulgarien	1926	80,9	10,1	4,1
Litauen (ohne Memel) . .	1923	79,4	8,7	3,3
Rumänien[3])	1930	78,2	7,2	4,9
UdSSR[4])	1935	65,0	31,6	

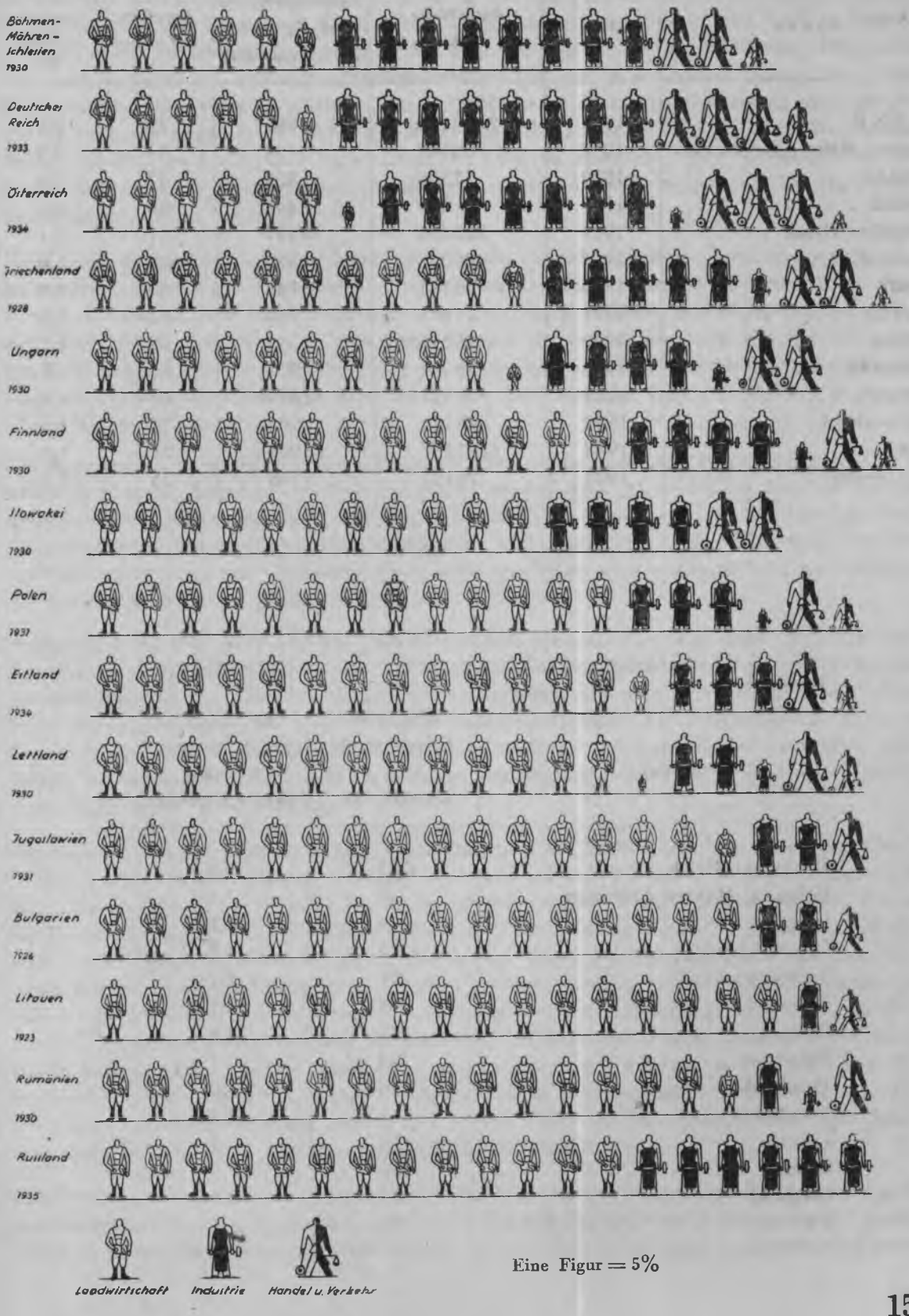
[1]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937.
[2]) Statistická ročenka Rep. Č. S. 1938, Prag.
[3]) H. Groß: Südosteuropa, Lpz 1937.
[4]) Geschätzt nach „The USSR in figures 1935" Moskau u. Wirtschaft u. Statistik 1939, Heft 19/20.

Um zeitlich nicht in zu große Divergenz mit den anderen Staaten zu kommen, die die letzte Berufszählung in den meisten Fällen um 1930 durchführten, wurde für das Deutsche Reich, für das eine Zählung für das Jahr 1939 bereits vorliegt, auf die Zählung vom Jahre 1933 zurückgegriffen, daher auch die Ostmark getrennt behandelt.

Ordnet man die Staaten nach dem Grad ihrer Industrialisierung in absteigender Reihenfolge, so steht das Deutsche Reich mit Böhmen und Mähren (also dem heutigen Sudetengau und Protektorat) an erster Stelle. Auch die Prozentzahlen Österreichs liegen annähernd in der gleichen Gruppe. In diesen drei Ländern ist auch der Anteil an Handel und Verkehr am stärksten, ein Zeichen für die hohe Differenziertheit der Wirtschaft in diesen Gebieten. Verhältnismäßig stark ist die Industrie in Griechenland vertreten, die sich hauptsächlich auf einheimische, landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Wein, Oliven, dann Seiden und Baumwolle stützt und zum größten Teil Kleinbetriebe aufweist. Der Struktur der Industrie entsprechend, die zum Großteil

Abb. 6

Prozentanteil der Erwerbstätigen in den Berufen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr



Eine Figur = 5%

Tabelle 4a

Agrarfläche zu Agrarbevölkerung

Staat	Jahr	Agrarfläche in km²	Erwerbspersonen in d. Agrarbev. in 1000 geschätzt	Agrarbev. auf 1 km²	auf 1 Agrarpers. entfallen ha
UdSSR	1935	2239160	63585	28	3,5
Böhmen, Mähren, Schlesien,	1937	38467	1353	35	2,8
Lettland	1939	22306	829	37	2,6
Estland	1939	11211	452	40	2,5
Deutsches Reich	1939	222306	10557	47	2,1
Finnland	1939	26072	1263	48	2,0
Ungarn	1939	63352	3182	50	2,0
Slowakei	1937	17684	948	53	1,8
Litauen	1939	26355	1567	59	1,7
Rumänien	1939	138761	9074	65	1,5
Bulgarien	1939	40817	2816	69	1,4
Griechenland	1939	23143	1706	73	1,3
Polen	1938	185570	13904	74	1,3
Jugoslawien	1939	76137	5706	75	1,3

Tabelle 4b

Staat	1 km² Agrarfl. zu Gesamtbevölk.	auf 1 Agrarper. entfallen andere Personen
Deutsches Reich	357	7,6
Böhmen, Mähren Schlesien	282	7,6
Ungarn	214	4,2
Griechenland	311	4,2
Jugoslawien	206	2,7
Slowakei	198	3,7
Polen	187	2,5
Bulgarien	153	2,2
Finnland	148	3,0
Rumänien	143	2,2
Litauen	110	1,8
Estland	100	2,5
Lettland	89	2,4
UdSSR	76	2,7

für die Ausfuhr arbeitet, ist der Anteil von Handel und Verkehr in der Wirtschaft verhältnismäßig groß. Wie überhaupt diese beiden Wirtschaftszweige ein guter Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung und Höhe eines Landes sind. So kann man abgesehen von den Industrieländern auch in den hauptsächlich agrarisch bestimmten Staaten zwei Gruppen unterscheiden, von denen eine doch noch immer einen Anteil von 7% am Handel und Verkehr aufweist, während er bei der anderen Gruppe unter 5% liegt. Die letztere Gruppe bilden die wirtschaftlich und auch kulturell am weitesten zurückgebliebenen Gebiete. Eine Unterscheidung des Anteiles von Industrie, Handel und Verkehr in der UdSSR war an Hand der Unterlagen nicht möglich, wie ja auch die angeführten Daten geschätzt sind, die Angaben für das Jahr 1926, die einen Anteil von 85% an Land- und Forstwirtschaft, 8,9% an Industrie, 2,9% an Handel und Verkehr aufzeigen, durch die rasche Industrialisierung, die die UdSSR im Zuge der Fünfjahrespläne durchmachte, längst überholt sind.

Nach den bisherigen Darlegungen könnte die Ansicht entstehen, daß das Verharren vieler Länder im Agrarstadium auf das Vorhandensein reichlichen Ackerbodens zurückzuführen ist, die Bevölkerung es daher einfach nicht nötig hat, sich vom Boden zu lösen, und ihren Lebensunterhalt durch industrielle Betätigung zu erwerben, während die industrialisierten Staaten eben durch den Bodenmangel zu diesem Erwerbzweig gezwungen wurden. Wie weit diese Annahme stimmt, zeigt am besten eine Aufstellung über die Besitzverhältnisse der Agrarbevölkerung in den einzelnen Staaten.

Die beiliegende Tabelle 4a gibt einen Überblick über die tatsächlichen Besitzverhältnisse in den einzelnen Staaten. Allerdings muß wieder betont werden, daß auf Grund der verschiedenen statistischen Aufnahmemethoden der einzelnen Staaten, die Angaben sowohl für den Ackerboden als auch für die erwerbstätige Agrarbevölkerung nicht vollgültig vergleichbar sind, die Daten der Tabellen also nur mit Vorbehalt miteinander verglichen werden können und nur annähernd die wahren Verhältnisse wiedergeben.

Jedenfalls sieht man aber aus der Tabelle deutlich, daß die Annahme eines Bodenreichtums der Agrarstaaten in vielen Fällen nicht zutrifft, daß im Gegenteil gerade die Länder mit der stärksten Agrarbevölkerung wie Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien u. a. m. den relativ geringsten Bodenbesitz haben. Die hohe Zahl landwirtschaftlich Erwerbstätiger, die in Griechenland auf 1 qkm Ackerland kommt, ist zum Teil durch die intensive Obst- und Gartenkultur erklärlich, die die Bauern neben dem Ackerbau oder sogar hauptsächlich treiben und die eine größere Menschenmenge auf diesem Raum ernährt.

Ein anderes Bild entsteht, wenn man die Ackerfläche der Staaten zu ihrer Gesamtbevölkerung in Beziehung setzt und ausrechnet, wieviel Menschen auf 1 qkm Ackerland entfallen (Tabelle 4b). Es ist damit zugleich ein Bild der Ernährungsgrundlage der einzelnen Staaten gegeben. Da steht das Deutsche Reich mit 357 Menschen auf den qkm Ackerboden am schlechtesten da. Allerdings muß wieder betont werden, daß durch den hohen Stand der Landwirtschaft aus dem Ackerboden bedeutend höhere Erträge erzielt werden als in den meisten anderen Ländern. In Griechenland ist die hohe Zahl auf die geringe Verbreitung des Ackerbodens zurückzuführen, da an den Küsten Baum- und Gartenkulturen vorherrschen, das Innere aber zum Großteil unproduktiven Boden aufweist. Eine günstige Ernährungsgrundlage weisen die baltischen Staaten Estland und Lettland auf, wie diese beiden Staaten in ihrer Struktur einen gesunden, kulturell ziemlich hochstehenden Agrarstaat erkennen lassen, was letzten Endes auf den starken deutschen Einfluß, dem diese Gebiete lange unterstanden, zurückzuführen ist.

Abschließend soll ein Schaubild noch einmal das Verhältnis von Agrarland zu Agrarbevölkerung und Gesamtbevölkerung verdeutlichen (Abb. 7). Die unterschiedlichen Verhältnisse der einzelnen Staaten kommen darin so klar zum Ausdruck, daß eine weitere Erklärung wohl überflüssig erscheint.

Abb. 7

Verhältnis vom Agrarland zur Agrarbevölkerung zur Gesamtbevölkerung

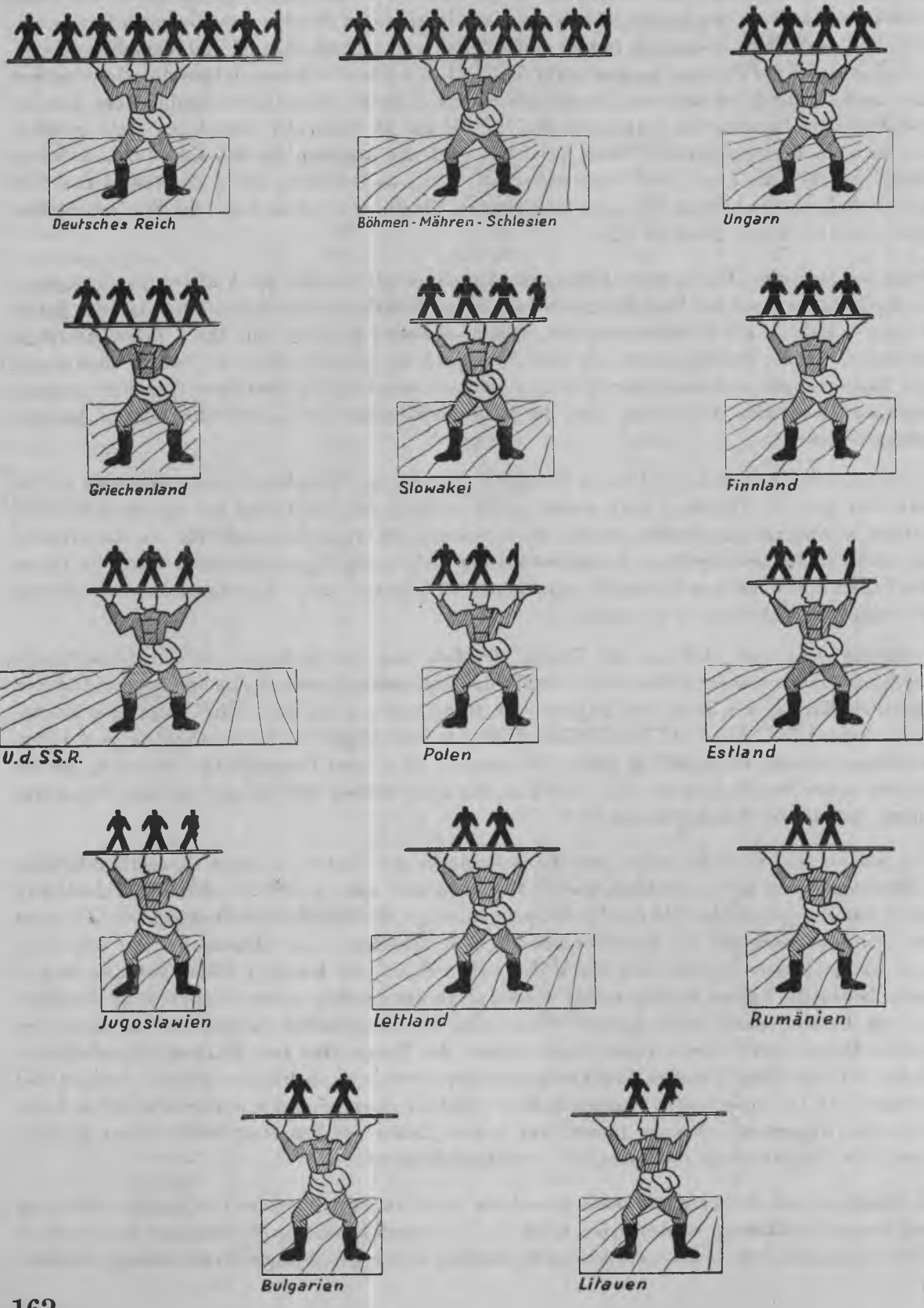


Tabelle 5

Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937)

Staaten	Zeitpunkt der Zählung	Gesamtbevölkerung	Bevölkerung in Gemeinden mit..... Einwohner				
			weniger als 10000	10000—20000	20000—50000	50000—100000	100000 — u. mehr
Deutsches Reich	1933	100	50,4	6,1	7,9	5,4	30,2
Deutsches Reich[1])	1939	100	56,4		13,1		30,5
Protektorat[2])	1939	100	67,9	6,5	4,2	0,8	20,6
Lettland	1935	100	71,8	1,5	4,1	2,9	19,7
				12,8			
UdSSR	1926	100	84,1	3,8	2,8	2,8	6 ,5
UdSSR[3])	1939	100	67,2		12,8	3,9	16,1
Griechenland[4])	1928	100	71,0	4,0	7,7	1,9	15,4
Griechenland	1940	100	70,3	5,4	7,2	2,5	14,6
Ungarn[5])	1930	100	57,5	10,0	11,5	6,5	14,5
Estland	1934	100	74,3	4,2	4,0	5,2	12,3
ehem. Polen	1931	100	79,4	3,4	4,5	2,2	10,5
Finnland	1930	100	61,7	22,8	4,0	4,9	6,6
Bulgarien	1934	100	83,8	4,1	4,5	1,2	6,4
Rumänien[4])	1930	100	82,7	3,9	3,7	3,8	5.9
Slowakei[6])	1940	100	92,1		2,7	—	5,2
Litauen (ohne Memel)	1935	100	92,6	0,9	2,0	—	4,5
Jugoslawien	?	100	68,5		9,7		3,8
Österreich	1934	100	60,5	3,9	3,1	0,9	31,6

[1]) Wirtschaft und Statistik 1940/481. — [2]) W. u. St. 1941/15. — [3]) W. u. St. 1939/12. — [4]) W. u. St. 1941/1. — [5]) W. u. St. 1941/5. — [6]) W. u. St. 1941/12.

Siedlung

In engem Zusammenhang mit der Tätigkeit einer Bevölkerung steht auch die Siedlungsweise. Bäuerliche, wirtschaftlich wenig entwickelte Gebiete haben naturgemäß einen bedeutend geringeren Anteil an größeren Siedlungen als Staaten mit hochentwickelter Industrie und regem Handel und Verkehr, für die eine Ballung der Menschenmassen auf kleineren Räumen eine notwendige wirtschaftliche Voraussetzung ist.

Die Übersicht über den Anteil der Bevölkerung an den einzelnen Gemeindegrößenklassen (Abb. 8, Tab. 5) zeigt deutlich, ein wieviel höherer Prozentsatz der Bevölkerung des Deutschen Reiches in Mittel- und Großstädten wohnt als in den übrigen Staaten. Besonders der Anteil an Städten mit über 100000 Einwohnern ist ein ganz überragender. So liegen im Deutschen Reich, ohne das Protektorat und Generalgouvernement, also auf einem Raum von 680771 qkm oder 2,9% der Gesamtfläche des Untersuchungsgebietes, 70 Großstädte, das sind 40,7% der Städte über 100000 Einwohner des Gesamtgebietes. Ein noch größerer Unterschied im Anteil an Großstädten ist für das Jahr 1910 zu bemerken, wo der Anteil des Deutschen Reiches an Großstädten mit 53,4% über die Hälfte aller Großstädte betrug. Der relative Rückgang des Anteiles für das Jahr 1939 ist auf das starke Anwachsen der Großstädte in der ehemaligen UdSSR zurückzuführen, deren Zahl von 28 im Jahre 1910 auf 80 im Jahre 1939 angewachsen ist. Auch hier ist die Verstädterung mit der starken Industrialisierung Rußlands im Zuge der Fünfjahrespläne zu erklären.

Zusammenfassung

Wenn wir nach diesen Erörterungen über die Wirtschaftslage der Staaten noch einmal auf die Volksdichte und die Frage der Übervölkerung zurückkommen, so kann man diese von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten.

Geht man von der Frage aus, wie weit die Ernährungsgrundlage eines jeden Staates durch seine eigene Landwirtschaft sichergestellt ist, so ist das Deutsche Reich mit dem Protektorat am stärksten übervölkert, wie aus dem Schaubild deutlich hervorgeht. Abgeschwächt wird ja der starke Unterschied zwischen den Staaten, wie er am Schaubild zum Ausdruck kommt, durch den bedeutend höheren Stand der Landwirtschaft in diesen beiden Gebieten, so daß die Ernährungsmöglichkeiten hier bessere sind, als sie bei einem Vergleich am Schaubild erscheinen.

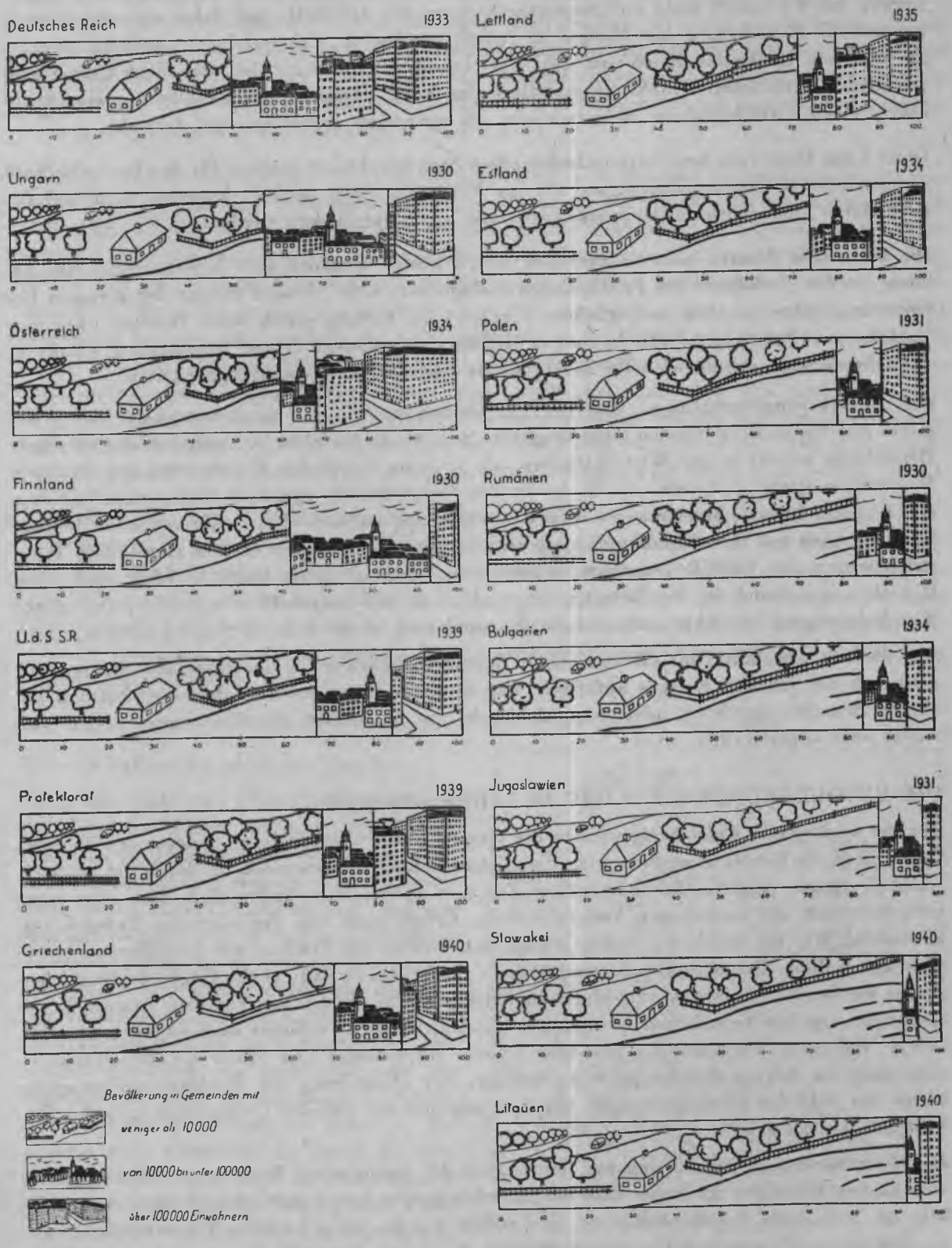
Ein anderer Maßstab, die Übervölkerung eines Gebietes zu erfassen, ist — freier Warenaustausch zwischen den Staaten vorausgesetzt — die Frage nach den Arbeitsmöglichkeiten und den Lebensverhältnissen einer Bevölkerung. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist das Verhältnis der Übervölkerung der Staaten gerade umgekehrt.

Hier ist es gerade das Deutsche Reich, das durch seine hochentwickelte, stark differenzierte Wirtschaft einen bedeutenden Bedarf an Arbeitskräften aufweist, der in den letzten Jahren immer mehr anstieg und besonders nach Beendigung des jetzigen Krieges noch weiter ansteigen wird, so daß heute schon ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden müssen, während in den Balkanländern und dem ehemaligen Polen ein starker Arbeiterüberschuß herrschte, der infolge des Fehlens einer kräftigen Industrie immer wieder in der Landwirtschaft untergebracht werden mußte, was durch die starke Zerstückelung des Bodens in Klein- und Zwergbetriebe zu einer Verelendung der Bevölkerung führte.

Auch die Auswanderung, die in einigen der Staaten, besonders in Polen und Bulgarien hohe Zahlen erreichte, ist ein Zeichen für den starken Menschenüberschuß dieser Staaten.

Abb. 8

Verteilung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen (in Prozent)



Wir haben demnach in unserem Untersuchungsgebiet zwei Staatengruppen vor uns, deren eine, größere von den Staaten gebildet wird, die zwar eine ausreichende Ernährungsgrundlage für ihre Bevölkerung aufweisen, diese aber durch den Mangel an richtiger Planung und Differenzierung der Wirtschaft nicht voll auswerten können, der Arbeiterbedarf daher ein sehr geringer ist und die Bevölkerung aus Mangel an Arbeit verelendet, während in der anderen Gruppe, die nur vom Deutschen Reich und dem Protektorat gebildet wird, bei dem Fehlen einer ausreichenden natürlichen Ernährungsgrundlage durch die Fähigkeit der Bevölkerung eine hochdifferenzierte Wirtschaftsform zu entwickeln, ein steigender Arbeitermangel herrscht.

Diese Lage birgt vom bevölkerungsbiologischen Standpunkt aus gesehen für das Deutsche Volk verschiedene Gefahrenmomente, auf die im Folgenden noch zurückgekommen wird und die auch durch eine politische Umgestaltung allein nicht aufgehoben werden.

Die baltischen Staaten nehmen zwischen diesen beiden Gruppen eine Mittelstellung ein. Bei ihnen ist das Verhältnis der Ernährungsgrundlage zum Arbeitsbedarf infolge der geringen Bevölkerungsdichte ziemlich ausgeglichen. Finnland ist, bedingt durch seine Nordlage, auf eine Einfuhr von Nahrungsmitteln besonders Getreide angewiesen. Seiner Bevölkerung schafft es aber durch seine gut entwickelte Holzindustrie ausreichende Lebensmöglichkeiten.

Die Bevölkerungsverhältnisse der UdSSR können wegen der Großräumigkeit dieses Gebietes mit den anderen Staaten nicht verglichen werden. Es bestehen hier zwischen den einzelnen Republiken sowohl in der Wirtschaftsform als auch im Grade der Bevölkerung der einzelnen Republiken starke Unterschiede. So ist in den hauptsächlich agrarisch bestimmten Gebieten der Ukraine bereits Bodenmangel und Übervölkerung zu bemerken, während weite Gebiete Sibiriens noch auf ihre Nutzbarmachung warten. Durch die immer stärker einsetzende Industrialisierung der UdSSR besonders während des letzten Jahrzehntes wurden auch viele Menschen vom Land in die Industrie abgezogen, so daß innerhalb der UdSSR eine starke Wanderbewegung herrschte, während die Auswanderung in die anderen Staaten untersagt war.

Der nächste Abschnitt soll die natürliche Bevölkerungsbewegung der einzelnen Staaten vor Ausbruch des jetzigen Krieges aufzeigen, um zu untersuchen, wieweit der wirtschaftlich bedingte Menschenüberdruck oder -mangel durch das natürliche Bevölkerungswachstum verstärkt oder abgeschwächt wird.

DIE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM JAHRE 1939 (1938)

Für die vorliegende Aufstellung wurden die letzten, vor Ausbruch dieses Krieges erreichbaren Daten über die Bevölkerungsbewegung der einzelnen Länder verwendet, da durch die kriegerischen Ereignisse Angaben für eine spätere Zeit nur vereinzelt zu finden sind, diese aber auch teilweise durch die veränderten Verhältnisse im Kriege stark von der normalen Entwicklung abweichen. Wie die Erfahrung bisher gezeigt hat, erfährt die Tendenz der Bevölkerungsbewegung durch diese Ereignisse keine grundsätzliche Änderung, so daß bei der Rückkehr friedlicher Zeiten die Bevölkerungsbewegung einen ähnlichen Verlauf nimmt, wie vor dem Kriege. Es ist also nicht nur aus technischen Gründen notwendig, sondern erscheint auch sachlich gerechtfertigt, für einen Vergleich der einzelnen Länder miteinander den Stand der Bevölkerungsbewegung der letzten Friedensjahre zu wählen. Zur Darstellung der Bevölkerungsbewegung wurde die Zahl der Eheschließungen, der Lebendgeborenen und der Gestorbenen und der Geburtenüberschuß erfaßt.

Der Wert dieser einzelnen Daten zur Beurteilung der biologischen Kraft eines Volkes ist sehr verschieden. Besonders die Daten über die Eheschließungen lassen eher Schlüsse über wirtschaftliche als biologische Gegebenheiten zu, und stehen nur in einem lockeren Zusammenhang mit der Geburtenhäufigkeit in den einzelnen Staaten. So ist bei einem plötzlichen starken Ansteigen

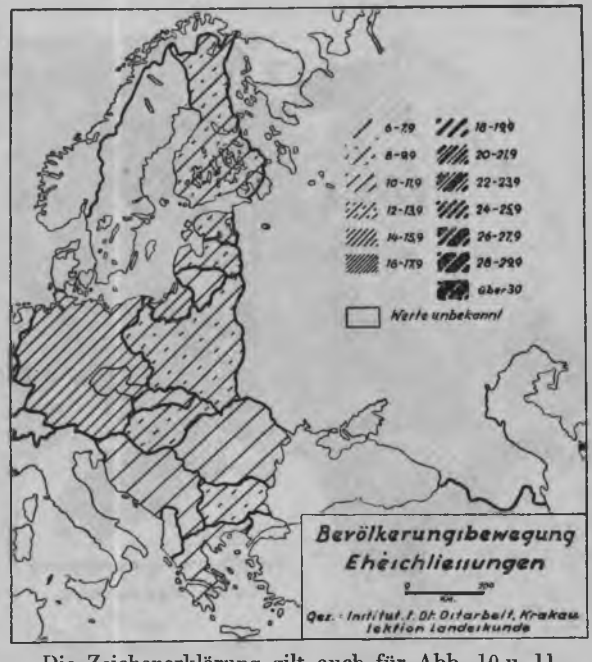
der Heiratshäufigkeit durch eine größere Zahl von Erstgeborenen im Jahr darauf auch ein Anwachsen der Geburtenkurve zu beobachten, doch sind für eine gesunde Geburtenbilanz die Geburten aus kinderreichen Familien von größerer Bedeutung. Wie sehr Heirats- und Geburtenhäufigkeit von verschiedenen Faktoren abhängen, zeigt deutlich ein Vergleich der beiden Zahlen für die verschiedenen Staaten. In den stark industrialisierten Ländern wie dem Deutschen Reich und dem Protektorat ist eine hohe Zahl von Eheschließungen zu verzeichnen, während die Geburtenzahl in diesen beiden Ländern, besonders im Protektorat, stark hinter der der Agrarstaaten mit geringerer Heiratshäufigkeit zurückbleibt.

Die Sterblichkeitsziffern sind bedingt durch die Höhe von Zivilisation und Hygiene in den einzelnen Staaten, dann aber auch durch den Altersaufbau der Bevölkerung. In einem überalterten Volke, bei dem die höheren Altersstufen verhältnismäßig stark besetzt sind, wird auch bei der fortgeschrittensten hygienischen und medizinischen Betreuung die Sterblichkeitsziffer eine höhere sein als bei einem jungen Volke, gleiche hygienische und medizinische Verhältnisse vorausgesetzt. Bis zu einem gewissen Grade ist die durch mangelnde hygienische und medizinische Betreuung bedingte Sterblichkeit ein Ausmerzefaktor in der Bevölkerung, der in Staaten mit hochentwickelter Medizin ausfällt und so zu Degenerationserscheinungen führen kann. Die Differenz zwischen der jährlichen Geburten- und Sterblichkeitsziffer stellt den natürlichen jährlichen Bevölkerungszuwachs dar. Er gibt die Menschenzahl an, um die sich eine Bevölkerung im Jahre auf natürlichem Wege vermehrt, in manchen Fällen auch verringert. Die mechanische Änderung der Bevölkerungszahl durch Zu- und Abwanderung wird dabei nicht berücksichtigt.

Auch diese Angaben lassen keinen unmittelbaren Schluß auf die biologische Kraft einer Bevölkerung zu. Es ist ein Unterschied, ob der Bevölkerungsüberschuß durch eine hohe Geburtenzahl oder durch stark verminderte Sterblichkeit hervorgerufen wird und ob die Anzahl der Geburten auf eine größere oder kleinere Zahl im zeugungsfähigen Alter stehender Personen fällt. Aufschluß über die tatsächliche biologische Wertigkeit der einzelnen Daten gibt der sogenannte bereinigte Geburtenüberschuß, bei dem der Altersaufbau der jeweiligen Bevölkerung mitberücksichtigt wird.

Im Folgenden seien die Daten der einzelnen Staaten miteinander verglichen.

Abb. 9



Die Zeichenerklärung gilt auch für Abb. 10 u. 11

Eheschließungen (Abb. 9) (Tab. 6)

Die größte Zahl von Eheschließungen weist das Deutsche Reich und das Protektorat auf. Dies ist hauptsächlich durch den wirtschaftlichen Aufstieg dieser beiden Industrieländer in den letzten Jahren bedingt, wodurch viele aufgeschobene Ehen endlich geschlossen werden konnten, es aber auch den jungen Jahrgängen ermöglicht wurde, bereits eine Ehe zu schließen. In den Agrarstaaten sind die Heiratsaussichten der jungen Leute wesentlich schlechter, da diese spät oder als Knechte gar nicht in die Lage kommen, einen eigenen Hausstand zu gründen. Es erübrigt sich, näher auf die Daten der einzelnen Staaten einzugehen, da sie biologisch gesehen von geringer Bedeutung sind. Dies zeigt deutlich ein Vergleich der Darstellung der Zahl der Eheschließungen mit der der

Lebendgeborenen, wo gerade die Staaten mit der geringsten Zahl an Eheschließungen die stärkste Geburtenhäufigkeit aufweisen.

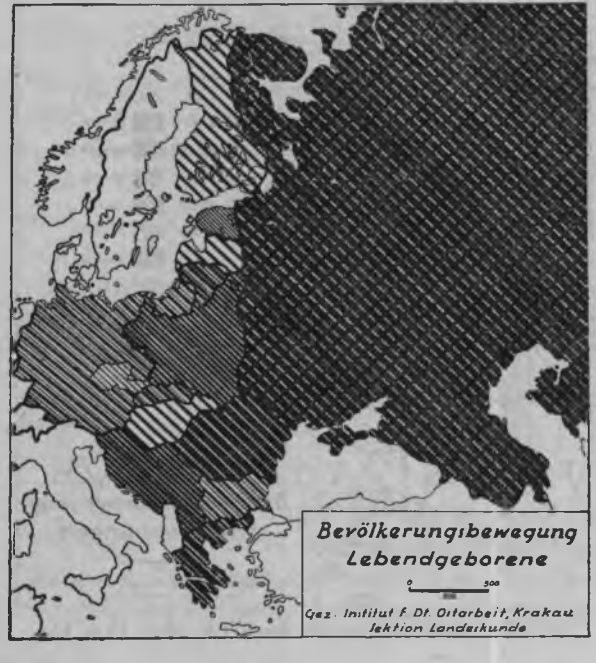
Für die UdSSR. sind keine Unterlagen für die Erfassung der Bevölkerungsbewegung in den letzten Jahren vorhanden.

Tabelle 6 Eheschließungen[1])

Länder	Jahr	insgesamt	auf 1000 Einwohner
Deutsches Reich	1939	944246	11,8
Prot. Böhmen u. Mähren .	1939	80479	10,9
Polen (ehem.)	1938	278712	8,0
Ungarn	1939	87318	8,6
Slowakei[2])	1936	26663	7,6
Rumänien	1939	156933	7,9
Bulgarien	1939	56071	8,8
Griechenland	1938	46452	6,6
Finnland	1938	33609	8,7
Jugoslawien[3])	1939	123817	7,9
Lettland[4])	1938	—	8,5
Litauen	1938	—	7,9
Estland	1938	—	8,4
UdSSR	?	?	?

[1]) Wirtschaft und Statistik 1941/5.
[2]) Statistická ročenka Rep. Č.S. 1938.
[3]) Wirtschaft und Statistik 1941/8.
[4]) Fr. Burgdörfer, Krieg und Bevölkerungsentwicklung, München-Berlin 1940

Abb. 10



Lebendgeborene (Abb. 10) (Tab. 7).

Ein Blick auf die kartographische Darstellung läßt deutlich den höheren Anteil an Lebendgeborenen in den östlichen und südöstlichen Staaten erkennen. Für Rußland ist auch für die Geburtenhäufigkeit keine Angabe für die letzte Zeit zu finden. Eine Angabe[1]) für das Jahr 1935 mit 44 Geburten auf 1000 der Bevölkerung dürfte doch etwas zu hoch gegriffen sein, wie sich aus der Berechnung des Bevölkerungswachstums aus den Bevölkerungszahlen der Volkszählungen von 1926 und 1939 ergibt. Es kommt nach dieser Berechnung ein jährlicher Bevölkerungszuwachs von durchschnittlich 12,5 auf 1000 der Bevölkerung heraus. Soll man da nicht mit

[1]) St. Nowakowski: Wielka Geografia Powszechna, Warschau.

der ganz enormen Sterblichkeit von über 30 Menschen auf das Tausend rechnen, so muß die Geburtenzahl wesentlich zurückgegangen sein, was ja durch die starke Industrialisierung und die zeitweilige Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung nicht anders zu erwarten ist. Sicher ist die Zahl der Lebendgeborenen noch immer höher als in den übrigen Staaten unseres Untersuchungsgebietes und kann mit der Angabe „über 30" nicht wesentlich unrichtig sein.

Eine im Vergleich zu den vergangenen Jahren günstige Geburtenentwicklung weist das Deutsche Reich auf, das unter den 14 angeführten Staaten doch schon an 9. Stelle steht. Eine sehr niedrige Geburtenziffer hat noch bis 1939 das Protektorat, die durch die starke Industrialisierung bedingt ist, und wo nicht wie im Reich der durch die wirtschaftliche und soziale Lage bedingte Geburtenrückgang durch einen neuen bewußten Lebenswillen verhindert wird.

Die beiden Agrarstaaten Estland und Lettland zeigen in ihrer Geburtenhäufigkeit ganz ihre Zugehörigkeit zu den nordwesteuropäischen Kulturstaaten mit ihrer geringen Geburtenzahl. Auch bei Ungarn und Finnland macht sich der westeuropäische kulturelle und zivilisatorische Einfluß negativ in einer geringeren Geburtenzahl bemerkbar. Eine hohe Geburtenzahl weisen Jugoslawien, Griechenland und Rumänien auf, die nur mehr von der Rußlands übertroffen wird. Auch Polen hat noch eine sehr gute Geburtenzahl, bei der Slowakei und Litauen ist sie für Agrarstaaten verhältnismäßig gering, aber noch immer ausreichend. Worauf die für die Balkanstaaten geringe Zahl an Lebendgeborenen in Bulgarien zurückzuführen ist, wird an Hand der Bevölkerungsentwicklung Bulgariens in den letzten 2 Jahrzehnten zu untersuchen sein.

Tabelle 7 **Lebendgeborene**[1])

Länder	Jahr	insgesamt	auf 1000 Einwohner
Deutsches Reich	1939	1633078	20,4
Prot. Böhmen u. Mähren .	1939	109537	14,9
Polen (ehem.)	1938	849873	24,5
Ungarn	1939	194393	19,1
Slowakei[2])	1936	80664	22,9
Rumänien	1939	563763	28,3
Bulgarien	1939	134574	21,1
Griechenland	1938	183184	26,0
Finnland	1938	76695	19,9
Jugoslawien[3])	1939	403938	25,9
Lettland[4])	—	—	18,5
Litauen[4])	—	—	22,7
Estland[4])	—	—	16,3
UdSSR.	?	?	?

[1]) Wirtschaft und Statistik 1941/5.
[2]) Statistická ročenka Rep. ČS. 1938.
[3]) Wirtschaft und Statistik 1941/8.
[4]) Fr. Burgdörfer: Krieg u. Bevölkerungsentwicklung, M.—Bln. 1940ü

Abb. 11

Gestorbene (Abb. 11) (Tab. 9).

Die Sterblichkeitsziffern der einzelnen Staaten weisen im allgemeinen keine so starken Differenzen auf als die Geburtenziffern, was auf die gleiche Auswirkung verschiedener Ursachen zurückzuführen ist. Die Sterblichkeitsziffer kann der Hauptsache nach durch Absterben von Personen in hohen Lebensaltern oder durch eine hohe Zahl durch Krankheiten verursachter Todesfälle gebildet werden. Dadurch wird in der Sterblichkeitsziffer ein Ausgleich geschaffen zwischen den überalterten, aber in hygienischer und medizinischer Hinsicht fortgeschrittenen Kulturstaaten und den jungen Völkern, deren Sterblichkeitsziffern sehr stark durch mangelnde hygienische und medizinische Aufklärung bedingt sind. So dürfte die verhältnismäßig hohe Sterbeziffer in Estland und Lettland auf deren Überalterung zurückzuführen sein, sind doch deren höhere Altersjahrgänge verhältnismäßig stark besetzt. Auch im Deutschen Reich und im Protektorat wäre die Sterbeziffer bei einem gesunden Altersaufbau um einiges geringer, so macht sich auch hier die stärkere Besetzung der höheren Altersklassen bemerkbar. In den übrigen Staaten besonders in Rumänien ist die Sterblichkeitsziffer hauptsächlich auf die schlechten hygienischen und medizinischen Verhältnisse zurückzuführen, was besonders stark in der Säuglingssterblichkeit zum Ausdruck kommt. Es seien hier für einige Staaten die Daten für die letzten Jahre angeführt (Tab. 8).

Tabelle 8

Säuglingssterblichkeit[1])
(auf 1000 Lebendgeborene)

	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
Deutsches Reich . .		83	79	76	69	68	66	64	60		
Österreich.		103	106	—	92	99	93	92	80		
Tschechoslowakei . .		134	138	127	128	122)[2]	12[2]4)	122[2])	121		
Polen.		142	143	128	141	127	141	136	140		
Litauen		145	167	121	166	123	128	120	138		
Lettland											
Estland		103	97								
Finnland											
Rußland											
Ungarn		162	186	139	148	154	140	134	133		
Rumänien		—	185	174	182	192	175	178	183		
Bulgarien		156	150	144	130	153	143	150	138		
Griechenland		149[3])	148[3])	124[3])	128[3])	120[3])	115[3])	122	—		
Jugoslawien											

[1]) Revue de l'Institut International de Statistique, La Haye 1935—1939.
[2]) Böhmen und Mähren.
[3]) Griechische Ortschaften über 5000 Einwohner.

Es stehen da 1938 das Deutsche Reich mit 60 und Österreich mit 80 Gestorbenen unter einem Jahr auf 1000 Lebendgeborene an niederster Stelle. In einem starken Abstand folgen die übrigen Staaten von denen Rumänien mit seiner sehr hohen Säuglingssterblichkeit noch besonders absticht.

Für die UdSSR sind auch über die Sterblichkeit keine Angaben vorhanden. Die Zahl aus „Wielka Geografja Powszechna" für das Jahr 1935 mit 20 Gestorbenen auf 1000 der Bevölkerung ist sicher zu nieder angegeben, auch sie wäre allerdings schon höher als die Zahlen aller übrigen Staaten. Auf der kartographischen Darstellung ist für Rußland eine Signatur „über 20" auf Tausend gewählt.

Tabelle 9 — Gestorbene (ohne Totgeborene[1])

Länder	Jahr	insgesamt	auf 1000 Einwohner
Deutsches Reich	1939	1009290	12,6
Prot. Böhmen u. Mähren	1939	96444	13,1
Polen (ehem.)	1938	479602	13,8
Ungarn	1939	137449	13,5
Slowakei	1936	48512	13,8
Rumänien	1939	370287	18,6
Bulgarien	1939	83971	13,2
Griechenland	1938	93683	13,3
Finnland	1938	47901	12,4
Jugoslawien[2])	1939	233196	15,0
Lettland[3])	1937		14,2
Litauen[4])	1938		12,7
Estland[5])	1937		14,7
UdSSR	?	?	über 20

[1]) Wirtschaft u. Statistik 1941/5.
[2]) W. u. St. 1941/8.
[3]) Annuarie statistique de la Lettonie. 1937/38.
[4]) Revue de l'institut international de statistique 1939/4/324.
[5]) Annuarie statistique hongrois 1937.

Geburtenüberschuß (Abb. 12) (Tab. 10).

Die stärkste natürliche Bevölkerungsvermehrung haben zweifellos die UdSSR. Es sind auch hierfür keine gesicherten Daten vorhanden. Doch gibt die aus dem absoluten Bevölkerungswachstum der Zeitspanne zwischen den beiden Volkszählungen von 1926 und 1939 errechnete Zahl von einem jährlichen Durchschnitt von 12,5 auf 1000 der Bevölkerung einen vermutlich richtigen Näherungswert, da die Zu- und Abwanderung in und aus den Sowjetstaaten infolge der strengen Absperrungsmaßnahmen der Sowjets nur ganz gering sein konnte, der absolute Bevölkerungszuwachs dem natürlichen also ungefähr entsprechen dürfte.

In einem weiteren Abstand folgen die Zahlen für Jugoslawien, Polen, Griechenland und Litauen, die auch noch einen guten Geburtenüberschuß aufweisen. Der Geburtenüberschuß Rumäniens ist durch die hohe Sterblichkeit verhältnismäßig herabgesetzt und ist ähnlich dem der Slowakei, dessen Zahl allerdings aus dem Jahre 1936 stammt.

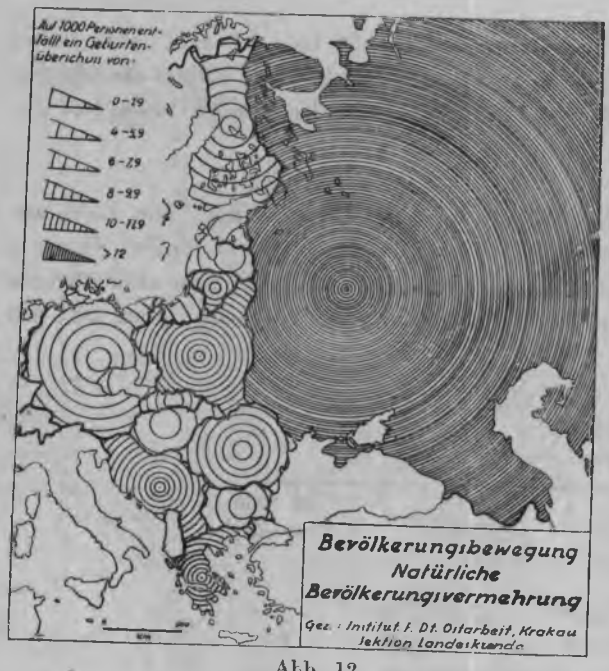


Abb. 12

Das Deutsche Reich weist mit einem Geburtenüberschuß von 7,8 einen ähnlichen natürlichen Bevölkerungszuwachs auf wie Finnland und Bulgarien mit 7,5 und 7,9 Menschen auf 1000 der Bevölkerung. Es steht damit in der Mitte zwischen den hohen und niedrigen Werten (Rußland ausgenommen). Bedeutend niedrigere Werte weisen Ungarn und Lettland auf, in Estland und im Protektorat kommen nur mehr 1,8 Personen auf 1000 der Bevölkerung.

Diese Zahlen geben den rohen Geburtenüberschuß der einzelnen Staaten an, der aber, wie bereits hervorgehoben, durch den verschiedenen Altersaufbau der Bevölkerung der einzelnen Staaten nicht unmittelbar miteinander verglichen werden kann. Dies ist erst an Hand des bereinigten Geburtenüberschusses möglich, wie ihn Burgdörfer wiederholt für die europäischen Staaten berechnet hat[1]).

Tabelle 10

Natürliche Bevölkerungsvermehrung[1])

Länder	Jahr	insgesamt	auf 1000 Einwohner
Deutsches Reich	1939	623788	7,8
Prot. Böhmen u. Mähren .	1939	13093	1,8
Polen (ehem.)	1938	370271	10,7
Ungarn	1939	56944	5,6
Slowakei[2])	1936	32152	9,15
Rumänien	1939	193476	9,7
Bulgarien	1939	50603	7,9
Griechenland	1939	89501[5])	10,7
Finnland	1938	28794	7,5
Jugoslawien[3])	1939	170742	11,0
Lettland[4])	1938		5,0
Litauen[4])	1938		10,2
Estland[4])	1938		1,8
UdSSR	?	?	12,5

[1]) Wirtschaft und Statistik 1941/5.
[2]) Statistická ročenka Rep. ČS. 1938.
[3]) Wirtschaft und Statistik 1941/8.
[4]) Fr. Burgdörfer: Krieg und Bevölkerungsentwicklung, M—Bln 1940.
[5]) 1938.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG DER STAATEN IM LAUFE DER LETZTEN JAHRE

Die Bevölkerungsbewegung im Durchschnitt eines Jahres gesehen läßt keine Schlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu. Dazu muß der Verlauf der Bewegung durch mehrere Jahre, wenn statistisch möglich durch Jahrzehnte verfolgt werden, um so aus der herrschenden Tendenz

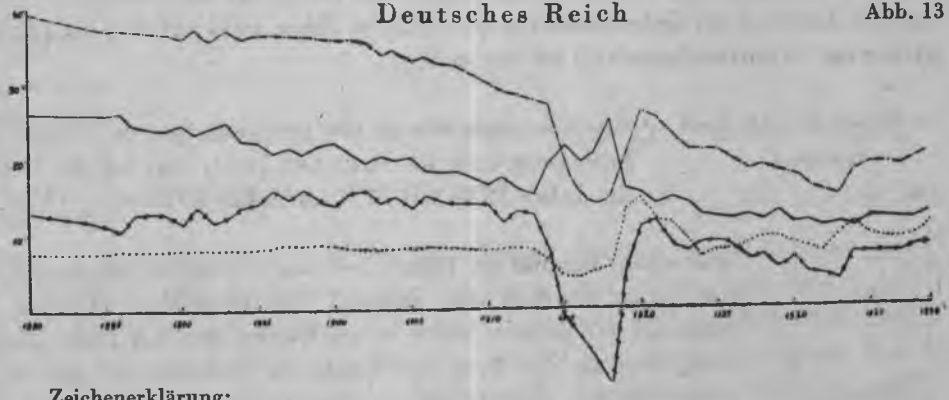
[1]) Fr. Burgdörfer: Volk ohne Jugend. Ben. 1932.

auch auf eine künftige Entwicklung schließen zu können. Zu diesem Zweck wurden die Kurven der einzelnen Staaten zum Vergleich nebeneinander gestellt. Auch hierbei fehlen die Angaben für Rußland. Die meisten Staaten zeigen für die letzten Jahre ein Absinken der Geburtenkurve mit Ausnahme des Deutschen Reiches, Finnlands, Estlands und Lettlands, die ihr Geburtenminimum um das Jahr 1933 erreichten. In der Ostmark und den eingegliederten Sudetengebieten dauerte der Geburtenabstieg bis zu ihrer Rückgliederung ins Reich, um von da an erheblich anzusteigen.

Es ist nun die Frage, wann in den einzelnen Staaten das Absinken der Geburtenzahl einsetzt. Da bei einigen Staaten, hauptsächlich den Nachfolgestaaten, die statistischen Unterlagen erst seit Anfang der 20iger Jahre dieses Jahrhunderts erreichbar sind, ist man bei diesen darauf angewiesen, aus der Höhe der Geburtenzahl der ersten statistisch erfaßten Jahre auf die ungefähre Dauer des Geburtenrückganges zu schließen. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Geburtenhäufigkeit bei den einzelnen Rassen verschieden stark ist, so daß man nicht nur den Zeitfaktor, oder andere von außen wirkende Faktoren wie Wirtschaftslage und zivilisatorische und kulturelle Erschlossenheit für Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit verantwortlich machen kann. Hat doch das deutsche Volk in der Zeit seines Geburtenmaximums um 1880 mit 39 Geburten auf 1000 der Bevölkerung nie diese Geburtenzahl erreicht wie die Slawen und Romanen mit 44 Geburten und darüber.

Für das Deutsche Reich ist die Bevölkerungsbewegung bis 1851[1]) zu verfolgen (Abb, 13). Es ist da ein Ansteigen der Geburtenkurve bis zum Jahre 1880 zu sehen. Von da ab sinkt die Geburtenzahl zuerst langsamer, ab 1900 ziemlich rasch, um in den Weltkriegsjahren ihren Tiefpunkt zu erreichen.

Deutsches Reich — Abb. 13



Für die graphischen Darstellungen wurde das Jahr 1880 als untere Grenze angenommen.
Reichsgebiet vor 1891 ohne Helgoland, ab 1917 ohne Elsaß-Lothringen, ab 1919 ohne E.-L. und die zugunsten Polens abgetrennten Teile der Provinz Posen, ab 1920 ferner ohne Memelgebiet, Freie Stadt Danzig und die an Polen (ohne Abstimmung) Tschechoslowakei, Dänemark und Belgien gefallenen Gebiete; ab 1922 Gebietsstand des Deutschen Reiches vor 1938 einschl. Saarland.

Nach dem Weltkrieg steigt die Geburtenzahl bis 1925 wieder auf 22 an, sinkt dann aber bis zum Jahre 1933 bis auf 14 auf das Tausend ab. Die Kurve des natürlichen Geburtenüberschusses läuft infolge des starken Absinkens der Sterblichkeit mit der Geburtenkurve nicht parallel, für sie liegt das Maximum in den Jahren zwischen 1900 und 1910. Im Weltkrieg ist ein Geburtendefizit von —10,5 erreicht. Auch in der Kurve des Geburtenüberschusses macht sich das Ansteigen der Geburtenzahl seit 1933 für das Altreich stark bemerkbar.

Für den Bundesstaat Österreich, für den die statistischen[2]) Angaben seit 1870 vorliegen, ist der Verlauf der Kurven ein ähnlicher wie für das Deutsche Reich, doch bleibt der Geburtenüberschuß infolge geringerer Geburtenhäufigkeit und größerer Sterblichkeit beträchlich hinter

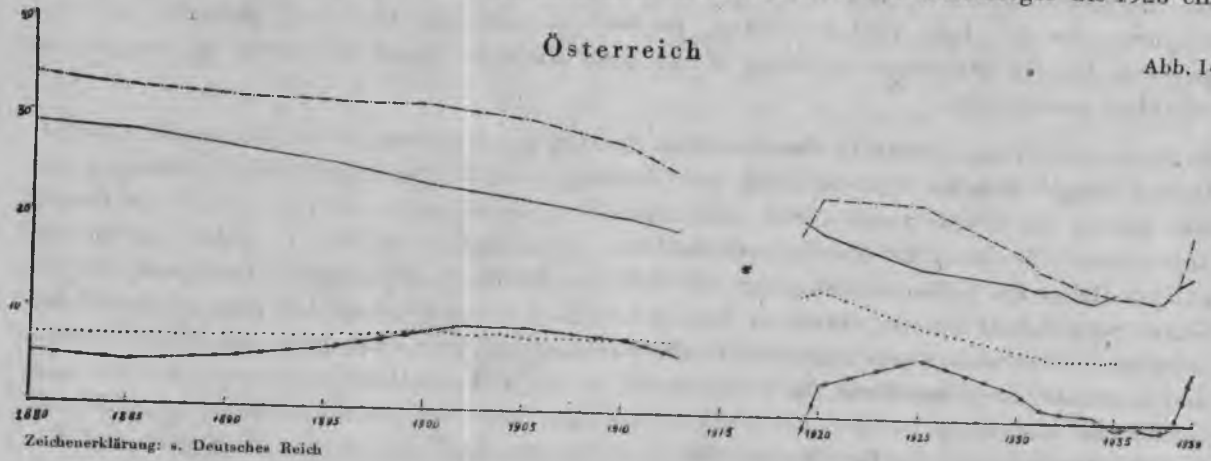
[1]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937; ab 1937 Fr. Burgdörfer: Krieg und Bevölkerungsentwicklung. München—Berlin 1940.

[2]) Statistisches Handbuch für den Bundesstaat Österreich, Wien 1937; ab 1936 Fr. Burgdörfer: Krieg und Bevölkerungsentwicklung. M.—Bln. 1940.

dem des Reiches zurück (Abb. 14). Auch hier liegt das Maximum des Geburtenüberschusses in den Jahren 1900 bis 1910, während das tatsächliche Geburtenmaximum bereits vor 1870 zu liegen scheint. Auch in Österreich war nach dem Geburtendefizit des Weltkrieges bis 1925 ein

Österreich

Abb. 14



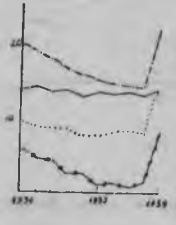
Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

Ansteigen der Kurve zu bemerken. Von da fällt sie ständig ab, so daß für die letzten 4 Jahre vor dem Anschluß ans Reich bereits wieder die Todesfälle die Geburten übertrafen. Durch den rapiden Aufstieg der Geburtenkurve von 14,0 im Jahre 1938 auf 20,9 im Jahre 1939 ist auch hier wieder ein Geburtenüberschuß zu vermerken.

Sudetendeutsches Gebiet

Abb. 15

Ähnlich rasch wie in der Ostmark trat der Umschwung der Geburtenbewegung auch im Sudetengau[1]) ein, wo die Geburtenzahl von 14,2 im Jahre 1938 auf 21,9 im Jahre 1939 stieg (Abb. 15).



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

Wie wenig Einfluß die Häufigkeit der Eheschließungen auf die Geburtenkurve hat, zeigt deutlich das Beispiel des Deutschen Reiches, wo die Ehekurve während der ganzen Jahre in annähernd gleicher Höhe blieb, nach dem Weltkrieg, also in der Zeit des stärksten Geburtenrückganges, sogar etwas ansteigt. In den Jahren seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus steigt die Heiratskurve infolge der Besserung der wirtschaftlichen Lage erheblich an.

Finnland

Abb. 16

Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

In Finnland[2]) macht sich ein Absinken der Geburtenkurve im Ganzen schon seit den 70iger Jahren des vorigen Jahrhunderts bemerkbar, doch wird diese Tendenz zuerst durch einzelne Aufstiege in der Kurve immer wieder durchbrochen (Abb. 16). Erst von 1900 ab ist ein ständiges Sinken

[1]) Wirtschaft und Statistik 1940.

[2]) Annuaire Statistique de Finnlande 1938, Helsinki 1938; ab 1937 Fr. Burgdörfer: Krieg und Bevölkerungsentwicklung. M.—Bln. 1940.

der Geburtenzahl zu verzeichnen, das nur durch den besonders starken Ausfall im Weltkrieg um das Jahr 1920 einen scheinbaren Aufstieg erfährt. Erst seit 1933 macht sich auch in diesem Staate eine schwache aufsteigende Tendenz bemerkbar.

Ein besonders bewegtes Bild zeigt durch die wechselnde Sterblichkeit der Geburtenüberschuß, der im Weltkrieg ein Defizit von —5 aufweist, im Jahre 1921 auf 10 aufsteigt, um bis zum Jahre 1933 bis auf 4 auf das Tausend abzusinken. Von da ab ist die Tendenz, ausgenommen einen kleinen Rückschlag im Jahre 1936, wieder im Steigen begriffen.

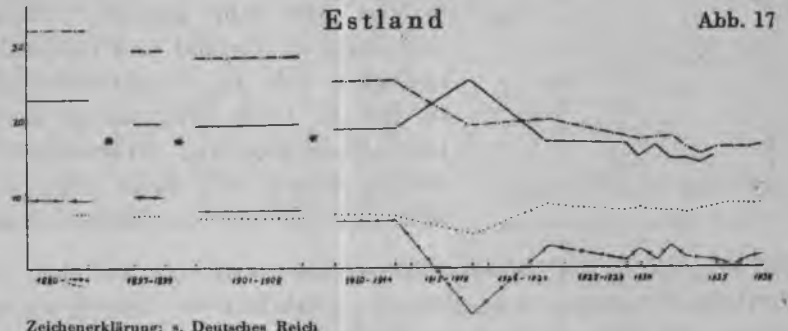
Das Geburtenmaximum von 37,5 auf 1000 Personen im Jahre 1874 entspricht annähernd dem des Deutschen Reiches, das Minimum von 17,4 liegt etwas besser.

Einen ähnlichen Verlauf wie bei Finnland weist die Bevölkerungsbewegung der anderen beiden baltischen Staaten Estland und Lettland auf, soweit sie überhaupt statistisch erfaßt ist.

Für Estland ist dies mit Unterbrechungen seit 1880 der Fall, für Lettland liegen die Daten in den lettischen statistischen Jahrbüchern erst ab 1920 vor.

Estland[1]) (Abb. 17) bleibt mit 31,7 Geburten aufs Tausend bereits in den 80er Jahren erheblich hinter der Geburtenzahl des Reiches und Finnlands zurück und hat schon von dem Zeitpunkt ab eine ständig fallende Tendenz, die bis ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts noch ziemlich schwach ist, in der Zeit zwischen 1908 und 1919 ihren stärksten Absturz erfährt. Während aber in den übrigen Staaten die Geburtenkurve nach dem Sturz der Weltkriegs- und Revolutionsjahre in der ersten Hälfte der 20er Jahre wieder ansteigt, bleibt die Kurve bei Estland bis 1924 fast auf gleicher Höhe und fällt bis 1934 weiterhin bis auf 15,4 aufs Tausend ab. Erst von da an ist wieder eine leichte steigende Tendenz zu bemerken. Durch die geringe Sterblichkeit Estlands im Vergleiche zu Finnland und dem Deutschen Reich in der Zeit vor dem Weltkriege war der Geburtenüberschuß verhältnismäßig gut. Infolge der starken Sterblichkeit der Weltkriegsjahre und der Zeit der russischen Revolution und der baltischen Kämpfe trat ein starkes Geburtendefizit ein, das mit —5,8 Geburten aufs Tausend um 1919 seinen Tiefstand erreichte. Von 1922 an konnte wieder ein Geburtenüberschuß erreicht werden, der bis 1924 auf 3 aufs Tausend stieg, bis 1936 aber wieder ständig abfiel und sich da mit einem Überschuß von 0,5 Geburten bedenklich einem Defizit näherte. Von der Zeit an ist auch im Geburtenüberschuß wieder ein leichtes Aufsteigen zu bemerken.

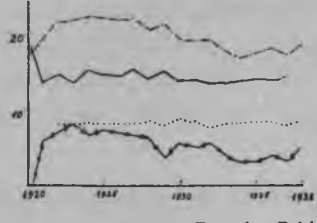
Estland Abb. 17



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

Für Lettland[2]) sind ab 1920 Angaben über die Bevölkerungsbewegung vorhanden (Abb. 18). Die Kurven verlaufen im Prinzip ähnlich denen Estlands, zeigen aber für die Geburtenhäufigkeit und den Geburtenüberschuß im Ganzen etwas höhere Werte. Das Minimum der Geburtenzahl liegt hier im Jahre 1934 bei 17 Geburten, der Geburtenüberschuß betrug immerhin noch 3 aufs Tausend. Auch hier ist von diesem Jahr an ein leichtes Ansteigen der Kurven zu bemerken.

Lettland Abb. 18



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

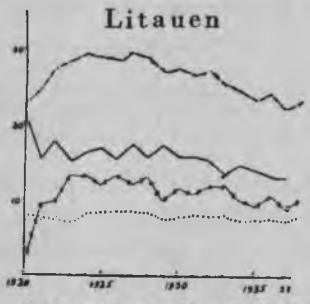
[1]) Problemes de la Population 1937, Tallinn 1937; ab 1937 Fr. Burgdörfer: Kr. u. Bev. entw. M.—Bln. 1940.

[2]) Annuaire Statistique de la Lettonie 1937/38, Riga 1938; für 1938 Fr. Burgdörfer: Kr. u. Bev. entw., M.—Bln 1940.

Die Ehekurve verläuft in beiden Ländern ziemlich regelmäßig. In Estland liegt sie seit 1924 ständig höher als in der Zeit vor dem Weltkrieg, was wieder auf den geringen Zusammenhang mit der Geburtenkurve hinweist.

Litauen[1]), das geographisch und politisch gesehen mit Estland und Lettland eine Einheit bildet und zu den baltischen Ländern gerechnet wird, fällt in seiner Bevölkerungsbewegung aus diesem Rahmen heraus und leitet schon über zu den östlichen Nachbargebieten des Reiches, dem ehemaligen Polen, der Slowakei und Ungarn. Es zeigt damit seine stärkere Zugehörigkeit zu Osteuropa, wie sie in der Wirtschaftsstruktur bereits zutage trat und wie ein kurzer Rückblick auf seine Geschichte als verständlich erweist. War doch durch die lange Zugehörigkeit Litauens zu Polen der Einfluß der Deutschen und der nordeuropäischen Völker bei weitem nicht so stark wie in Estland und Lettland, deren Kultur und, wie wir sahen, deren biologische Entwicklung in starkem Maße von diesen geprägt wurde. Statistische Unterlagen sind für Litauen erst seit 1920 vorhanden (Abb. 19). Auch bei diesem Volk macht sich Revolution und Krieg durch hohe Sterblichkeit und sehr geringen Geburtenüberschuß bemerkbar. Im Gegensatz zu Estland und Lettland steigt aber hier die Geburtenhäufigkeit und der Geburtenüberschuß danach wieder kräftig an, so daß im Jahre 1924 bereits wieder 29,4 Geburten und ein Geburtenüberschuß von 8 Menschen aufs Tausend kommen. Der Anstieg konnte sich durch einige Jahre auf gleicher Höhe halten, fällt aber seit 1927 mit kleinen Ausnahmen ständig ab.

Für 1920—22
Gebietsstand von 1937
Abb. 19



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

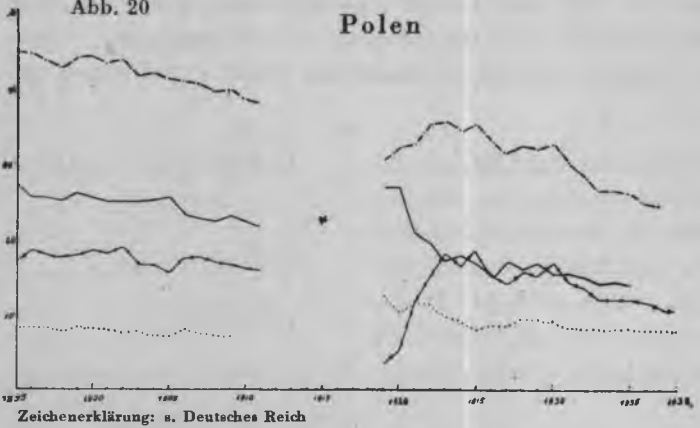
Bei der Kurve des Geburtenüberschusses wird das Absinken der Geburten durch verringerte Sterblichkeit stärker ausgeglichen, so daß hier der Abstieg nicht so deutlich ausgeprägt ist, im Ganzen die fallende Tendenz aber auch hier vorhanden ist.

Ob der leichte Anstieg der Geburtenhäufigkeit und des Geburtenüberschusses im letzten erfaßten Jahr eine Wendung der Tendenz anzeigt oder nur eine kurze Unterbrechung des Abfalls bedeutet, wie es ja schon einige Male der Fall war, kann nicht entschieden werden. Jedenfalls tritt nicht wie bei den bisher besprochenen Staaten um das Jahr 1933/34 ein Wendepunkt ein.

Litauen zeigt aber auch noch 1938 trotz des Absinkens der Geburtenkurve mit 22,7 Geburten und 10,2 Geburtenüberschuß aufs Tausend eine gesunde Bevölkerungsbewegung.

Die Sterblichkeit ist in Litauen in den letzten Jahren geringer als in den anderen baltischen und in den osteuropäischen Staaten. Sie kommt ab 1930 ungefähr gleich der Sterbekurve des ehemaligen Österreich, und dürfte auf den gesunden Altersaufbau zurückzuführen sein.

Abb. 20



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

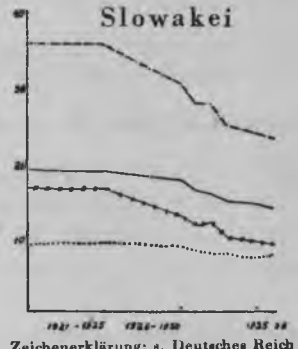
In Polen[2]) tritt der Geburtenabstieg um die Jahrhundertwende ein (Abb. 20). Bei einer Ausgangszahl von 44,6 Geburten im Jahr 1895 liegt die Kurve 1912, dem letzten statistisch erfaßten Jahr vor dem Weltkrieg, mit 38 Geburten nur wenig unter dem Stand des Geburtenoptimums des Deutschen Reiches der 80er Jahre. Von 1912 bis 1919 fehlen die Angaben. Auch hier wird infolge des Krieges ein starker

[1]) Annuaire Statistique de la Lithuanie 1937, Kaunas 1938; für 1938 Fr. Burgdörfer: Kr. u. Bev. entw., M—Bln 1940.
[2]) Zagadnienia demograficzne Polski, Warschau 1936; ab 1936 Fr. Burgdörfer: Kr. u. Bev. entw., M—Bln 1940.

Geburtenrückgang eingetreten sein, der sich noch 1919 bemerkbar macht, wo die Geburtenzahl 30 aufs Tausend beträgt. Bis 1925 steigt sie dann wieder auf 35 an. Von da an fällt die Kurve ständig ab, so daß im Jahre 1938 bereits 10 Menschen auf das Tausend weniger geboren wurden als 1925. Es ist dies ein Absturz, der dem der Weltkriegsjahre fast gleichkommt, und nichts Gleiches in den bisher besprochenen Staaten findet. Trotzdem weist Polen 1938 noch immer eine Geburtenzahl von 24,5 auf.

Der Geburtenüberschuß war vor dem Weltkrieg trotz höherer Sterblichkeit als im Reich ein sehr guter, sank im Weltkrieg sicher sehr stark ab, wie ja noch die Zahl von 3,6 aufs Tausend im Jahre 1919 zeigt, steigt aber bis 1925 auf Vorweltkriegshöhe mit 16,7 Geburten Überschuß aufs Tausend. Von da an sinkt auch die Kurve des Geburtenüberschusses, 1938 überwog aber doch noch die Geburtenhäufigkeit die Sterbefälle mit 10,7 aufs Tausend. Die Sterbekurve liegt im Ganzen höher als im Reich, die Ehekurve niedriger.

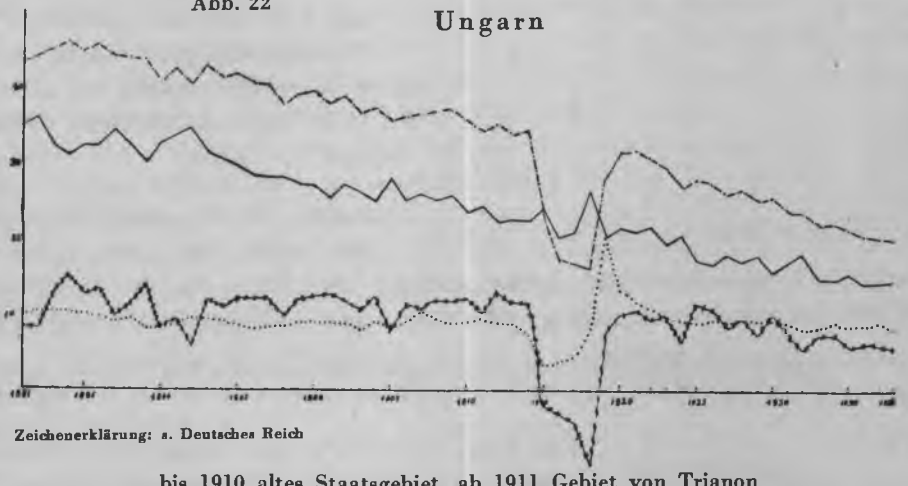
Abb. 21



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

Die Slowakei[1]) (Abb. 21), für die die Daten nur von 1925 bis 1936 zu erreichen waren, zeigt für diese Jahre die gleiche abfallende Tendenz wie Polen in noch verstärktem Maße. Es erfolgte da während dieser Jahre ein Geburtenabsturz von 35 auf 22,5 Geburten und ein Absinken des Überschusses von 13,5 auf 8 aufs Tausend. Auch hier ist der Bestand des Volkes noch in hinreichendem Maße gesichert, die starken Geburtenrückgänge lassen aber doch auf tiefgehende Erschütterungen und Umwandlungen des Volkskörpers schließen.

Abb. 22



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

bis 1910 altes Staatsgebiet, ab 1911 Gebiet von Trianon

In Ungarn[2]) setzt der Geburtenabfall ähnlich wie im Reich in den 80er Jahren ein (Abb. 22). Die Kurve sinkt von 44,3 Geburten im Mittel der Jahre von 1881 bis 85 bis zum Jahre 1920 um die Hälfte ab, steigt aber bis 1925 wieder auf 29 Geburten an, um von da an ständig zu fallen, so daß im Jahre 1938 die Geburtenzahl Ungarns mit 19,1 Geburten bereits unter der des Deutschen Reiches mit 20,4 Geburten liegt. Durch die hohe Sterblichkeit Ungarns vor dem Weltkriege war sein Geburtenüberschuß die ganzen Jahre hindurch geringer als der des Reiches. Während des Weltkrieges tritt auch hier ein Defizit ein, das mit —10 seinen Tiefstand erreichte. Nach einem Aufstieg des Geburtenüberschusses in den Jahren von 1926—1930 auf 9 fiel er wieder ab und liegt 1939 mit 5,6 Menschen schon unter dem Geburtenüberschuß des Reiches mit 7,8 Menschen aufs Tausend.

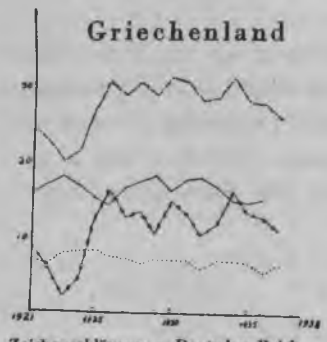
In den Balkanstaaten ist im allgemeinen der gleiche Verlauf der Bevölkerungsbewegung zu beobachten wie in den zuletzt besprochenen Staaten. Mit Ausnahme Griechenlands, dessen Kurven

[1]) Statistická ročenka Rep. Č. S. 1938. Prag 1938.

[2]) Annuaire Statistique Hongrois 1939, Budapest 1940.

von der Tendenz der übrigen etwas abweichen, ist auch hier zuerst ein Ansteigen, dann aber ein ständiges Absinken der Geburtenkurve und der Kurve des Geburtenüberschusses zu beobachten. Verschieden ist für die einzelnen Staaten die Höhe der Geburtenzahl und die Intensität ihres Abstieges.

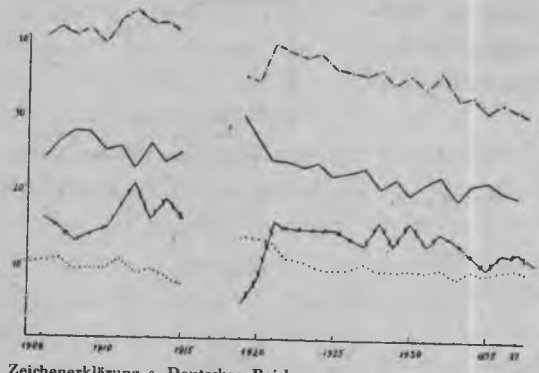
Abb. 23



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

Wie schon bemerkt, weicht Griechenland[1]) (Abb. 23) von der allgemeinen abfallenden Tendenz ab, dessen Geburtenkurve nach einem Tiefstand im Jahre 1925 mit 24 Geburten im nächsten Jahr auf 30,5 ansteigt und auf dieser Höhe mit einer Unterbrechung von zwei schwächeren Jahren bis 1934 bleibt. Von da an fällt auch in Griechenland die Geburtenkurve eindeutig ab. Durch eine ziemlich starke Schwankung der Sterblichkeit, die im Gegensatz zu den anderen Ländern von 1925 bis 1929 ansteigt und erst in den letzten Jahren endgültig fällt, ist der Geburtenüberschuß sehr unregelmäßig, hält sich aber ständig über 10. Wie die Geburtenkurve fällt auch er in den letzten Jahren eindeutig ab. Die Heiratshäufigkeit ist ziemlich gering und unterliegt verhältnismäßig stärkeren Schwankungen.

Abb. 24 Rumänien



Zeichenerklärung s. Deutsches Reich

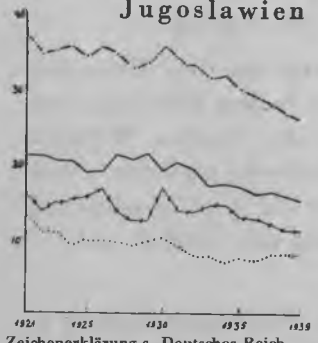
bis 1915 altes Königreich, 1919 ohne Bukowina

In Rumänien[2]) hat der Geburtenabstieg schon eine stärkere Intensität erreicht (Abb. 24). Bei einem Geburtenmaximum von 42 im Mittel der Jahre von 1911—15 fällt die Kurve bis 1919 auf 35 ab, steigt im Mittel der Jahre von 1921—25 auf 37,5 an und fällt von da an mit kleinen Unterbrechungen ständig ab. Durch den spät einsetzenden Abstieg hat Rumänien noch im Jahre 1938 die beträchtliche Geburtenzahl von 28,3 aufs Tausend.

Durch die sehr hohe Sterblichkeit Rumäniens — die Zahlen liegen mit Ausnahme des Jahres 1933 und den letzten 3 erfaßten Jahren ständig über 20 — ist der Geburtenüberschuß im Verhältnis zur Geburtenzahl gering und sinkt im Jahr 1939 bereits ein wenig unter 10 aufs Tausend.

Die Häufigkeit der Eheschließungen ist mit Zahlenwerten um 9 ziemlich groß, sinkt aber 1939 auch auf 7,9 ab.

Abb. 25



Zeichenerklärung s. Deutsches Reich

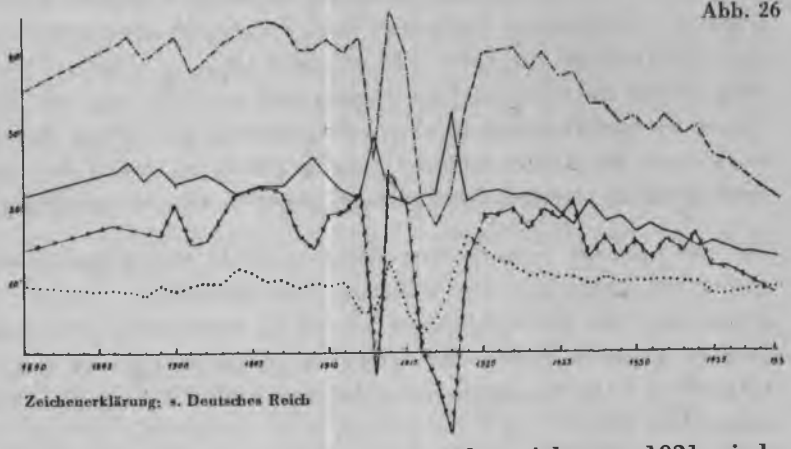
Für Jugoslawien[3]) sind statistische Unterlagen ab 1921 vorhanden (Abb. 25). Die Geburtenzahl beträgt 1921 36,7 Geburten aufs Tausend, erholte sich also anscheinend rasch von dem sicherlich auch hier vorhandenen Abstieg des Weltkrieges. Nach einem Abstieg auf 32,7 steigt sie 1930 noch einmal auf 35,5 an, behält von da an die fallende Tendenz bei, so daß 1939 nur mehr 25,9 Geburten aufs Tausend kommen. Es ist dies noch immer eine gute Geburtenzahl, allein ein Abfall von 10 Geburten aufs Tausend innerhalb von 9 Jahren läßt auch hier auf starke Änderungen im Lebensgefüge des Volkskörpers schließen. Der Geburtenüberschuß ist ein guter und liegt noch immer über 10. Durch den Rückgang

[1]) Statistique du Mouvement de la Population, Athenes 1938; für 1937 Fr. Burgdörfer: Kr. u. Bev. entw. M—Bln 1940.
[2]) Anuarul Statistic al Romaniei 1937/38; Bukarest 1939; für 1938 Fr. Burgdörfer: Kr. u. Bev. entw. M—Bln 1940.
[3]) Annuaire Statistique 1937, Belgrad 1938; ab 1937 Wirtschaft u. Statistik 1941.

der Sterblichkeit besonders in den letzten Jahren ist der Abfall des Geburtenüberschusses geringer als der der Geburtenkurve. Die Zahl der Eheschließungen ist seit 1930 stark zurückgegangen und liegt ziemlich nieder.

Bulgarien

Abb. 26



Zeichenerklärung: s. Deutsches Reich

Eine sehr schwankende Bevölkerungsbewegung und den stärksten Geburtenabfall weist Bulgarien[1]) auf, dessen Daten von 1890 an vorliegen (Abb. 26). Das Geburtenoptimum mit 44 Geburten liegt für diesen Staat im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. Es erleidet 1913 einen jähen Abfall bis auf 25 Geburten durch den Balkankrieg, steigt aber 1914 bis auf 45 wieder an. In den Weltkriegsjahren sinkt die Kurve bis auf 17 ab und erreicht erst 1921 wieder eine Geburtenzahl von 40 aufs Tausend. Ausgenommen eine Zacke im Jahr 1924, wo die Kurve noch einmal fast 40 erreicht, sinkt sie von da an ständig ab und liegt 1939 bereits mit einer Geburtenzahl von 21,1 auf ziemlich gleicher Höhe mit dem Deutschen Reich mit 20,4 Geburten.

Auch in der Sterbekurve machen sich die einzelnen Kriege in starken Zacken deutlich bemerkbar, so daß Bulgarien in der Zeit des Balkankrieges, besonders aber im Weltkrieg ein starkes Geburtendefizit von — 10,8 aufweist. Wie schnell sich aber ein gesundes Volk von solchen Katastrophen erholt, zeigt der Anstieg des Geburtenüberschusses im Jahre 1914, wo die Geburten die Sterbefälle um 24 aufs Tausend überwiegen. Auch der Anstieg nach dem Weltkrieg erreicht noch eine beachtliche Höhe. Der starke Abfall, der allerdings bei der Kurve des Geburtenüberschusses durch den Rückgang der Sterblichkeit etwas geschwächt wird, kann also nicht als Auswirkung und Folge des Weltkrieges angesehen werden, jedenfalls nicht direkt, sondern muß andere Ursachen haben, die für alle besprochenen Staaten in stärkerem oder schwächerem Maße ihre Geltung haben. Daß in Bulgarien der Geburtenabstieg so stark einsetzte, könnte vielleicht mit der stärkeren Aufgeschlossenheit dieses Volkes für die westeuropäische Zivilisation zusammenhängen, die ihm bei anderen Völkern schon den Namen Balkanpreußen eintrug, die aber auch bei den übrigen besprochenen Staaten in stärkerem oder schwächerem Maße vorhanden ist und die Bevölkerungsbewegung beeinflußt.

In Bulgarien unterliegt auch die Ehekurve stärkeren Schwankungen als in den übrigen Staaten, soweit sie bei diesen für den gleichen Zeitraum erfaßbar ist. Bei ihr ist auch eine gewisse Parallelität mit der Geburtenkurve festzustellen, was ja in Kriegszeiten durch viele aufgeschobene Ehen verständlich wird. Dem Anstieg der Ehekurve um das Jahr 1928 folgt ein geringer auch in der Geburtenkurve, der von den Erstgeborenen aus diesen Ehen gebildet werden dürfte.

Fassen wir kurz die auffallendsten Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in der Bevölkerungsbewegung der einzelnen Staaten heraus.

1. Für die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und des Geburtenüberschusses können wir innerhalb der besprochenen Staaten zwei Gruppen unterscheiden.

[1]) Annuaire Statistique du Royaume de Bulgarie, Sofia 1938; für 1938 Fr. Burgdörfer: Kr. u. Bev. entw., M—Bln 1940.

Die eine Gruppe, die vom Deutschen Reich, Finnland, Estland und Lettland gebildet wird, hat ihren bereits im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts einsetzenden Geburtenabfall mit dem Tiefstand in den Jahren 1933—1934 überwunden und zeigt in den letzten Jahren wieder ein Ansteigen der Geburtenzahl und des Geburtenüberschusses. Auffallend ist, daß diese Wendung in der Geburtenhäufigkeit auch in anderen Staaten Europas[1]) und zwar in den germanischen wie Schweden, Norwegen und Dänemark einzutreten scheint. Auch in England dürfte die Geburtenzahl im Jahr 1933 mit 14,9 Geburten ihren Tiefstpunkt erreicht haben. Der Aufstieg erfolgt aber hier nicht eindeutig und nur sehr langsam. Dem Geburtenaufstieg des Reiches, dessen Intensität durch eine neue Sinngebung des Lebens durch den Nationalsozialismus bedingt ist, kommt der keines anderen Staates gleich, in denen der Impuls durch eine Idee fehlte, und auch keine so strengen Maßnahmen gegen Geburtenverhütung und Abtreibung vorhanden sind.

Bei der anderen Gruppe von Staaten setzte der Geburtenabfall mit Ausnahme von Ungarn später ein, ging auch von höheren Geburtenzahlen — um 44 — aus, hält dafür aber bis in die Gegenwart, das heißt bis zum letzten in unserer Untersuchung erfaßten Jahr, an. Zu diesen Staaten gehören Polen, die Slowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und auch Litauen und Griechenland, wenn bei den beiden letzten die Tendenz auch nicht ganz so deutlich ausgeprägt ist.

Von den übrigen Staaten Europas haben Spanien und Portugal eine ähnliche Geburtenkurve. In Italien steigt sie seit 1937 wieder etwas an, was wohl auf den Einfluß des Faschismus zurückzuführen ist.

2. Die Sterblichkeit nimmt in sämtlichen Staaten im Laufe dieses Jahrhunderts ab, ist aber für die einzelnen Staaten doch noch verschieden hoch, was auf den Altersaufbau und hygienische und medizinische Faktoren zurückzuführen ist, die im einzelnen nicht weiter untersucht werden sollen.

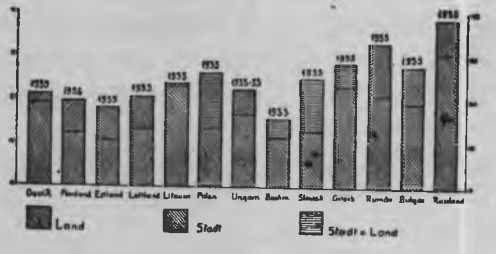
3. Die Unterschiede in der Ehehäufigkeit sind zwischen den einzelnen Staaten nicht sehr groß, Industriestaaten zeigen stärkere Häufigkeiten als Agrarstaaten. Ein Zusammenhang zwischen Ehe- und Geburtenhäufigkeit konnte nur in sehr geringem Grade festgestellt werden.

Es kann in dieser skizzenhaften, weiträumigen Darstellung keine eingehende Untersuchung über die Grundursachen des Geburtenrückganges vorgenommen werden, es seien hier nur einige Tatsachen aufgezeigt, die es erlauben, daraus mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit auf die grundlegenden Ursachen zu schließen.

DIE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IN STADT UND LAND

Eine auffallende Erscheinung in der Bevölkerungsbewegung sämtlicher Staaten ist der starke Unterschied der Geburtenhäufigkeit zwischen Stadt und Land, wie er in Abbildung 27 deutlich zum Ausdruck kommt. Die Zeichnung stellt die Geburtenbewegung der einzelnen Staaten im Durchschnitt eines Jahres nach Stadt und Land getrennt dar.

Abb. 27 Geburtenhäufigkeit in Stadt und Land



Die Diagramme können nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, da die Einteilung nach Stadt und Land in den einzelnen Staaten verwaltungsmäßig verschieden ist, bei manchen Staaten die Gliederung überhaupt nach Größenordnungen erfolgt. Es kann in diesem Zusammenhang auf eine genaue Darlegung dieser verschiedenen Methoden verzichtet werden, wesentlich ist für uns der in allen Staaten vorhandene Unterschied

[1]) Fr. Burgdörfer: Krieg und Bevölkerungsentwicklung. M—Bln. 1940.

zwischen Stadt und Land, der zwar durch die verschiedenen Aufnahmemethoden graduelle Unterschiede aufweist, in seiner Grundtendenz aber nicht verändert wird und jedenfalls deutlich erkennbar ist.

DIE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG NACH BERUFSGRUPPEN

Bei dieser Darstellung ist es nicht möglich, Daten für alle in Frage kommenden Staaten aufzuzeigen, da nur in einigen Staaten Statistiken über die Bevölkerungsbewegung der einzelnen Berufsgruppen vorliegen, und auch diese methodisch so uneinheitlich sind, daß auf einen Vergleich miteinander verzichtet werden muß.

Es sei hier nur im Auszug die Aufstellung der Anzahl der Geborenen nach dem Berufe des ehelichen Vaters wiedergegeben, wie sie im statistischen Jahrbuch für den Bundesstaat Österreich 1937 für die Jahre 1933/34 enthalten ist (Tab. 11).

Tabelle 11

Die im Durchschnitt der Jahre 1933/34 geborenen nach dem Beruf des ehelichen Vaters (Verhältniszahlen)[1])

(Statistisches Handbuch für den Bundesstaat Österreich. Jg. XVII. Wien 1937)

Beruf des Vaters	Ehelich Lebendgeborene auf 1000 verheiratete männl. Berufsträger			
	insgesamt[2])	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
Land- u. Forstwirtschaft	97,6	88,9	54,7	147,7
Bergbau	85,5	—	—	85,5
Stein-, Erden-, Ton- u. Glasindustrie	60,9	30,2	—	59,4
Baugewerbe	68,5	55,5	—	59,8
Maurer	71,7	78,0	—	62,2
Zimmerleute	83,4	100,0	—	63,9
Eisen- u. Metallindustrie	43,4	46,7	—	36,3
Holz- u. Schnitzstoffindustrie	58,3	61,1	—	49,9
Lederindustrie	52,8	57,4	—	41,2
Textilindustrie	46,2	43,5	—	40,6
Bekleidungsindustrie	52,5	49,9	—	49,2
Papierindustrie	32,1	22,7	—	29,5
Graphische Industrie	22,9	18,8	—	20,0
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	61,3	57,7	.	54,7
Gast- u. Schankgewerbe	48,1	56,3	—	32,8
Kellner (Kellner, Schankpersonal)	33,0	—	—	33,1
Handel	31,6	28,4	29,7	27,9
Verkehrswesen	32,3	18,7	3,0	33,6
Körperpflege u. Reinigungswesen	—	—	—	—
Gesundheitswesen	48,2	45,8	40,3	22,9
Lehr-, Bildungs-, Kunst- u. Unterhaltungswesen	44,5	22,4	45,2	12,2
Rechtsanwälte, Notare	37,6	33,7	59,0	—
Öffentl. Verwaltung, Heerwesen, Seelsorge	38,0	—	27,9	50,3
Beamte der Hoheitsverwaltung	27,6	—	27,6	—
Mannschaftspersonen d. Bundesheeres	128,9	—	—	128,9
Werkmeister u. Aufsichtspersonen	24,0	—	24,0	—
Maschinisten u. Heizer	27,0	—	—	27,0

Danach haben die Männer in den land- und forstwirtschaftlichen Berufen, und da besonders die Arbeiter die meisten Kinder. Ihnen folgen die im Bergbau beschäftigten. Bei den Berufsträgern der verschiedenen Industrie- und Gewerbezweige kann man im allgemeinen ein Absinken der Kinderzahl nach dem Grad der geistigen oder gesellschaftlichen Beanspruchung feststellen. So haben zum Beispiel die Maurer, Zimmerleute und Schmiede noch ziemlich große Kinderzahlen, besonders die selbständigen unter ihnen, während Installateure und Mechaniker schon eine beträchtlich geringere Kinderzahl aufweisen. Besonders wenig Kinder haben die Berufsträger der Papier- und graphischen Industrie. Sehr nieder ist auch die Kinderzahl der Berufe in Handel und Verkehr, niedriger sogar als die Kinderzahl der akademischen oder anderen geistigen Berufe, deren Geburtenziffer allerdings auch hinter der der industriellen und gewerblichen Berufe im allgemeinen zurückbleibt. Besonders auffallend ist die niedrige Kinderzahl der Beamten der Hoheitsverwaltung, also der Staatsbeamten und Offiziere im Vergleich zu den Mannschaftsgraden des Heeres. Auch Werkmeister und Maschinisten, also Auslesegruppen ihres Berufsstandes, haben eine sehr geringe Kinderzahl.

Eigenartig ist das wechselnde Verhältnis der Kinderzahl von Selbständigen und Arbeitern oder Angestellten in den verschiedenen Berufsgruppen. Es kann hier den Gründen dafür nicht eingehend nachgegangen werden. Vielleicht hängt diese Erscheinung mit der Verstädterung und dem Grad der Intelligenzbeanspruchung durch den Beruf zusammen; soweit nämlich, als in Berufen, die keine besondere Intelligenz und Fortbildung verlangen und die auch häufig am Land vorkommen, wie Schmiede, Maurer, Tischler oder Bäcker, die selbständigen die größere Kinderzahl aufweisen, während in Berufen, die hauptsächlich an die Stadt gebunden sind und ein größeres Maß an Wissen erfordern, wie z. B. Mechaniker und Installateure, gerade die selbständigen die geringere Kinderzahl aufweisen, da sie nur durch Kinderlosigkeit oder Beschränkung wirtschaftlich in der Lage sind, dem Existenz- und Konkurrenzkampf standzuhalten. Mit den gleichen Gründen ist auch die Kinderarmut der Werkmeister und Maschinisten zu erklären.

Kurz zusammengefaßt ergibt sich aus der Tabelle, daß die primitivsten und undifferenziertesten Berufe wie Taglöhner und Hilfsarbeiter die größte Kinderzahl aufweisen, während mit dem Grad der leistungsmäßigen und geistigen Beanspruchung durch den Beruf die Kinderzahl fällt und bei ausgesprochenen Auslesegruppen besonders klein ist. Auf diese Tatsachen haben Burgdörfer und andere in Spezialuntersuchungen bereits vor 1933 aufmerksam gemacht. Für das Deutsche Reich und Österreich haben sich die Verhältnisse durch verschiedene Maßnahmen des Nationalsozialismus bereits etwas gebessert. Im allgemeinen kann man aber die an Hand der Tabelle aufgezeigten Tatsachen für alle Staaten als geltend ansehen.

Überall ist ein Florieren des Unentwickelten, Undifferenzierten zu beobachten, während die gestalteten und gestaltenden Teile der Völker einem starken Geburtenschwund unterliegen.

Bei einem oberflächlichen Erklärungsversuch dieser Erscheinungen könnte die Meinung entstehen, daß die Verstädterung, Industrialisierung und Differenzierung der Wirtschaft bereits die Ursachen des Geburtenrückganges sind. Es wäre damit aber keine Erklärung für den Geburtenrückgang der Agrarstaaten wie Estland und Lettland oder von der landwirtschaftlichen und dörflichen Bevölkerung des Deutschen Reiches gegeben.

Anmerkung zu Tabelle 11

[1]) Ein Punkt an Stelle einer Zahl bedeutet, daß entweder d. verfügbaren Grundzahlen zu klein waren, um einigermaßen sichere Ergebnisse zu liefern, oder daß wegen method. Verschiedenheiten d. Erfassung bei d. Volkszählung u. i. d. Bevölkerungsbewegung eine Berechnung auf 1000 Berufstätige nicht erfolgen konnte.

[2]) Einschließlich der Fälle unbekannt. Stellg. i. Beruf.

Die Grundursache des Geburtenrückganges ist in erster Linie geistiger Natur und dürfte am treffendsten als die Intellektualisierung des Trieblebens bezeichnet werden. Mit der Erkenntnis der biologischen Zusammenhänge und dem Wissen um ihre Lenkung ist dem Menschen die Entscheidung, ob er Nachkommen haben will oder nicht, in die Hand gegeben. Dieses Wissen um die Möglichkeiten der Geburtenverhütung geht allerdings von der Stadt, in erster Linie der Großstadt, dem Zentrum und Keimplatz aller zivilisatorischen Neuerungen und Schäden, aus und hat auch hier die besten Voraussetzungen für seine Verbreitung, sowohl in der allgemeinen geistigen Einstellung städtischer Bevölkerung als auch in den Wirtschaftsformen. Diese beiden Faktoren kann man sozusagen als gute Katalysatoren zur Verbreitung der Kinderarmut bezeichnen, die eigentlichen Ursachen sind sie aber nicht.

Ganz allgemein kann man vielleicht sagen, daß die Geburtenbeschränkung um so stärker auftritt, je weiter Zivilisation und Intellektualisierung in einem Staate um sich greifen. Gehen diese beiden Strömungen auch auf ländliche Gebiete über, wie das zum Beispiel im Deutschen Reich, wohl auch in Estland und Lettland der Fall ist, so sinkt auch hier die Kinderzahl, wenn auch nicht so stark wie in den Städten, da hier die wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht in dem Maße zur Kinderbeschränkung herausfordern wie dort.

Es ist damit die Geburtenbewegung eines Staates in erster Linie eine Frage der Volkserziehung geworden. Abgesehen davon wird die Entscheidung für oder gegen das Kind auch noch von wirtschaftlichen, politischen und nicht zuletzt rein persönlichen, egoistischen Belangen beeinflußt. Es gehört für manche ein hohes Maß von Verantwortungsgefühl ihrem Volke gegenüber dazu, um auch in Zeiten, die vielleicht wirtschaftlich oder politisch nicht die sichersten sind, unter Aufgabe ihrer Bequemlichkeit sich für das Kind zu entscheiden.

Wir können am deutschen Volk selbst am besten die Einwirkungen verschiedener Geistesströmungen und Erziehungsmaßnahmen beobachten.

Der erste Geburtenabstieg erfolgt im Deutschen Reich um die Jahrhundertwende, in einer Zeit also, in der Industrialisierung und Verstädterung immer stärkere Fortschritte machten, in einer Zeit aber auch, in der liberalistische und individualistische Maximen in Blüte standen, wo die Gleichberechtigung der Geschlechter auch auf sexuellem Gebiete immer stärker propagiert wurde, die Frau also auch vor den Folgen dieser Gleichberechtigung bewahrt werden wollte, und jeder den Zweck seines Daseins in der möglichst vollkommenen Ausschöpfung aller Genußmöglichkeiten, die das Leben in immer steigendem Maße zu bieten vermochte, sah. Es war das dabei eine Zeit der wirtschaftlichen und für den Durchschnittsmenschen wohl auch politischen Sicherheit. Wie sehr mußte da erst eine Zeit wie die des Weltkrieges und der Nachkriegsepoche eine Geburtenbeschränkung herbeiführen. Waren doch zu der nach den Schrecken des Krieges erst recht aufkommenden Sucht, das Leben voll zu genießen, das heißt, sich keine der Freuden, die eine immer steigende Zivilisation den Menschen zu bieten hatte, entgehen zu lassen, die schwere wirtschaftliche Not und eine vollkommene bankrotte politische Lage gekommen. Da war es verständlich, daß die Geburtenhäufigkeit immer mehr absank, da eine tiefere Sinngebung des Lebens fehlte, es daher auch nicht notwendig, ja nicht einmal wünschenswert erschien, sein Leben in seinen Nachkommen fortzusetzen, und zu erhalten. Erst durch die Ideen des Nationalsozialismus und durch seine politische und wirtschaftliche Aufbauarbeit wurde einem großen Teil des deutschen Volkes für sein Leben wieder Sinn und Sicherheit gegeben.

Diese neue Lebenseinstellung zeigt sich deutlich im Ansteigen der Geburtenkurve seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus seit 1933 im Reich und seit 1938 auch in der Ostmark und dem Sudetenland, wenn auch ein Teil dieser Kinder ziemlich unfreiwillig und nur infolge der energischen Maßnahmen der nationalsozialistischen Führung gegen Abtreibung und den freien Verkauf empfängnisverhütender Mittel geboren wurden.

Die Erkenntnis der Gefahr des starken Geburtenrückganges scheint auch in den anderen germanischen Staaten, vielleicht beeinflußt durch das Deutsche Reich, den Menschen gekommen zu sein. Jedenfalls ist auch bei ihnen, wie vorhin schon aufgezeigt, seit den letzten Jahren ein Ansteigen der Geburtenzahl zu bemerken, wenn auch nicht in dem Maße wie im Deutschen Reich, da nirgends sonst ein Volk so eindeutig für bestimmte Ideen und Ziele erzogen und ausgerichtet wurde.

ZUSAMMENFASSUNG

Stellen wir zusammenfassend noch einmal das Deutsche Volk der Gesamtheit der anderen untersuchten Völker gegenüber.

Es steht da ein Volk von 90,031 Millionen Menschen einer Gesamtzahl von 274,177 Millionen Menschen in einem Verhältnis von 1:3,45 gegenüber. Trennt man die Sowjetunion[1]) ab und vergleicht nur die übrigen Staaten mit ihren 103,710 Millionen Menschen mit dem Deutschen Reich, so ergibt sich ein Verhältnis von 1:1,15.

Die bisherigen Angaben über die Bevölkerungsbewegung in den einzelnen Staaten, die sich immer aufs Tausend der Bevölkerung bezogen, ermöglichen zwar erst den Vergleich der Bevölkerungsbewegung der einzelnen Staaten untereinander und zeigen die Tendenz ihrer Entwicklung auf, sie geben aber keinen unmittelbaren Aufschluß über die tatsächliche Menschenzahl, die jährlich in einem Staate hinzukommt oder um die er abnimmt.

Um darüber ein Bild zu gewinnen, wurden die absoluten Zahlen des Geburtenüberschusses für das Jahr 1939 (1938) herangezogen. Für Estland, Lettland, Litauen und die UdSSR ist der jährliche Bevölkerungszuwachs aus der Bevölkerungszunahme zwischen den beiden letzten Zählungen errechnet worden. Es steht da einem absoluten Geburtenüberschuß von 624 000 Menschen im Deutschen Reich ein Menschenzuwachs von 3 Millionen des übrigen Untersuchungsraumes gegenüber, ein Verhältnis also von 1:4,8.

Stellt man die UdSSR und die übrigen Staaten dem Reich getrennt gegenüber, so ergibt sich für die UdSSR mit einer durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungszunahme von 1,95 Millionen Personen ein Verhältnis von 1:3,12, zu den übrigen Staaten mit 1,043 Millionen Menschen Zuwachs ein solches von 1:1,67. Hält man sich dazu nochmals das Verhältnis der Bevölkerungszahlen vor Augen, so sieht man daraus deutlich das raschere Bevölkerungswachstum der Vergleichsstaaten, besonders Rußlands im Verhältnis zum Deutschen Reich.

Vergleicht man aber das Bevölkerungswachstum des Deutschen Reiches und der übrigen Staaten, mit Ausnahme der UdSSR, zu einem früheren Zeitpunkt — es wurden in den meisten Fällen die Jahresdurchschnitte der Zeit um 1930 bis 1937 genommen —, so verschiebt sich die Wachstumsintensität noch um ein beträchtliches zu Ungunsten des Deutschen Reiches. Es steht da einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 422 000 Menschen im Reich und Österreich eine Bevölkerungsvermehrung von 1 182 000 Menschen in den anderen Staaten gegenüber, ein Verhältnis also von 1:2,8.

Es macht sich auch schon in den absoluten Zahlen die im vorigen Abschnitt an Hand der relativen Zahlen aufgezeigte Tendenz eines Geburtenaufstieges im Deutschen Reich und die eines mehr oder weniger starken Abstieges in den meisten übrigen Staaten bemerkbar.

[1]) Stand von 1939.

Wir kommen abschließend noch einmal auf die Frage zurück, wie weit der wirtschaftlich bedingte Menschenüberschuß oder -mangel in den einzelnen Staaten durch die natürliche Bevölkerungsvermehrung verstärkt oder abgeschwächt wird.

Wir stellten im ersten Teil fest, daß das Deutsche Reich infolge seiner hochdifferenzierten Wirtschaft, trotz hoher Volksdichte, einen starken Mangel an Arbeitskräften aufweist. Der Überblick über die Bevölkerungsentwicklung zeigte, daß zwar ein Aufstieg in der Geburtenhäufigkeit seit 1933 zu beobachten ist, doch kommt dieser Überschuß auf dem Arbeitsmarkt erst ab einer späteren Zeit, etwa in 5 Jahren, zur Geltung und ist auch da noch nicht so groß, um den Bedarf an Arbeitskräften aus dem Volksbestand decken zu können. Bei gleichbleibenden wirtschaftlichen Verhältnissen ist daher das Deutsche Reich in der Gegenwart wie auch in Zukunft auf den Zuzug volksfremder Arbeitskräfte angewiesen.

Bei den Vergleichsstaaten, besonders den slawischen Staaten, Rußland ausgenommen, konnten wir durchgehend einen starken Überschuß an Arbeitskräften feststellen. Die Bevölkerungsbewegung dieser Staaten, eine Ausnahme bilden Estland, Lettland, Finnland, verstärkt diesen Überschuß noch ständig. Es wurde zwar in diesen Staaten eine fallende Tendenz der Geburtenbewegung festgestellt, doch reichen die Geburtenzahlen in den meisten Staaten noch immer aus, um ein tatsächliches Bevölkerungswachstum sicherzustellen. Es macht sich auch der leichte Rückgang an Arbeitskräften erst in einer späteren Zeit bemerkbar.

Für die Gegenwart und auch für die nähere Zukunft kommen wir also zu der Feststellung, daß die wirtschaftlich bedingten Spannungen in der Nachfrage nach Menschen am Arbeitsmarkt durch die Bevölkerungsbewegung der Staaten noch verstärkt werden.

Diese Lage birgt für das deutsche Volk eine Gefahr, die gar nicht ernst genug gesehen werden kann. Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, wäre die einfachste Lösung dieser Spannungen ein Hereinziehen des Menschenüberdruckes der anderen Staaten in den Arbeitsprozeß des Deutschen Reiches, wie es ja während des Krieges notgedrungen erfolgt. Wird dieser Weg aber auf die Dauer beibehalten, so droht uns die unausweichliche Gefahr der Überfremdung. Da ist wohl nach dem Kriege in einem unter deutscher Führung geeinigten Europa die bessere, ja vom bevölkerungspolitischen Standpunkt einzig mögliche und richtige Lösung ein Ausgleich des Wirtschaftspotentiales der einzelnen Staaten. In der Form nämlich, daß die Industrie sich nicht mehr im Reich konzentriert, sondern auch in die anderen Staaten verlegt wird. Es kann so der Arbeiterüberschuß in den Ländern selbst behoben werden, es wird aber auch durch die mit der Industrialisierung verbundene Verstädterung und das stärkere Einwirken der Zivilisation ein annähernder Ausgleich in der Bevölkerungsbewegung erfolgen, wie er bereits heute in der entgegengesetzt verlaufenden Tendenz der Geburtenbewegung des Deutschen Reiches und der meisten übrigen untersuchten Staaten angedeutet wird.

In der UdSSR kann der besonders in der Ukraine aufretende, durch die starke Geburtenhäufigkeit bedingte Menschenüberdruck in dem Staatenkomplex selbst ausgeglichen werden. Warten doch hier noch ungeheuere Gebiete des asiatischen Rußland auf die wirtschaftliche Erschließung und Ausnützung. Auch die in den letzten Jahrfünften einsetzende starke Industrialisierung zieht große Massen von Arbeitskräften an sich, so daß in diesem Staatenkomplex trotz seiner 170 Millionen Einwohner ein Menschenmangel herrscht, der noch auf lange Sicht den Menschenüberschuß, richtige Führung und Planung vorausgesetzt, in den Arbeitsprozeß eingliedern kann. Die Gefahr einer durch Menschenüberdruck bedingten Unterwanderung des deutschen Raumes aus diesen Staaten besteht nicht in dem Maße wie bei den anderen ost- und südosteuropäischen Staaten, obwohl auch für die Völker des Raumes der Sowjetunion beim Verschwinden

der Grenzen der ehemaligen UdSSR der Zug nach den Industriegebieten des zivilisierten Westens ein stärkerer sein dürfte als in die Agrar- und Industriegebiete des Ostens, der sibirischen Steppe.

Die Auseinandersetzung, die heute das Deutsche Reich und mit ihm ganz Europa mit der UdSSR zu führen hat, wird daher von dieser nicht aus Gründen der Lebensnotwendigkeit und -erhaltung sondern aus reiner Macht- und Eroberungsgier geführt.

Es erwachsen demnach dem deutschen Volke nach außen hin zwei Aufgaben, um seinen Bestand auch für eine weitere Zukunft zu sichern. Erstens die Sicherung seiner Lebensgrundlagen vor den Ein- und Übergriffen machthungriger fremder Völker und Staaten, wie es ja einzig der Sinn dieses Krieges ist. Zweitens die Auflockerung der wirtschaftlichen Konzentration im Reich, um so den starken Menschendruck auf das Reichsgebiet aufzuheben und das Einsickern volksfremder Elemente zu verhindern.

Es werden mit diesen zwei Aufgaben ungeheure Forderungen an das deutsche Volk gestellt, aus denen ihm seine größte und wichtigste Aufgabe im Innern erwächst, die die Voraussetzung für eine dauernde Lösung der beiden ersten Aufgaben in sich trägt.

Das deutsche Volk hat nur dann die Macht, ja das Recht und den Anspruch auf die Führung in einem geeinten Europa, wenn es sich in dem Blut-, und damit auch Kulturgefüge erhalten kann, das ihm bisher seine geistige Vormacht und Einflußstellung in unserem Untersuchungsraum sicherte.

Es ist also die lebenswichtigste Forderung an das deutsche Volk, durch Aufklärung und Erziehung in jedem Volksgenossen, besonders aber in den kulturtragenden Schichten, das Verantwortungsbewußtsein für das Fortleben des deutschen Volkes, den Willen zum Kind, das heißt zu Kindern, zu wecken. Nur wenn durch Erziehung und andere Maßnahmen das deutsche Volk in eine Ausleserichtung nach qualitativen Gesichtspunkten gelenkt wird und es auch über eine genügende Zahl von Nachkommen verfügt, wird es die Führung über die große Masse der anderen Völker behalten können.

GALIZIEN UND DIE ERSTEN RUSSISCH-JÜDISCHEN AUSWANDERUNGSWELLEN NACH AMERIKA[1] (1881-1883)

VON DR. JOSEF SOMMERFELDT, KRAKAU

Im Gegensatz zu Kongreßpolen war Galizien das ganze 19. Jahrhundert hindurch ein Land, das nur selten die Aufmerksamkeit Europas auf sich lenkte. Seine Entwicklung verlief fast ohne alle großen Erschütterungen und Konflikte, die, wie es doch anders in Kongreßpolen beinahe in jeder Generation geschah, sein inneres Leben hätten in dramatische Bewegungen versetzen und im Volke lange Zeit nachzittern können. Selbst das folgenreiche Geschenk der Bauernbefreiung und die politische Autonomie waren den Bewohnern Galiziens ohne wirklichen Krafteinsatz infolge von Ereignissen in den Schoß gefallen, die sich zwar auf dem Boden des österreichisch-ungarischen Staates, aber doch weit von den Grenzen des Landes nördlich der Karpaten abspielten. Auch die Judenfrage — neben der Bauernfrage wohl das dringendste soziale Problem des Landes, um dessen Bereinigung zu Beginn des Jahrhunderts in der Publizistik heftig gekämpft worden war — hatte während der 60er Jahre durch die bedingungslose Emanzipation in gesetzgeberischer Hinsicht eine undramatische Erledigung gefunden, nachdem sie nach dem Tode Josephs II. von der Wiener Regierung zwar wiederholt auf die Tagesordnung gesetzt, aber niemals zu einer rechtskräftigen Entscheidung geführt worden war.

Was die Zahl der Juden anbetraf, hatte Galizien in der österreichisch-ungarischen Monarchie die Führung, vereinigte es doch 1880 von der gesamten Menge von 1005394 Juden in Cisleithanien nicht weniger als 686596 oder 68,29% in seinen Grenzen. In weitem Abstand folgten Niederösterreich mit 95058, Böhmen mit 94449 und die Bukowina mit 67418 Juden. In Galizien machten die Juden 11,53% der Bevölkerung aus. Einen höheren Hundertsatz hatte nur die Bukowina mit 11,79%. Als natürlicher Schutzwall trennten die Karpaten diese beiden Judenprovinzen von den übrigen Ländern der Donaumonarchie.

Die völlige Emanzipation in den 60er Jahren gab den galizischen Juden die Möglichkeit zu ungehemmter wirtschaftlicher Entfaltung, die von ihnen auch in jeder Richtung ausgenutzt wurde. Seit den 70er Jahren tauchten sie in immer größerer Zahl im Großgrundbesitz und in der sich allmählich entwickelnden Industrie auf. Während die wirtschaftliche Lage der ländlichen Bevölkerung infolge des Fehlens ausreichender Erwerbsmöglichkeiten auch nach der Bauernbefreiung trostlos blieb und die Not Galiziens in Österreich-Ungarn fast sprichwörtlich wurde, erweiterte eine verhältnismäßig kleine Gruppe der galizischen Judenschaft gegen Ende des vorigen Jahrhunderts seine finanziellen Machtpositionen mehr und mehr und wurde die Zielscheibe des sozialen Hasses der bäuerlichen Massen.

Aber diese Entwicklung innerhalb der galizischen Bevölkerung wäre selbst in Wien wohl noch lange unbemerkt geblieben, wenn nicht Ereignisse außerhalb des Landes zu Anfang der 80er Jahre in Wien und darüber hinaus in den andern Großstädten Europas die öffentliche Meinung in Bewegung gesetzt und die innere Entwicklung Galiziens zu einem häufig behandelten Gegenstand der europäischen Presse gemacht hätten. Der Anstoß kam aus Südrußland. Jenseits der Ostgrenze Galiziens, in den südrussischen Gouvernements, war die Spannung zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und den zugewanderten Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Jahr zu Jahr in weit stärkerem Maße gewachsen als in dem Gebiet zwischen Weichsel

[1]) Auf Grund der Präsidialrektifikate Nr. 566 der Statthalterei in Lemberg, die dem Verfasser von der Direktion der Archive des Generalgouvernements im Krakauer Staatsarchiv zur Auswertung zur Verfügung gestellt wurden.

und Zbrucz. Einen nie erlebten Höhepunkt erreichte sie nach den zwei Mißerntejahren 1879 und 1880, als infolge einer bitteren Hungersnot eine riesenhafte Bauernauswanderung aus den südlichen und zentralen Gouvernements Rußlands einsetzte und ganze Dörfer nach Sibirien übersiedelten. Zu dieser bitteren Not kam noch die allgemeine Unsicherheit der inneren Verhältnisse, die die Entstehung eines Konflikts begünstigte. Es fehlte in jenen Jahren in Rußland der starke Mann, der mit einem klaren Programm die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Spannungen hätte ausgleichen und überwinden können. Die ganze Regierungsmaschinerie Rußlands lief in jenen Jahren ohne eigentliche Leitung; die Kräfte der Minister zermürbten sich in endlosem Intrigenkampf; der Beamtenapparat war völlig demoralisiert. Im Lande aber gewann die nihilistische Bewegung immer weiter an Boden und hielt das Volk durch revolutionäre Propaganda und Attentate in ständiger Unruhe.

Unter diesen Umständen konnte auch in der russischen Judenpolitik von einer klaren Linie keine Rede sein. Die Verworrenheit der Judengesetzgebung bot den Behörden und den Juden zahllose Möglichkeiten zu willkürlichen Auslegungen und Ausnahmen. Es war in Rußland letzten Endes nur eine Geldfrage, ob die Behörden oder die Juden die faktische Entwicklung der Verhältnisse bestimmten. Trotz jahrzehntelanger Versuche war man in Rußland zu einer übersichtlichen Ordnung des Judenwesens nicht gelangt. Bei der daraus folgenden Unsicherheit der Rechtsverhältnisse mußte es also für die Juden zwangsläufig verhängnisvoll werden, wenn der in den Massen der bäuerlichen Bevölkerung Rußlands angehäufte Sprengstoff eines Tages zur Entzündung kam. Das geschah im Frühjahr des Jahres 1881.

Am 13. (1.) März 1881 wurde Zar Alexander II. das Opfer eines Attentats, an dem auch Juden als Urheber und Täter beteiligt waren. Diese Tat löste in Rußland eine Judenverfolgung aus, wie sie das Land bis dahin noch nicht erlebt hatte. Im Gebiet südlich der Linie Kiew—Charkow, wo es von jeher gegärt hatte, erfolgte der erste Ausbruch. Von Jelisawetgrad im Gouvernement Cherson griff die Bewegung in den Monaten April und Mai auf die Gouvernements Kiew, Wolhynien und Podolien über, erreichte in den ersten Maitagen des Jahres 1881 in Odessa ihren Höhepunkt und schlug sogar in die Gouvernements Taurien und Jekaterinoslaw hinüber. Mitte Mai trat eine Ruhepause ein. In der zweiten Julihälfte flackerte die Pogrombewegung im Gouvernement Tschernigow und Weihnachten in Warschau auf. Ende März 1882 erneuerten sich dann die Judenverfolgungen in Balta (Gouvernement Podolien) und erfaßten auch das Gouvernement Cherson. Das Jahr 1883 brachte noch zwei Pogrome in Rostow und Jekaterinoslaw. Die nächsten sechs Jahre verliefen fast völlig ruhig.

Im Zusammenhang mit diesen Judenverfolgungen trat Galizien für kurze Zeit in das helle Licht der Weltöffentlichkeit. Diese Ereignisse mußten in diesem Lande schon allein wegen seiner Nachbarlage alarmierend wirken. Die Statthalterei befürchtete, daß die galizischen Bauern sich der Bewegung gegen die Juden anschließen würden. Zu dieser Befürchtung kam noch die Sorge um zahlreiche galizische Firmen, die in der langen Friedenszeit mit den südrussischen Städten in enge Handelsbeziehungen getreten waren. Als Vertreter dieser Firmen hatten sich Tausende galizischer Juden in Südrußland niedergelassen, die jetzt um den Schutz der österreichischen Konsulate baten oder in hellen Scharen nach Galizien zurückkehrten. Am 9. Mai 1881 riet der österreichische Generalkonsul in Kiew dem Statthalter in Lemberg, die galizischen Firmen zur Einstellung der Warensendungen zu bewegen.

Mit ähnlicher Aufmerksamkeit verfolgte man in Lemberg die Entwicklung in Kongreßpolen. Ein Übergreifen der südrussischen Pogromwelle auf dieses Gebiet hätte zur Folge gehabt, daß nicht nur die Ost- und Südostgrenzen Galiziens, sondern auch die langgestreckte Nordgrenze, die von Zawichost bis Sokal, in Ermangelung eines natürlichen Schutzes, besonders

schwer zu überwachen war, gefährdet worden wäre. Wenn auch die Grenzkontrolle zwischen Kongreßpolen und Galizien auf österreichischer Seite bis dahin im allgemeinen wenig sorgfältig durchgeführt worden war, so hielt die Regierung jetzt erhöhte Wachsamkeit für dringend geboten. In Warschau, wo die Juden ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, wurden die Industriellen und die Geistlichkeit von der russischen Regierung angehalten, die erregten Arbeiter zu beruhigen. Infanterie- und Kavalleriepatrouillen durchzogen die Warschauer Vorstädte. Haussuchungen bei Juden förderten zahlreiche Waffen zutage und bewiesen, daß die Juden sich zur aktiven Gegenwehr vorbereitet hatten. Der österreichische Generalkonsul in Warschau vertrat jedoch in seinem Bericht vom 17. Mai 1881 die Ansicht, „daß die Judenverfolgungen in Polen, wo sich durch den jahrhundertelangen Verkehr gewissermaßen ein modus vivendi zwischen der Bevölkerung und den Juden herausgebildet hat, überhaupt nicht Terrain gewinnen und zu solchen Szenen führen würden wie in Rußland, wo die Unruhen auch nicht von der ständigen Bevölkerung, sondern von Zuzüglern aus dem Innern Rußlands ins Werk gesetzt wurden. Man neigt übrigens auch hier der Meinung zu, daß diese Verfolgungen überhaupt von den Nihilisten ausgehen und, indem sie ihren Muth an den allgemein wenig Sympathien genießenden Juden kühlten, damit hauptsächlich das Eine beabsichtigen, Unruhen hervorzurufen und das Volk daran zu gewöhnen." Andere Gerüchte bezeichneten Emissäre der sozialistischen Partei in Deutschland oder Anhänger der Stöckerschen Bewegung in Preußen als die Urheber der antijüdischen Stimmung in Polen. An keiner Stelle des Berichtes ist erkennbar, daß man sich in Warschau Gedanken über die tieferen Ursachen der antijüdischen Bewegung machte. Man war bestenfalls geneigt, darin die Vorboten einer allgemeinen bäuerlich-revolutionären Bewegung gegen die besitzenden Klassen des Zarenreiches zu vermuten.

Aber trotz der anfänglich beängstigenden Gerüchte blieb die Lage in Kongreßpolen im Sommer 1881 ruhig, was nach der Meinung des Generalkonsuls auch darin zum Ausdruck kam, daß zahlreiche wohlhabende Juden aus Südrußland sich gerade in Warschau niederließen und polnische Grundbesitzer, die aus Furcht vor Bauernunruhen Warschau nicht hatten verlassen wollen, sich zur Erntezeit wieder auf ihre Landsitze begaben. Als dann in der Weihnachtszeit des Jahres 1881 in Warschau wider Erwarten doch ein schwerer Judenpogrom ausbrach, gelangte, wie es in einem Bericht aus Petersburg vom 17. Januar 1882 heißt, in der russischen Presse vor allem eine gewisse Schadenfreude darüber zum Ausdruck, „daß nunmehr auch die Polen, die sich seiner Zeit über die russischen Judenkrawalle so entrüstet gezeigt und voll Selbstgefühl auf ihre höhere Intelligenz verwiesen hatten, nunmehr im eigenen Lande dergleiche für unmöglich gehaltene Auftritte erlebt hätten".

Die ruhige Haltung der bäuerlichen Bevölkerung in Kongreßpolen während des Sommers 1881 gestattete der Statthalterei in Lemberg, ihr Augenmerk hauptsächlich der Entwicklung in Südrußland und den Problemen an der galizischen Ostgrenze zuzuwenden. Die Nachrichten von den Judenverfolgungen in Südrußland fanden in der galizischen Bevölkerung lebhaften Widerhall und reizten zur Nachahmung. In den Monaten Mai bis August 1881 häuften sich in Galizien die Nachrichten von antijüdischen Maueranschlägen und Drohbriefen. Träger dieser Bewegung waren vorwiegend die Bauern, aber auch zahlreiche Industriearbeiter und Handwerksgesellen. „Schlagt die Juden wie in Rußland!", hieß die gern gehörte Parole. „Der russische Kaiser hat schon an unsern geschrieben, daß es binnen vierzehn Tagen mit unsern Juden so gemacht würde wie mit denen in Rußland." Andere Aufrufe sprachen sogar von einer „Verordnung des Kaisers" zur Vernichtung der Juden. Die Ursachen dieser antijüdischen Bewegung gingen aus den klar formulierten Beschwerden der Bevölkerung hervor. Sie waren sehr mannigfaltig. „Die Juden zahlen keine Steuern; sie entziehen sich dem Militärdienst; sie vernichten uns durch Wucher und Betrug jeder Art." „Wir leben in Not, gefesselt durch unsern eigenen Reichtum, der sich in den Händen der Juden befindet. Bedeutet das etwa nichts, daß unsere Brüder an den

Straßen Steine klopfen müssen und daß ihre Nahrung nur aus etwas Brot besteht? Und wie kommt es, daß jene Gauner Eier, Hühner, Gänse usw. fressen können, wenn sie auch nicht arbeiten, sondern nur kaum wie Bären schnaufen und auf den Wällen spazierengehen? Geschieht das etwa nicht für unser und unserer Brüder Geld?" — „Eure Zahl ist so groß geworden, daß ihr uns schon in die Häuser hineinkriecht, unsere Kinder hinausjagt und euch Bürger nennt... Wie habt ihr euch an den Grundstücken unserer Väter versündigt! Wir holen sie von euch zurück und werden uns an euch rächen." Dieser soziale Haß, in dem sich die Erbitterung der Bauern über den in jener Zeit besonders drückenden Wucher der Juden aussprach, der zahllose Bauern an den Bettelstab brachte, gipfelte in der Aufforderung zum blutigen Aufstand. Mit Äxten, Sensen, Gewehren, Säbeln und Stangen wollte man den Juden zu Leibe rücken. „Bauern, raucht Zigarren und schlagt die Juden; denn für die Juden wird euch nichts geschehen!" — „Sie werden so vernichtet werden, wie sie uns Bauern vernichten."

Diese bedrohliche Gärung unter der galizischen Bevölkerung veranlaßte die Statthalterei, die in einem Aufstand gegen die Juden gleichfalls nur den Anfang einer allgemeinen Bewegung gegen die wirtschaftlich führenden Schichten des Landes sehen zu müssen glaubte, zu umfassenden Vorsichtsmaßnahmen. Die Sicherung der Ruhe erschien ihr bei der geringen Zahl der Gendarmeriekräfte sehr schwierig, da die antijüdischen Stimmen aus allen Teilen des Landes gemeldet wurden. In Westgalizien kamen beunruhigende Nachrichten aus den Orten Krakau, Wadowice, Kęty, Saybusch, Szczyrzyc, Tarnow, Pilzno, Jasło und Nisko. Viel stärker aber war die Bewegung in Ostgalizien, wo die ukrainische Bevölkerung das Übergewicht hatte, besonders in den Grenzkreisen Sokal, Kamionka, Złoczow, Zbaraż, Skałat, Borszczow, Zaleszczyki, aber auch in Lemberg, Sambor, Żydaczow und Drohobycz. Im Jahre 1882 wurde antijüdische Propaganda auch aus den Städten Neu-Sandez, Gorlice, Landshut, Horodenka und Czortkow gemeldet. Dieser weitverzweigten antijüdischen Bewegung in Galizien fehlte es jedoch offensichtlich an geeigneten Führern, die die gepeinigten und erregten Massen gegen die Juden hätten organisieren und einsetzen können. So verzettelten sich die Kräfte in kleinen Einzelaktionen, die sich meist damit begnügten, jüdischen Pächtern und Schankwirten die Scheiben zu zertrümmern und kleinere Gruppen von Juden zu verprügeln, deren Wirkung aber zu gering war, als daß sie einen fühlbaren Druck auf die Regierung hätten ausüben können. Und da die Behörden die Juden, die aus Angst die unglaublichsten Gerüchte verbreiteten und dadurch erst in den Städten eine bedrohliche Panikstimmung erzeugten, mit allen Mitteln in Schutz nahmen und die Teilnehmer an judenfeindlichen Aktionen streng bestraften, kam es weder 1881 noch 1882 in Galizien zu ähnlichen großangelegten Befreiungsversuchen des bedrängten Bauerntums wie in Südrußland.

Während die Behörden noch damit beschäftigt waren, einen Aufstand der galizischen Bauern und Industriearbeiter gegen die Juden zu verhindern, wurde die Ruhe und Ordnung im Lande durch andere Ereignisse gefährdet. Mitte Mai erreichte die südrussische Pogromwelle die galizische Ostgrenze. Im russischen Grenzstädtchen Wołoczyska wandten sich die Eisenbahn- und Fabrikarbeiter gegen die Juden. Mehr als 1600 russische Juden flohen in einer Nacht über die Grenze und suchten in den galizischen Städten Unterschlupf. Selbst der Einsatz von Militär konnte diesen unerwünschten Einbruch nicht verhindern. In den folgenden Wochen hielt dieser Zustrom über die Ostgrenze an. Tausende schlichen sich auf unkontrollierbaren Wegen nach Galizien und suchten von dort den Weg nach dem Westen. Seit Ende Mai 1881 gewann die Übergangsstelle Radziwiłłow an der Eisenbahnlinie Lemberg—Brody—Dubno für die Einwanderung russischer Juden nach Galizien überragende Bedeutung, und Brody entwickelte sich zu einem bevorzugten Sammelplatz. Für die in die Bukowina übergetretenen russischen Juden wurde Lemberg das erste Reiseziel.

20 32 40

50 50

KOWNO WILNO MOHILEW MOSKAU

KOWNO MINSK MOHILEW SLONIM BOBRUISK GRODNO BJELSK MINSK PINSK TERESPOL TSCHERNIGOW BERESNA BORJNA KONOTOP NJESHIN KIJEW PRILUKI KOWEL ROSHISCHTSCHE BERESNO LUZK KOREZ WOLHYNIEN ROWNO OSTROG SHITOMIR BORISSPOL KREMENEZ SASSLAW ROMANOWKA PEREJASSLAWL CHARKOW LUBNY BJ. ZERKOW WOLOTSCHISK BERDITSCHEW POLTAWA POLTAWA KORSSUN KREMENTSCHUG WINNIZA KIJEW SMJELO SHMERINKA DUNAJEWZY SCHPOLA SLATOPOL KAMENEZ POD. TULTSCHIN UMAN ALEKSANDRIJA JEKATERINOSSLAW CHOTIN JELISSAWETGRAD JEKATERINOSSLAW DON GEBIET GOLTA BALTA CHERSSON KISCHINEW DUBOSSARY NIKOLAJEW ODESSA BENDERY TAURIEN

GALIZIEN PODOLIEN BESSARABIEN

HERKUNFTSORTE

der russisch-jüdischen Auswanderer 1881 und 1882

1 mm² schwarzer Fläche = 9 ausgewanderter Juden

Maßstab 1 : 5,500.000

(Namensschreibung nach Stielers Handatlas 1906)

Die Pogromwelle gegen die russischen Juden setzte sofort das internationale Judentum in Bewegung. Mitte August 1881 erschien in Brody als Vertreter der Alliance Israelite in Paris Dr. H. Schafier, um in Verbindung mit dem Bankhaus N. Kallir und dem Antwerpener Auswanderungsagenten E. H. Strauß die über die Grenze gekommenen russischen Juden nach Amerika zu schaffen. Das Erscheinen dieser Agenten hob die Ereignisse an der galizischen Ostgrenze mit einem Schlage aus der Sphäre gewöhnlicher Grenzzwischenfälle und machte sie zu einer hochpolitischen Angelegenheit. Da von den jüdischen Delegierten Unterstützungen anfangs auch an solche Juden gezahlt wurden, die von der russischen Pogromwelle gar nicht betroffen waren, sondern aus Gegenden stammten, in denen bis dahin völlige Ruhe geherrscht hatte, wuchs der Zustrom nach Brody von Woche zu Woche, obwohl seit dem Mai die russische Bauernbewegung gegen die Juden vorübergehend zum Stillstand gekommen war. Aus dem Bestreben, sich vor den Unruhen in Sicherheit zu bringen, erwuchs urplötzlich ein riesiger Auswanderungsdrang. Brody wurde in den Augen der russischen Juden das Tor in eine Welt größerer Möglichkeiten, und „Massen verdächtigen Gelichters, Missethäter, insolvente Kaufleute etc." wälzten sich ohne Geldmittel und Ausweispapiere über die russisch-galizische Grenze gen Brody.

Seit Mitte September 1881 gewann Brody immer mehr den Charakter einer russisch-jüdischen Auswanderungszentrale, wo sich Massen schmutziger Juden zusammenballten. Der Vertreter der Alliance Israelite war Fürsorge- und Reisebüro in einem. Neben zahlreichen militärischen Deserteuren befanden sich unter den Auswanderern viele kriminelle Juden, die von der russischen Polizei steckbrieflich gesucht wurden. Da der größte Teil ohne Legitimationen eintraf, entwickelte sich bald ein schwunghafter Handel mit österreichischen Ausweispapieren und Pässen, der von den galizischen Juden organisiert wurde, und mancher russische Jude erreichte damals mit gefälschten Papieren das gelobte Land jenseits des Ozeans. Auf Kosten der Alliance Israelite gingen im Herbst 1881 als erste Welle 9 Transporte mit rund 1500 russischen Juden von Brody über Hamburg oder Amsterdam nach Amerika ab. Ende November 1881 wurde der Abtransport auf Kosten der Alliance eingestellt, obwohl noch mehr als 2000 russische Juden in Brody auf Abfertigung warteten.

Die Folge der unwillkommenen Anhäufung russischer Juden in Brody und auch in einigen anderen Städten nahe der Grenze war eine erschreckende Zunahme des Bettelwesens und der Verbrechen. Blattern, Cholera, Typhus und Diphtherie wurden ins Land geschleppt. Schlägereien zwischen den russischen und den galizischen Juden waren häufig, weil die letzteren sich in ihrem Erwerb geschädigt sahen. Alle Versuche der galizischen Behörden, die Juden zur Rückkehr nach Rußland zu bewegen, schlugen im Winter 1881/82 fehl. Es wurden im Gegenteil Briefe und Telegramme abgefangen, in denen Angehörige und Freunde in Rußland aufgefordert wurden nachzukommen.

Während des Winters verstreute sich ein Teil der russischen Juden in die galizischen Kleinstädte und Dörfer und fand dort Arbeit. Aber dennoch zählte man ihrer in Brody Ende Februar 1882 immer noch rund 1500. Diese Menge schwoll jedoch bereits im März und April 1882 auf die Nachricht vom Eintreffen neuer jüdischer Delegierter in Brody durch starken Zustrom aus Rußland an. Der größte Teil kam wieder auf Schleichwegen ohne Geld und Papiere über die Grenze, während sehr wenige mit riesigem Gepäck (z. B. 14 Personen mit 243 oder 11 Personen mit 121 Stück) mit der Bahn nach Brody geschickt wurden. Die Grenzsicherungen waren überall zu schwach, als daß sie den illegalen Grenzübertritt hätten verhindern können. Am 4. Mai 1882 wurde aus Brody berichtet, „daß nur kaum der vierte Teil der Gesamtzahl der Emigranten hierher per Bahn und durch die Grenzkontrolle eintrifft, daß der überwiegende Teil dagegen die Grenze längs dem ganzen Kreis und vor allem in den Wäldern überschreitet".

Hatte die Statthalterei bis dahin in Übereinstimmung mit der Meinung der europäischen Presse die Verfolgungen als die einzige Ursache der Judenauswanderung aus Rußland angesehen und gehofft, daß diese mit dem Eintritt ruhigerer Verhältnisse aufhören würde, so wurde sie durch die Entwicklung im Frühling und Sommer 1882 eines anderen belehrt. Denn obwohl die Pogrome sich nicht wiederholten, nahm die Einwanderung russischer Juden nach Galizien erschreckende Ausmaße an. In Brody allein, einer Stadt mit 18000 Einwohnern, wurden am 19. Mai bereits rund 13000 dieser aufdringlichen Gäste gezählt. Man stellte durch genaue Prüfung fest, daß ein sehr großer Teil der Juden tatsächlich nicht aus den Pogromgebieten stammte sondern nur durch den Niedergang des Handels und Gewerbes sowie durch die Kreditnot bestimmt worden war, Rußland zu verlassen und sich in Amerika eine bessere Lebensgrundlage zu suchen. So berichtete der Starost von Brody am 19. Mai 1882: „Die Empörung der einheimischen Juden gegen die Zuzügler wird immer größer, weil der überwiegende Teil der Emigranten keinen eigentlichen Grund zur Auswanderung hatte und sich aus Leuten zusammensetzt, die die Reise nach Amerika als ein gutes Geschäft ansehen." Diese Auffassung wurde dadurch bestätigt, daß einige Juden, denen man in Brody die Unterstützung versagte, sich schon im Laufe des Sommers 1882 bewegen ließen, nach Rußland zurückzukehren. Diese Erkenntnis nötigte die Statthalterei zur Änderung ihrer Haltung gegenüber den Einwanderern: „Bei so bewandten Umständen nimmt die Emigration der russischen Juden einen andern Charakter an, da man es, wenn nicht vorwiegend, so doch zum großen Theile mit Individuen zu thun hat, die nicht unmittelbar von der antisemitischen Bewegung getroffen werden. Angesichts dessen gewinnt die Annahme von Tag zu Tag an Berechtigung, daß der Andrang der Israeliten von Rußland nach Galizien immer zahlreicher werden und es den hierlandes fungierenden Comités nicht gelingen wird, von den Emigranten das Land zu räumen." (Ber. des galiz. Statthalters an den Min. d. Inn. vom 6. Mai 1882). Auch durfte die Statthalterei nicht übersehen, daß die völlige Gleichberechtigung mit den übrigen Landeseinwohnern, die die Juden im Gegensatz zu Rußland in Galizien genossen, ein starkes Lockmittel darstellte und einen Übertritt nach Galizien selbst dann noch rätlich und nützlich erscheinen ließ, wenn sich die Hoffnung auf einen Weitertransport nach Amerika nicht verwirklichen sollte.

Diese Überlegung veränderte auch den Rahmen, in dem das Ministerium des Innern die Einwanderung der russischen Juden bisher beurteilt hatte. Denn jetzt handelte es sich nicht mehr um die Entscheidung, ob die Grenzprovinz Galizien, die schon an ihren eigenen Juden schwer zu tragen hatte, für den Zuzug einiger „unglücklicher russisch-jüdischer Flüchtlinge" (wie die jüdische Weltpresse zu schreiben pflegte) gesperrt werden sollte oder nicht und wie Unruhen innerhalb Galiziens zu verhindern wären, sondern es galt offensichtlich, den österreichisch-ungarischen Staat vor einer elementaren Überschwemmung zu bewahren und die sich in Bewegung setzenden Schlammfluten des Ostens zurückzudämmen oder nach Amerika zu leiten. In drei ausführlichen Berichten an den Innenminister vom 2., 6. und 16. Mai 1882 wurde vom Statthalter die drohende Gefahr in ihren Grundzügen dargestellt. Verschärfend wirkte vor allem die Tatsache, daß das jüdische Komitee in Brody nur gesunde und junge Juden nach Amerika beförderte, alte gebrechliche und arbeitsunfähige aber von ihrer Betreuung ausschloß. Und während die Juden in London, Paris, Brüssel und Washington ihre Regierungen zur Intervention für ihre russischen Rassegenossen zu bewegen suchten, während im österreichischen Abgeordnetenhaus der Jude Eduard Sueß am 10. Mai 1882 in einer Interpellation die gleiche Forderung erhob, entschlossen sich das Innenministerium und die galizische Statthalterei zu einer entschiedenen Abwehr. Da sie sich von der Sperrung der österreichisch-russischen Grenze durch einen Militärkordon wenig Erfolg versprachen, wurde das Außenministerium ersucht, in Petersburg darauf hinwirken zu lassen, daß die Auswanderung der Juden aus Rußland abgestoppt würde, weil die Angelegenheit auf die Dauer geeignet sein könnte, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Rußland zu stören. Obwohl der russische Außenminister von Giers für die öster-

reichischen Wünsche großes Verständnis zeigte, gelang es ihm doch nicht, den Innenminister Ignatieff zu entschiedenen Maßnahmen zu bewegen. Eine neue Situation trat erst ein, als am 30. Mai 1882 Ignatieff als Innenminister durch Tolstoj ersetzt wurde. Dieser verstand es, durch mehrere Zirkulare die Auswanderung der Juden aus Rußland abzudämmen und Ende Juli 1882 mit Österreich auch über die Form der Zurücknahme der ausgewanderten Juden zu einer Einigung zu gelangen.

Die „Repatriierung" der russischen Juden bildete demnach neben dem Weitertransport nach Amerika das wichtigste Problem. Abgesehen von den bereits geschilderten Erfahrungen waren einige Stimmen von jüdischer Seite geeignet, das österreichische Ministerium des Innern in seinem Abwehrgedanken zu bestärken. Nach einer Bekanntmachung des „Mansion House" in London sollten nur Bauern, Handwerker und Handarbeiter, aber keine Kommis, Buchhalter und Trödler nach Amerika weiterbefördert und unter diesen wiederum Leute mit eigenem Vermögen bevorzugt werden. Der Schlußsatz der Bekanntmachung lautete: „Wir halten es für Unrecht, England oder Amerika mit unrettbar Verarmten anzufüllen." Einen gleichfalls bezeichnenden Standpunkt vertrat der Vorstand der israelitischen Allianz in Wien. In einem Memorandum vom 28. Juni 1882 an die jüdischen Hilfskomitees in Europa und Amerika wehrte er sich gegen die Einwanderung mittelloser und arbeitsunfähiger russischer Juden nach Österreich und wandte sich seinerseits in scharfen Worten an das „Mansion House" und die jüdischen Komitees in den USA., die die Aufnahme von „fehlerhaftem Material" ablehnten und die Juden Österreichs damit belasten wollten: „Es wäre doch schwer zu begründen warum die so sehr entwicklungsfähigen Länder jenseits des Ozeans, welche von hunderttausenden Auswanderern jahraus, jahrein betreten werden, nicht noch für ein paar tausend russisch-jüdischer Flüchtlinge Raum bieten sollten, während Österreich und in diesem dem mit Juden reich bevölkerten Galizien, endlich in diesem Lande der in ihrem Wohlstande arg zerrütteten Gemeinde Brody zugemuthet wird, die minder Kräftigen, die Schwachen und Hilflosen bei sich aufzunehmen, ja sie zurückzunehmen, als ob Österreich zu ihrer Aufnahme mehr verpflichtet wäre als irgendein anderes Land... Wir von unserem österreichischen und jüdischen Standpunkte erklären bestimmt, daß wir die Zumuthung, den Bodensatz der russisch-jüdischen Flüchtlinge (im Original fett gedruckt!) bei uns zu behalten, nachdrücklich und entschieden zurückweisen." Dieses denkwürdige Memorandum der reichen Wiener Judenschaft, die in der israelitischen Allianz organisiert war, schließt mit dem Appell an die europäischen und amerikanischen Schwesternorganisationen, man möge die Verantwortung von ihr nehmen „für eine Erregung der galizischen Bevölkerung, welche nothwendiger Weise aus einer systematischen Ansammlung des Bodensatzes russisch-jüdischer Flüchtlinge entstehen müßte."

Die Bekanntmachung des „Mansion House" und das Memorandum der Wiener Allianz zeigten dem Innenministerium und der Statthalterei in aller Klarheit, welche Gefahren sozialer und wirtschaftlicher Natur die Einwanderung der russischen Juden für Österreich-Ungarn in sich barg. Beide Publikanda konnten die Regierungsstellen in ihrem Entschluß, die russischen Juden vom Boden Galiziens zu entfernen, nur festigen. Denn sollte Galizien die ihm zugewachsene Aufgabe eines Filters im Zuge der russisch-jüdischen Auswanderung für den österreichisch-ungarischen Staat auch im Falle eines eventuell verstärkten Auswandererstromes erfüllen, so mußte es jetzt am Anfang dieser Bewegung von dem „Bodensatz" befreit werden, der sich in ihm niederzuschlagen suchte und es zu belasten drohte. Erfahrungsgemäß wurden nur 30—40 % der russischen Juden von den jüdischen Komitees für die Ansiedlung in Amerika geeignet befunden. Wenn auch von dem in Galizien verbleibendem Rest einige nach Bosnien und der Herzegowina oder nach Palästina und Ägypten auswandern wollten, so blieben immer noch viele Tausende, die nach Rußland „repatriiert" werden mußten, wenn man ihre Ansiedlung auf dem Boden des österreichisch-ungarischen Staates und die Schaffung eines Präzedenzfalls verhindern wollte.

Allerdings gestaltete sich die Zurückschaffung der Juden über die Grenze anfangs sehr schwierig, weil die russische Grenzgendarmerie trotz der eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen ihre Aufnahme verweigerte. So ergab sich zeitweilig das merkwürdige Schauspiel, daß die österreichischen Grenzaufseher in eigener Person die Juden an einsamen Stellen in kleinen Gruppen über die Grenze schmuggelten. Eine Besserung trat erst ein, als man sich entschloß, die russischen Gendarmen zu bestechen. „Gegen eine Entlohnung von einem halben Rubel per Kopf und einem ganzen Rubel per Familie werden die ausweislosen Flüchtlinge von dem russischen Gendarmen selbst bei Klebotowka unweit Brody über die Grenze nach Rußland geführt." Auf diese Weise gelang es z. B. in der Zeit vom 2. bis 6. Juli 1882, rund 870 russische Juden abzuschieben. Erst Anfang August waren vom russischen Innenministerium die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Rückbeförderung der Juden geschaffen.

Die Stauung der russisch-jüdischen Zuwanderer in Brody und ihre Häufung in einigen anderen Städten Galiziens führte dazu, daß sich eine Reihe von galizischen Kreisausschüssen mit Beschwerden an den Landesausschuß wandten. In Westgalizien waren es die Kreisausschüsse von Krakau, Myślenice, Bochnia, Neumarkt Gorlice, Krosno, Pilzno, Mielec und Jaroslau, in Ostgalizien Dobromil, Sambor, Turka, Jaworow, Mościska, Rudki, Lemberg, Bobrka, Tarnopol, Podhajce, Tłumacz und Borszczow. Die Proteste dieser Kreisausschüsse liefen im Mai und Juni 1882 beim Landesausschuß ein und bestätigten der Statthalterei, daß ihre Maßnahmen gegenüber den russischen Juden den Wünschen der galizischen Bevölkerung vollauf entsprachen.

Da der Zustrom russischer Juden im August 1882 völlig aufhörte, gewann das jüdische Hilfskomitee in Brody Zeit, die Weiterbeförderung der Juden nach Amerika zu organisieren. Hierbei galt es, den Widerstand Preußens zu überwinden, dessen Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen ebenfalls von der ostjüdischen Einwanderung bedroht wurden und das eine strenge Grenzkontrolle aufgebaut hatte. Da die frühere Paßfreiheit im Verkehr zwischen Deutschland und Rußland seit den Pestgerüchten des Jahres 1879 deutscherseits suspendiert und nicht wieder eingeführt worden war, hatten die russischen Juden bei der Einreise nach Preußen große Schwierigkeiten zu überwinden. Auch fehlte ihnen auf preußischer Seite die Hilfe geschäftstüchtiger Rassegenossen, die ihnen in Galizien z. B. bei der Beschaffung gefälschter Papiere bereitwilligst zur Hand gingen. Der Widerstand der preußischen Grenzbehörden war um so verständlicher, als die russischen Juden in Deutschland in weit stärkerem Maße als Fremdkörper empfunden wurden als in Galizien, wo die Städte an sich schon von Juden wimmelten, die sich von den Einwanderern nur durch die Staatsangehörigkeit, aber nicht durch ihre äußere Erscheinung und den Bildungsstand unterschieden. Nach langen Verhandlungen wurde die Regelung getroffen, daß die Juden beim Überschreiten der preußisch-galizischen Grenze 400 M bzw. 100 M und eine Schiffsfahrkarte vorweisen und ohne Zwischenstation in geschlossenen Transporten direkt nach Hamburg oder Amsterdam fahren sollten.

Diese Regelung erwies sich als zweckmäßig und verhältnismäßig leicht durchführbar. Waren durch das Hilfskomitee in Brody vom 18. Oktober bis 21. Dezember 1881 in 9 Transporten nur rund 1500 Juden nach Amerika geschafft worden, so wurden in der Zeit vom 15. April bis 27. Juli 1882 in Brody in 23 Transporten annähernd 6000 über Hamburg oder Amsterdam zur Weiterreise nach Amerika abgefertigt. Unberücksichtigt sind in diesen Zahlen mehrere kleinere Transporte, die von Lemberg und Krakau nach Amsterdam und London abgingen, und die zahlreichen nicht registrierten Gruppen, die, mit eigenen Geldmitteln und gültigen Ausweispapieren versehen, ohne Hilfe der jüdischen Komitees über Galizien und Preußen den Weg nach Hamburg und Nordamerika fanden. Auch sollen größere Gruppen den Weg durch Böhmen genommen und bei Bodenbach die sächsische Grenze überschritten haben. Rechnen wir alle diese Gruppen zu den genannten Zahlen hinzu, so dürfte es nicht zu hoch gegriffen sein, wenn wir die Gesamtzahl der russischen Juden, die vom Sommer 1881 bis Herbst 1882 über Galizien nach Amerika auswanderten, auf rund 10000 schätzen.

Die Auswanderung hätte im Jahre 1882 gewiß noch viel höhere Zahlen erreicht, wenn der Transport nach Amerika Ende Juni 1882 nicht plötzlich eingestellt worden wäre. Um diese Zeit telegraphierte Veneziani, der Sekretär des Baron Hirsch, aus Paris, daß nach Meldung des New-Yorker Komitees der Alliance Israelite 3000 russisch-jüdische Auswanderer obdachlos und ohne Beschäftigung in New York lägen, daß die Hilfsgelder erschöpft seien und das Amsterdamer Komitee nach neuen Auswegen suche. Darauf ergingen vom Komitee in Brody an die Rabbiner in Südrußland Mahnschreiben, sie möchten ihre Gemeinden vor weiterer Auswanderung nach Amerika und insbesondere vor dem Überschreiten der galizisch-russischen Grenze warnen. Auf diese Nachricht hin suchten sich die russischen Juden über die galizischen Kleinstädte, in die Bukowina und die österreichischen Länder südlich der Karpaten zu zerstreuen. Dieser gefährlichen Tendenz begegnete die Statthalterei durch stärkere Überwachung der Juden im Sammelplatz Brody und durch Beschleunigung des Rücktransports nach Rußland. Dieser erschien nunmehr um so dringlicher, als nach zuverlässigen Nachrichten in den russischen Städten nahe der galizischen Grenze, z. B. in Dubno, Rowno, Radziwillow, Krzemieniec, Rudno und Poczajow, große jüdische Auswanderermassen auf die Öffnung der Grenze und die Wiederaufnahme der Aussiedlung nach Amerika lauerten. Daher zwang das jüdische Hilfskomitee unter dem unnachgiebigen Druck der Statthalterei den größten Teil der in Brody wartenden russischen Juden zur Rückkehr nach Rußland. Bis zum Ende des Jahres 1882 wurden mindestens 10500 Juden repatriiert. Nur ein Rest von mehreren hundert Juden, meist Deserteure, steckbrieflich Gesuchte oder ähnliches fragwürdiges Gesindel, weigerte sich mit Erfolg, nach Rußland zurückzukehren. Für diese beantragte Veneziani Ende September die Erlaubnis zum weiteren Aufenthalt in Galizien bis zur Wiederaufnahme der Aussiedlung nach Amerika. Das Innenministerium lehnte dieses Gesuch jedoch ab und verlangte Garantien für den baldigen Abtransport ins nichtrussische Ausland und für ihre vorläufige Konzentrierung in Brody. Schließlich erklärten sich die Komitees in Paris und London bereit, Galizien diese Auslese der russischen Juden abzunehmen und in Fabriken in Frankreich und England unterzubringen. Soweit aus den Transportlisten ersichtlich, wurde Frankreich im Jahre 1882 um mindestens 530 Vertreter dieses ausgesuchten Menschenmaterials bereichert. London erklärte sich bereit, 300 und Amsterdam 30 abzunehmen. Es ist durchaus möglich, daß dieser Abschaum des Ostjudentums nicht über den Ozean gelangte, sondern in den folgenden Jahrzehnten die Judenschaft Westeuropas wirksam verstärkte. Ende Dezember 1882 waren die erfaßbaren russischen Juden restlos aus Galizien entfernt.

Die aus Brody nach Amerika und Westeuropa geschafften russischen Juden verteilten sich nach Ausweis der Transportlisten auf die einzelnen Berufe wie folgt:

1. Herstellung von Bekleidungsgegenständen	22,6 %
2. Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft	16,1 %
3. Nahrungs- und Genußmittelherstellung	13,3 %
4. Sonstige Arbeiter	10,3 %
5. Metallgewinnung und -verarbeitung	9,9 %
6. Eigentümer und Pächter	4,8 %
7. Holz- und Schnitzstoffverarbeitung	4,7 %
8. Baugewerbe und Baunebengewerbe	3,4 %
9. Handel	2,9 %
10. Papierverarbeitung und Vervielfältigung	2,3 %
11. Gesundheitswesen	1,9 %
12. Textilienherstellung	1,8 %
13. Lederherstellung und -verarbeitung	1,2 %
14. Verwaltung, Schule und Kirche	0,7 %
15. Andere Berufe	4,1 %
zusammen	100,0 %

Über die Zahl derjenigen russischen Juden, die in den Ghettos Galiziens unbemerkt untertauchten, lassen sich naturgemäß nicht einmal Annäherungswerte angeben. Setzen wir sie aber auch nur auf ein paar tausend an, so gelangen wir zu dem Schluß, daß die erste russisch-jüdische Einwanderungswelle nach Galizien in den Jahren 1881 und 1882 mindestens 25000 Köpfe zählte. Der Wachsamkeit und dem Ernst, mit dem das österreichische Innenministerium und die galizische Statthalterei trotz ihrer ursprünglich durchaus judenfreundlichen Einstellung die Entwicklung der russisch-jüdischen Auswanderung beobachteten und beurteilten, war es zu verdanken, daß der größte Teil dieser ungebetenen Gäste, die in dem übervölkerten Galizien kaum genügend Erwerbsmöglichkeiten gefunden hätte und zwangsläufig in die westlichen Provinzen und nach Wien abgewandert wäre, an der Grenze abgefangen und teils nach Amerika geleitet, teils nach Rußland zurückgedrängt wurde. Die grundsätzliche Bedeutung dieser Tat für die Zukunft ist darin zu sehen, daß die österreichische Regierung ihr Hausrecht in Galizien gewahrt und die internationalen Organisationen des Judentums gezwungen hat, für diese unerfreulichen Eindringlinge, die sogar den zivilisierteren Wiener Juden unwillkommen waren, die Sorge und Verantwortung selbst zu übernehmen. Das energische Einschreiten des österreichischen Innenministeriums und der galizischen Statthalterei gegen diese im Vergleich zu den russisch-jüdischen Auswanderungswellen der folgenden Jahrzehnte noch verschwindend kleine Auswanderungsgruppe verhütete die Entstehung eines Präzedenzfalls, der sich in der Folge verhängnisvoll hätte auswirken müssen. Es trug im Verein mit ähnlichen Abwehrmaßnahmen in Preußen dazu bei, daß sich im Judentum frühzeitig jene internationale Auswandererorganisation entwickelte, die in den folgenden Jahrzehnten die nach Millionen zählenden ostjüdischen Auswandererheere an den Grenzen Deutschlands und Österreich-Ungarns auffing und zum größten Teil an Mittel- und Westeuropa vorbei nach Amerika leitete. In diesem Sinne war der erste kleine Abwehrerfolg an der galizisch-russischen Grenze nicht nur eine Angelegenheit der österreichischen Verwaltung, sondern in Verbindung mit den Abwehrmaßnahmen auf preußischer Seite eine politische Tat, die bis in die Zeit des ersten Weltkriegs nachwirkte.

Während man in Galizien noch beschäftigt war, das Land von den russischen Juden zu räumen, trafen die Nachrichten ein, daß mittellose russisch-jüdische Rückwanderergruppen in Stärke von mehreren hundert Köpfen, die in Amerika ihr Glück nicht gefunden hatten, über Österreich-Ungarn nach Rußland zurückzugelangen suchten. Um ihr Einnisten im Lande zu verhindern, ließ das Innenministerium am 20. August 1882 durch Erlaß an die Statthaltereien in Prag, Linz, Salzburg und Lemberg und an die Landesregierung in Troppau die Grenze gegen ausweislose russisch-jüdische Rückwanderer sperren.

Nach dem ersten ungeordneten Ansturm der russisch-jüdischen Auswanderungswelle gegen Galizien verlief die Emigration im folgenden Jahrzehnt geregelter, so daß die galizischen Behörden kaum einzugreifen brauchten. Und da sich auch viele tausend galizische Juden dem Strom nach Amerika anschlossen, bestand die berechtigte Hoffnung auf allmähliche Verminderung dieses unwillkommenen Elements. Als dann zu Beginn der 90er Jahre die Auswanderungsbewegung unter den russischen Juden infolge der Kolonisationspläne des Baron Hirsch in Argentinien wieder stark anschwoll, hatten sowohl die galizische als auch die preußische Verwaltung bereits so viel Erfahrungen gesammelt, daß sie den neuen Ansturm mühelos abwehren und bewältigen konnten.

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DEUTSCHER SIEDLUNG UND DEUTSCHER GELTUNG IN GALIZIEN SEIT 1772 IN DEN WIENER ARCHIVEN

GENERALSTAATSARCHIVAR DR. I. KALLBRUNNER, WIEN

Vortrag, gehalten auf der vom Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums und dem Institut für Deutsche Ostarbeit veranstalteten Arbeitstagung „Deutsche Forschung im Vorkarpaten- und Weichselraum als Grundlage für die praktische Volkstumsarbeit."
Krakau, 11.—14. Februar 1943.

Der Zweck meiner folgenden Ausführungen ist es, einen kurzen Überblick darüber zu geben, was die Archive der großen Wiener Zentralstellen an archivalischem Quellenmaterial zur Geschichte der deutschen Siedlung und der deutschen Verwaltung in Galizien zu bieten haben. Zeitlich werde ich dabei etwa bis 1860 zu gehen haben. Denn dieses Jahr gibt mit dem Durchdringen der sogenannten Autonomiebestrebungen der Polen den Zeitpunkt für das Einsetzen der rasch fortschreitenden Polonisierung der Verwaltung Galiziens. Wenn ich dabei so vorgehe, daß ich die Übersicht nach den einzelnen Archiven gebe, weiß ich wohl, daß damit der zeitliche Ablauf eine gewisse Zerteilung erfährt und durch Überschneidungen bedingte Wiederholungen nicht ganz vermeidbar sind. Doch meine ich, daß die im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts bereits gewonnene stärkere Ressortierung der Verwaltung so weit vorgeschritten war, daß der praktische Zweck der Übersehbarkeit der in Frage kommenden Bestände für eine erste Information immerhin zu gewinnen ist.

Ich beginne dabei mit dem Archiv der Hofkammer und tue ich das nicht nur, weil mir die Aktenbestände dieser vorerst mit der Verwaltung der Staatseinnahmen und Staatsausgaben befaßten Zentralstelle am besten bekannt sind. Es kommt für diese Reihung auch noch der Umstand in Betracht, daß hier nicht nur die Hofkammerakten sondern auch die Registraturen der aus der Hofkammer hervorgegangenen Zentralstellen für die Wahrung der staatlichen Rechte am Münzwesen und am Bergbau und der zur Lenkung und Förderung von Gewerbe, Industrie und Handel verwahrt sind. Schließlich betreut das Hofkammerarchiv auch die Registraturen jener in die Hofkammer eingebauten Domänenhofkommission und ihrer Vorläufer, welche die kameralen Domänen Galiziens, mochten sie aus altem königlichem oder eingezogenem Kirchengut stammen, in oberster Instanz verwaltete. Gerade auf diese kameralen Domänen aber hat Kaiser Joseph II. in den Jahren 1782 bis 1787 deutsche Bauern, meist aus der Pfalz, zur Anlegung von deutschen Mustersiedlungen gerufen. Damit aber hat er den Grundstock des nach der Lage der Kameralgüter weithin über Galizien in zahlreichen Sprachinseln zerstreuten bäuerlichen Deutschtums geschaffen. Diese Bauernkolonisation der Hofkammer auf den staatlichen Domänen Kleinpolens knüpft unmittelbar an die auch auf Staatsgütern durchgeführte deutsche Kolonisation im Banat und der Batschka an. Ihr gegenüber, der um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert und in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts noch gewisse kleine Nachschübe zufielen, ist die Deutschenansiedlung privater polnischer Grundherrn recht bescheiden geblieben. Es enthalten also die galizischen Domänenakten (Fasz. 8, deutsche Ansiedlung) die Quellen über Werbung, Transport, Dotierung und Ansiedlung der deutschen Reichskolonisten, das Wachstum, Gedeihen und Geschick dieser Kolonien. Die Akten des Hofkammerarchivs reichen bis 1820, die Fortsetzung der Hofkammerakten bis 1848 verwahrt die Abteilung Finanzarchiv des Reichsarchivs Wien[1]). Aus diesen Beständen und den damit korrespondierenden des Archivs der Landesregierung

[1]) In den Inventaren der österreichischen staatlichen Archive ist das Inventar dieses Archivs als Teil II erschienen. Wien 1911.

in Lemberg hat auch das bisherige Schrifttum über die Geschichte des bäuerlichen Deutschtums in Galizien, ich nenne hier nur Kaindl, Kuhn und Ludwig Schneider[2]), am meisten geschöpft. Diese Kolonien waren noch viel weniger als die im Banat etwa um der merkantilistischen Peuplierung willen, also Vermehrung der Einwohnerzahl, geschaffen. Sie sollten auch nicht der Germanisierung dienen, sondern sie sollten nach dem Willen des Kaisers, der das Land von seinen Reisen her aus eigener Anschauung kannte, vorbildliche Musterwirtschaftsgebiete für die in der polnischen Zeit äußerst tiefstehende agrarische Urproduktion in Ackerbau und Viehzucht sein[3]). Hier auf den kameralen Domänen, wo nicht der polnische Grundherr oder jüdische Pächter, sondern der kaiserliche Verwalter als Träger der Grundherrschaft den fortgeschrittenen Geist einer allen Neuerungen zugänglichen pfleglichen Wirtschaftslenkung verkörperte, mußte, zumal bei Einsetzung der an sich kulturell höher stehenden deutschen Kolonisten, ein verhältnismäßiger Hochstand in der Landwirtschaft entstehen. Ein solcher Hochstand ist auch tatsächlich entstanden. Er hat dann weithin befruchtend und fördernd auch auf den polnischen Bauer gewirkt.

Die für die Herkunftsforschung aus diesen Domänenakten zu gewinnenden, für die Feststellung des deutschen Blutanteiles so wichtigen sippenkundlichen Daten wurden im Hofkammerarchiv mit Zuhilfenahme von Arbeitskräften, die das Deutsche Ausland-Institut beistellte, gesammelt und in einer großen Kartei festgehalten. Ein stark ergänztes Gleichstück dieser Kartei soll nun auch in die Bestände des h. o. Sippenamtes kommen. In dieser Kartei sind nicht nur die deutschen Kolonisten aus dem Reiche, sondern auch die Staatsgüterbeamten offensichtlich deutschen Blutes, die in diesen Akten mit mannigfachen Daten aufscheinen, zu finden.

Neben dem deutschen Bauern, der das bleibendste und widerstandsfähigste Element im Deutschtum Galiziens darstellt, ist als zweites Element der deutsche Bürger von höchster Bedeutung. Als Handwerker, als Industrieller, als Kaufmann, als Träger der Intelligenzberufe wird er seit dem Theresianischen Ansiedlungspatent von 1774, dem von 1781 und späteren Begünstigungen ins Land gerufen und hat für die Kultur und Wirtschaft im städtischen Wesen dieses Landes durch seine Kenntnisse, sein Vermögen, seinen Besitz an Geld und Gerät und seine Fertigkeit Ungeheures, fast möchte man sagen alles, getan. Auch hier enthält das Hofkammerarchiv in seinen Kommerzakten, besonders aber auch in den Kameral- und Bankalakten eine Fülle von Namen und Tatsachen, die für die Vielseitigkeit und Höhe dieser deutschen Leistung sprechen. Zahlenmäßig muß diese Schicht in erster Linie aus städtischen Quellen festgestellt werden. Namensmäßig werden neben den städtischen Quellen wohl auch die Akten der kameralen Verwaltung manches bieten können.

Ganz wichtig sind als ein Element des Deutschtums im kaiserlichen Galizien die deutschen Beamten aller Zweige der staatlichen Verwaltung. Da Galizien ein Land mit deutscher Amts-, Gerichts- und in den höheren Schulen größtenteils deutscher Unterrichtssprache war, hatte es auch in fast allen höheren Posten deutsche Beamte. Wenn eine übrigens erst nachzuprüfende Nachricht aus dem Vormärz von über 2000 Deutschen unter 8000 Beamten spricht, so heißt

---

[2]) R. F. Kaindl, Geschichte der Deutschen in den Karpatenländern, 3. Band, Gotha 1911. — Walter Kuhn, Artikel Galizien im Handwörterbuch für Grenz- und Auslanddeutschtum 3. Band, und vorher Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien, Münster 1930 in der Sammlung Deutschtum und Ausland 26./27. Heft. — Ludwig Schneider, Das Kolonisationswerk Josephs II. in Galizien, Posen 1939, Ostdeutsche Forschungen hggb. von Viktor Kauder, 9. Band.

[3]) So heißt es in dem „Hauptnormale für das Ansiedlungswesen" vom 3./4. 1787 (Druck bei Dr. Fritz Seefeldt, Quellenbuch zur deutschen Ansiedlung in Galizien unter K. Joseph II., Plauen 1935, Ostdeutsche Forschungen hggb. von Viktor Kauder, 3. Band) im Paragraph 77: „Der Hauptzweck der deutschen Ansiedler in Galizien ist die Emporbringung der Landeskultur und des Kunstfleißes, Urbarmachung öder unbenutzter Grundstücke, Vermehr- und Verbesserung der Viehzucht, dann Ausbildung des sittlichen Charakters der Nationalunterthanen durch das Beispiel der Ansiedler."

das, daß neben einer Menge von polnischen Subalternbeamten die führenden, irgendeine höhere Verantwortlichkeit fordernden Posten mit Deutschen besetzt waren. Dabei ist auch der deutschsprechende, nichtpolnische, slawische oder romanische Beamte dem deutschen in seiner Wirkung gleichzuachten. Schon 1772 sagt Kaiser Joseph zum Statthalter: „Alles soll in deutscher oder lateinischer Sprache traktiert werden." Schon damals mußte jeder Beamte Deutsch lernen. Und die Kenntnis der deutschen Sprache breitete sich ungeheuer aus. Ein Reisender, der Galizien 1840 besuchte, berichtet, daß man in Lemberg soviel Deutsch als Polnisch höre. Jeder halbwegs gebildete Pole mußte deutsch sprechen und schreiben können. So sind denn die als Quelle für jegliche Deutschtumsforschung kaum zu überschätzenden Landesschematismen Galiziens erfüllt von deutschen Beamtennamen, und die Akten des Hofkammerarchivs sind reich an Personaldaten dieser Beamten. Immer findet auch hier das Archivmaterial des Hofkammerarchivs seine Fortsetzung im Finanzarchiv und seine Ergänzung im Lemberger Gubernialarchiv. Eine stichhältige Erforschung des deutschen Blutanteils in Galizien müßte auch wohl an eine Verkartung dieser Menschen gehen. Brauche ich noch zu sagen, daß auch die Hebung der Montanwirtschaft Galiziens, man wird vorerst an das Salz und für die spätere Zeit an das Erdöl, aber auch an die Eisenvorkommen zu denken haben, durchaus eine von den deutschen Technikern und Facharbeitern, die Österreich ins Land brachte, vollbrachte deutsche Leistung ist? Da für das Salz ein Erzeugungs- und Verkaufsmonopol eingeführt war, sind die Spuren dieser Produktion und ihrer Träger in den Akten der Wiener Finanzzentralstellen besonders stark und finden ihre entsprechende Ergänzung wieder im Lemberger Gubernialarchiv. Aber auch noch ein anderer Teil der Wirtschaft, der Verkehr, den die österreichisch-deutsche Verwaltung in die ganze Monarchie in einer für die Zeit großartigen Weise durch Anlegung von Straßen und Wegen hier oft im Zusammenhang mit dem Mautwesen geleitet hat, findet im Hofkammer- und Finanzarchiv wenigstens zum Teil seinen Niederschlag. Ganz besonders läßt sich die Einrichtung der Post von den ältesten Zeiten bis 1848 gut aus den hier verwahrten Akten erschließen. Ganze Generationen deutscher Postmeisterfamilien aus allen Teilen Galiziens sind in den Akten der Wiener Kameralarchive zu verfolgen.

Erwähnen möchte ich hier noch, bevor ich zur Würdigung der Quellen eines anderen Archivs übergehe, die fast grotesk anmutende Tatsache, daß die ungeheueren Verdienste, die sich die deutschösterreichische Verwaltung um die Zivilisierung und Kultivierung dieses in einem elenden Zustande von ihr übernommenen Landes erworben hat, von der polnischen Geschichtsschreibung größtenteils abträgliche Beurteilung gefunden hat. Wie die madjarische Geschichtsschreibung Ungarn, hat die polnische Geschichtsschreibung Galizien gern als das vernachlässigte und spärlich bedachte Stiefkind der deutsch-zentralistischen Verwaltung hingestellt, es gar als das in seiner Rohstoffwirtschaft ausgebeutete, im gewerblich-industriellen Aufbau kaum oder nur ganz unzulänglich bedachte Gebiet ihres Wirkens erscheinen lassen. Da die deutsche Geschichtsschreibung sich nur wenig mit diesem späten und ungern gesehenen Zuwachs der älteren Teile der Monarchie beschäftigt hat, wird hier zur Geschichte der deutschen Leistung auf diesem schwer und mühsam zu bebauenden Gebiet noch viel aus den Wiener Archiven nachzuholen sein.

Wenn ich nun von dem Archiv der inneren Verwaltung Österreichs, dem Archiv der alten österreichischen und vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei, heute im Staatsarchiv des Innern und der Justiz[4]), spreche, so ist vorerst zu sagen, daß dieses Archiv bis zum großen Brand desselben im Justizpalast im Jahre 1927 schon nach seiner zeitlichen Veranlagung besonders reich an Quellen für die Geschichte Galiziens war. War doch die Zeit von der Mitte des

[4]) Näheren Einblick in den Aufbau und Inhalt des älteren Teiles dieses Archives bis zum Jahre 1848 gibt das in der Sammlung der Inventare österreichischer staatlicher Archive als Band I 1909 erschienene „Inventar des allgemeinen Archives des Ministeriums des Innern".

18. Jahrhunderts an, die Zeit der großen Theresianischen Verwaltungszentralstellen, des Directoriums in publicis et cameralibus und der vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei bis 1828 das besterhaltene Mittelstück dieses Archivs. Denn die zeitlich älteren Bestände, darstellend die Archive der österreichischen und böhmischen Hofkanzlei, waren durch Abtretungen und die verheerenden Ausmerzungen des Vormärzes auf kleine, wenn auch in manchen Teilen recht wertvolle Bruchstücke zusammengeschmolzen. Und merkwürdiger Weise war auch das letzte Stück der vereinigten Hofkanzleiregistratur, die Jahre 1828—1848 umfassend, arg dezimiert. Leider hat dann die Untat eines von sozialistisch-kommunistischen Wühlern verhetzten Pöbels, der die mit Benzin übergossenen Aktenmassen dieser wertvollen Bestände in Brand steckte, einen nie wieder gut zu machenden Schaden angerichtet. Immerhin machen die erhaltenen Brandreste dieser Registraturen der Hofkanzlei und der mit ihr räumlich verbundenen Polizeihofstelle es dem, der sich mit der Geschichte der österreichischen Verwaltung in Galizien beschäftigt, zur Pflicht, hier zu forschen. Noch sind die Reste der reichen Fonds, die etwa unter der Signatur II A 6 die umfänglichen Vorschläge zur Einrichtung des neuerworbenen Galizien enthalten, besonders interessant im Vergleich mit den Einrichtungspunkten des um Galizien stets besorgten Kaiser Joseph II., erhalten. In der Abteilung III A ruhten die Bestände über die Einrichtung der Gubernien und der Kreise, die Abteilung IV A barg auch noch Akten über die spätere deutsch-böhmische Kolonisation. Die unter IV B bewahrten Akten wieder geben über das katholische und auch, was für Galizien sehr in Frage kommt, evangelische Kirchenwesen ($^3/_5$ des bäuerlichen Galiziendeutschtums war evangelisch) in seinem Verhältnis zum Staat Aufschluß. Dem glücklichen Umstand, daß diese Akten Jahrzehnte vor dem Brand an das Unterrichts- und Kultusarchiv abgetreten wurden, ist ihre Erhaltung zu danken. Und wie groß an Zahl und reich an Inhalt waren erst die Bestände der Abteilung IV und V, die so recht deutlich zeigten, wie groß die Menge von Betreffen war, mit denen sich der merkantilistische Staat, der doch des Gebietens und Verbietens kein Ende kannte, zur Erlangung der Glückseligkeit seiner Untertanen befassen zu müssen glaubte. Ich hebe hier die Signatur IV K hervor, die in der Abteilung Galizien die Summe dessen darstellt, was der deutsch-österreichische Staat an Bauernschutz für das von der Schlachzizenwirtschaft des polnischen Adels ausgezogene polnische Bauernvolk getan hat. Wenn es im Aufstand von 1846 dem polnischen Adel und dem vielfach mit ihm verbundenen polnischen Klerus ganz und gar nicht gelang, die bäuerlichen Adelsuntertanen zum Aufruhr gegen das deutschzentralistische Regime aufzustacheln, der in einer Ermordung aller Träger dieses Regimes im Beamtentum und dem Militär gipfeln sollte, wenn im Gegenteil vielfach das Bauerntum umgekehrt mit den Regierungsorganen und dem deutschen Militär gegen die adeligen polnischen Grundherren kämpfte, so ist das eben dem bauernfreundlichen österreichischen Regime zu danken. Da waren IV D die Gnaden des Staates für seine Untertanen vom Adel bis zu den städtischen und Gewerbeprivilegien belangend, IV F das Gewerbewesen, IV J typisch für die Zeit, die Aufsicht des Staates über die städtische Verwaltung betreffend. Ich nenne noch die in vielen Unterteilungen aufgespaltene Großsignatur IV L, welche die Maßnahmen der österreichischen politischen Zentralstelle in allen Sanitätssachen umreißt, gedenke der unter IV M und IV N liegenden Sicherheitssachen, der wichtigen Abteilung IV T, die Behandlung der Juden angehend, und viele andere. Ich will Sie nicht mit weiteren Einzelheiten langweilen, will nur noch ein Wort über die hier auch bewahrt gewesenen, in ansehnlichen Resten erhaltenen Akten der Polizeihofstelle sagen. Es ist ja bekannt, daß der österreichische Staat seit der josephinischen Zeit einen großen Apparat von polizeilichen Organisationen, die nicht nur die Funktionen der Ordnungspolizei, soweit sie nicht in den Händen autonomer Bildungen lag, sondern auch der Staatspolizei im Sinne der Übersehung politisch nationaler und konstitutionell-zentrifugaler Bestrebungen zu erfüllen hatte, aufrecht erhielt. Die Berichte (Stimmungsberichte) aus den Ländern, hier zumal über die polnischen Einheitsbemühungen, liefen in den Aktenbeständen der Wiener Polizeihofstelle, die bis 1848 unter dem gefürchteten Sedlnitzky stand, zusammen. Auch die Bestände des in seinen Teilen zwar nicht gleichmäßig

hochwertigen aber doch recht reichen Archives waren im Staatsarchiv des Innern bewahrt und sind zum größern Teil dem Brand von 1927 zum Opfer gefallen. Eine Perlustrierung der nach dem Verlust der Behelfbücher vielfach schon wieder recht gut aufgeschlossenen Brandreste kann sich der Erforscher der inneren Geschichte Galiziens, bei der Wichtigkeit der Akten für die Beurteilung des Verhältnisses des zentralistischen Systems zur Bevölkerung, kaum schenken. Nun birgt aber das Staatsarchiv des Innern und der Justiz auch die präsidiale und allgemeine Registratur des Ministeriums des Innern bis 1918. Es birgt da also — so weit es nicht auch ein Raub der Flammen wurde — den Niederschlag der Innenverwaltung der neo-absolutistischen Bach' schen Zeit 1849—1859. Und auch diese viel geschmähte Zeit war für Galizien gesehen erfüllt von einer Summe von Bemühungen, noch einmal mit einem straff zentralistischen System das Staats- und Reichsproblem Österreichs auch in den Außenbezirken zu meistern. Schließlich zeigen die Bestände dieses Archivs aber auch die Wege der Regierung nach 1859, wo Föderalismus und Autonomie immer weiter vom deutschen Zentralismus abrücken lassen und immer mehr in das Gestrüpp einer Regierungsweise führten, die um den Preis der Hilfe des im Polenklub des Wiener Reichstages konzentrierten polnischen Adelsklügels zur Rettung der immer schmaler werdenden zentralen Interessen der Dynastie und des Reiches, Galizien der schrankenlosen Polonisierung preisgibt. Auch die Registraturen der Ressortministerien des Handels, des Ackerbaus und der Justiz, die etwa noch die Akten über den langwierigen Kampf um die Gerichtssprache, die wenigen noch verteidigten deutschen Richterposten, natürlich auch den polnisch-ruthenischen Sprachkampf aufweisen, sind hier verwahrt, ebenso wie die Protokolle des späteren Ministerrats und seines Präsidiums.

Wenn ich hier von Polonisierung gesprochen habe, wird es vielleicht gut sein, einmal an Beispielen zu zeigen, was in Galizien alles polonisiert werden konnte[5]). Das Hofdekret Kaiser Joseph II. vom 1. Dezember 1785 hatte ja die deutsche Sprache zur Amtssprache beim Gubernium und den Kreisen und zur Gerichtssprache gemacht. Auch ständischer Beamter konnte nach dem Justizdekret vom 5. August 1780 nur jemand werden, der die deutsche Sprache meisterte. Jedes staatliche Stipendium konnte nur bekommen, wer des Deutschens mächtig war. 1789 führte Kaiser Joseph deutsche Sprachkurse für Beamte an der Universität Lemberg ein. Auch die Advokaten mußten im Sinne des Justiz-Hofdekrets vom 13. Juli 1789 bei Gefahr des Verlustes ihrer Advokatur deutsch sprechen. Wenn die 1796 herausgekommenen Gerichtsordnungen auch in lateinischer und polnischer Übersetzung ausgegeben wurden, war der deutsche Text doch der allein maßgebende. 1815 wird bestimmt, daß beim Wechselgericht in Lemberg, wenig später auch in Brody, nur in deutscher Sprache verhandelt werden durfte. Das Dekret der Studienhofkommission vom 5. Dezember 1817 läßt erkennen, daß an der Universität Lemberg deutsch gelehrt wurde und der polnischen Sprache und Literatur nur 3 Stunden in der Woche vorbehalten waren. Es war schon eine gewisse Konzession, wenn das Hofkanzleidekret vom 22. Oktober 1827 den in Galizien anzustellenden Beamten die Kenntnis mindestens einer slawischen Sprache vorschrieb. Die Verordnungen des Jahres 1848 lassen hinsichtlich der Unterrichtssprache erkennen, daß die deutsche Sprache noch immer an erster Stelle stand; erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ist dies anders geworden, wobei auch zu bemerken ist, daß die Vortragenden für polnische und erst recht ruthenische Sprache vielfach fehlten. 1849 erst werden Ausgaben des Reichsgesetzblattes in den Landessprachen eingeführt. Gerichtssprache war aber in den 50er Jahren in Galizien noch immer deutsch. Noch nach der Entschließung von 1. Dezember 1857 hatten Staatsanwalt und Verteidiger ihre Vorträge nur in deutscher Sprache zu halten. Im Mittelschul-

---

[5]) Die Akten zu den hier zitierten Hofdekreten sind in den entsprechenden Wiener Zentralarchiven zu finden. Eine umfängliche Sammlung solcher Dekrete ist zu finden in den Buch von Alfred Fischel, Das österreichische Sprachenrecht. Eine Quellensammlung. 2. vermehrte Auflage, Brünn 1910.

unterricht sollte noch 1859 die deutsche Sprache dort, wo sie nicht ausschließlich zur Anwendung kam, in den höheren Klassen vorherrschend sein, da sie allein die Erlangung des Lehrzieles gewährleiste. Als dann um 1860 (Ministerpräsident Goluchowski) die deutsche Sprache nicht mehr die alleinige Gerichtssprache bleibt, war die Sprache der Justizstellen im Land untereinander und mit dem Ministerium immer noch deutsch. Im Unterricht wird dann 1867 die polnische Sprache allgemein in den Mittelschulen Galiziens eingeführt. 1869 wird auch die innere Amtssprache in Galizien die polnische. Nun wird 1871 die polnische Sprache auch Prüfungssprache an den Universitäten. Ebenso werden jetzt auch die bisher zu Gunsten der deutschen Sprache bestehenden Verordnungen an den Universitäten aufgehoben, was noch keine völlige Polonisierung bedeutete, denn noch gab es wenigstens in Lemberg einige deutsch besetzte Kanzeln. Immerhin war 1878 ein Zustand erreicht, den der österreichische Sektionschef im Wiener Unterrichtsministerium, Karl Lehmayer, in seinem 1878 erschienenen Buch über die Verwaltung der österreichischen Hochschulen 1868—1877 mit den Worten kennzeichnet: In den fünfziger Jahren war an den beiden galizischen Universitäten die Unterrichts- und Prüfungssprache ausschließlich die deutsche — heute ist es an beiden fast ausschließlich die polnische. So rasch hatte seit 1859 mit der sogenannten Autonomie die Polonisierung durchgegriffen. Jetzt waren natürlich auch die deutschen Beamten und die deutschen Professoren — noch in den 70er Jahren hatte der berühmte deutsche Rechtshistoriker Heinrich Brunner in Lemberg gelesen — durch polnische ersetzt. Zu all diesen Entwicklungen des allmählichen Durchdringens der Polonisierung gibt es natürlich in den Archiven Wiens ein reiches Quellenmaterial, zu dem auch immer in der konstitutionellen Zeit die Protokolle der gesetzgebenden Körperschaften und die heute auch zum Archiv des Innern und der Justiz zuzurechnenden Akten des Parlaments gehören.

Wenn ich nun von den großen Wiener Archiven noch des Kriegs-, heute Heeresarchivs gedenke, so ist ja an erster Stelle wieder einmal zu betonen, welch ungeheuer germanisierend- zivilisierend-kultivierender Faktor überhaupt das österreichische Heer in den Ostgebieten insbesondere gewesen ist. Daß die deutsche Kommandosprache bis zum letzten bitteren Ende erhalten blieb, ist bekannt. Ebenso, daß man gerade hierher gerne deutsche Regimenter legte, die viel deutsches Blut nach Galizien brachten. Die Einzelsippenforschung, auf die wir hier nun einmal ganz und gar nicht verzichten können, wird in den Musterlisten und Standestabellen, in den Grundbuchblättern und Militärmatriken der kaiserlichen Armee ein ungeheures Material finden. Rein kriegsgeschichtlich gesehen erinnere ich an die Bestände des Heeresarchivs über den Aufstand von 1846, wo sich Ludwig Benedek durch bravouröse Leistungen in der für seine Truppen verlustlosen Niederkämpfung der polnischen Schlachta große Verdienste erwarb. Die Dislokationstabellen lassen die Standorte nichtpolnischer Regimenter, die auch wenn sie sich nicht aus deutschen Gebieten rekrutierten, doch germanisierend wirkten, erkennen. Das Heeresarchiv birgt aber noch einen großen Schatz: Die josephinische Landesaufnahme, durchgeführt vom Generalquartiermeisterstab des Heeres 1775—1783[6]). Hatte schon in den ersten Jahren der Besitznahme des Landes der Gubernialrat Abbé J. Lisganig eine Karte Galiziens — freilich ohne Terrainaufnahme — hergestellt, die für ihre Zeit eine beträchtliche Leistung ist, so wurde in den genannten Jahren eine Landesaufnahme für vorerst militärische Zwecke durchgeführt. Diese Karte, welche den Maßstab 1:28 800 hat, stellt das 1772 erworbene Land in 413 kolorierten Blättern in der Größe 64 × 42 dar. Auf Grund dieser und der Lisganigschen Karte wurden dann auch Kreiskarten und entsprechende Verkleinerungen hergestellt. Ich brauche nicht weiter zu unterstreichen, welch einen Behelf besonders auch für die Erkenntnis der deutschen Siedlung diese Karte darstellt.

---

[6]) Vgl. dazu Puldus, Die militärischen Aufnahmen im Bereich der Habsburgischen Länder aus der Zeit K. Josephs II. Denkschriften der Akademie der Wissenschaften in Wien 26. Band 1919.

An letzter Stelle habe ich schließlich noch von dem Archiv zu sprechen, das an Größe und Bedeutung alle vorangegangenen weitaus übertrifft, dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv[7]). Dieses Archiv, dessen Bedeutung sich nicht nur aus dem Umstand ergibt, daß es in der alten Monarchie lange Zeit als Archiv und Forschungsstätte κατ'εξοχην galt, an das die Archive (besser gesagt Registraturen) der anderen Zentralstellen die besten Stücke und Bestände abzugeben hatten, das die Klosterarchive nach der josephinischen Aufhebung so gut aufnahm wie dorthin die Bestände der alten Reichsstellen nach 1806 fielen, hat auch für die österreichische Zeit Galiziens äußerst wertvolle geschichtliche Quellen. Da liegen schon einmal die Akten über die Erwerbung des Landes bei der Teilung von Polen, in denen sich der Gegensatz zwischen der Kaiserin, die von dieser Teilung nichts wissen wollte, zu ihrem Sohne Joseph und ihrem Kanzler Kaunitz so deutlich spiegelt. Da Galizien in der ersten Zeit nach seiner Erwerbung von einem Departement der Staatskanzlei verwaltet worden war und das Archiv dieser mit der Außenpolitik der Monarchie betrauten Stelle hier liegt, so sind also auch die ersten Verwaltungsakten im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu suchen. Über Willen des Kaisers Joseph II., der das Land wiederholt bereist hat, wurde eine eigene Hofkommission, dann sogar eine eigene Hofkanzlei, die allerdings schon 1776 in die vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei einmündete, bestellt. Im Hausarchiv liegen die wichtigen Reisejournale Kaiser Josephs mit ihren Beilagen, aber auch die Akten der ersten zentralen Verwaltungsbehörden sind noch hier zu finden, wie denn auch dort in der Sammlung der Nachlässe noch wichtige Bestände aus der Verlassenschaft führender österreichischer Staatsmänner in Galizien (Pergen, Brigido, Lazansky) zu finden sind. Die ganze große Fülle österreichischer Verwaltungsmaßnahmen in Galizien bis 1848 spiegelt sich in den Beständen des Staatsrates, der beratenden Behörde des Herrschers in allen Teilen der inneren Politik im weitesten Sinn von 1761—1848. Niemand, der die innere Geschichte Österreichs in dieser Zeit verfolgt, kann an den Beständen mit ihren Voten und Vorträgen vorübergehen. Daneben laufen noch die sogenannten Kaiser-Franz-Akten und die Fülle der bis zum Ende der Monarchie reichenden Kabinettsakten, die der Niederschlag aller bis in das kaiserliche Kabinett des Herrschers reichenden Verwaltungs-, Finanz- und Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung — und was reichte bei den Habsburgern, die v. Maria Theresia bis Franz Joseph fleißige Aktenerlediger waren, schon nicht so weit — sind. Ich brauche nicht zu erwähnen, daß auch der außenpolitische Verkehr mit dem von 1809—1846 bestandenen Freistaat Krakau hier seine Spuren hinterließ. Auch die Zeit nach 1848 hat hier im Archiv des Reichsrates, der als eine Art Fortsetzung des Staatsrats noch einmal die gewaltige Leistung der Ressortministerien, deren Registraturen zum Teil nicht gut erhalten sind, widerspiegelt, ihren Niederschlag gefunden. Es ist dies die Zeit des sogenannten Neuabsolutismus, deren repräsentativster Mann der Innenminister Bach war, ist die Zeit der letzten und höchsten Anstrengung, Österreich und damals auch Ungarn deutsch zu regieren. In der Geschichtsschreibung der späteren Jahre, nicht nur der madjarischen und slawischen, oft abträglich beurteilt, kann ihr doch kein objektiver Beurteiler große und größte Leistungen absprechen. Die Aufhebung der alten Grundherrschaften mit dem Untertanenverband und die Übernahme der verwaltungsmäßigen, finanziellen und richterlichen Befugnisse durch den Staat, ist eine Riesenaufgabe, die dieser Neuabsolutismus rechtlich sauber und sozial gerecht durchgeführt hat. Die damit im Zusammenhang stehende Anlage eines Steuerkatasters nicht minder. Aber auch im Schritthalten mit den durch die Fortschritte der Technik gebotenen Neuerungen auf dem Gebiete des Verkehrs, der Produktion im weitesten Sinne der Wirtschaft überhaupt, hat er sich den Geboten der Stunde keineswegs verschlossen. Daß er sich dabei einer deutsch geführten Verwaltung bediente, für deutschen Nachwuchs in der Beamtenschaft und der bürgerlichen Schicht Sorge trug, hat ihm seine Aufgabe erleichtert, wohl erst ermöglicht. Es trug diesem Neuabsolutismus freilich den unauslöschlichen Haß der Madjaren ein, wenn er erklärte,

---

[7]) Das Gesamtinventar des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs ist in großartiger Ausführlichkeit als Teil V der Inventare der österreichischen Staatlichen Archive in 5 Bänden erschienen. Wien 1936ff bei Adolf Holzhausen.

die madjarische Sprache sei nur eine ethnographische aber keine Kultursprache und der Unterricht in ihr dürfe über die Untermittelschule nicht hinausreichen. Im polnischen Galizien war es ähnlich.

Ich könnte wohl noch manches über die Bestände der Wiener Archive aus der Zeit nach 1860 sagen. Aber es ist nicht mehr die Zeit einer aussichtsreichen deutschen Siedlung, denn sie war immer erkennbarer durch die Gefahr des Versinkens im Meere der Polonisierung bedroht. Es ist nicht die Zeit jener deutschen Geltung in der Lenkung des Landes, die in diesem Lande so viel zu seiner Europäisierung getan hat. Auch habe ich Ihnen doch vielleicht einen schwachen Begriff davon geben können, was die Wiener Archive als Zeugen der deutschen Siedlung, Leistung und Geltung bieten können. Sie muß nur noch immer deutlicher aufgezeigt werden. Was an uns Wiener Archivaren liegt, diese Schätze bereitzustellen, wird gerne geschehen.

BUCHBESPRECHUNGEN

„Deutsche Ostforschung". Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg. In: Deutschland und der Osten. Bd. 20. Hrsg. von H. Aubin, O. Brunner, W. Kohte u. J. Papritz (1. Bd., X, 596 S. mit 21 Ktn.) Leipzig 1942. S. Hirzel. RM 18.—

In dem dem Historiker, Archivar und Volkstumspolitiker Albert Brackmann anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmeten Sammelwerke geben viele Freunde und Schüler den schon lange notwendigen Querschnitt durch die Arbeitsergebnisse der ostdeutschen Volkstums- und Landesforschung und haben damit zugleich die recht umfangreiche wissenschaftliche Volkstumsarbeit in ihren wichtigsten Ergebnissen weiteren Kreisen erschlossen und zugänglich gemacht.

Es ist im Rahmen einer auf kleinem Raume beschränkten Besprechung schon nicht möglich, alle Titel der Beiträge zu nennen, viel weniger noch Inhalt und Einwendungen darzulegen, die sich hier und da aus der Lektüre ergeben. — Min.-Dir. E. Vollert würdigt die großen einmaligen Verdienste Brackmanns um die deutsche Ostforschung, N. Krebs gestaltet in gewohnter Meisterschaft geographisch-historischer Darstellung eine Gesamtschau über den „Bereich der deutschen Ausstrahlung im Osten" (S. 12—30), E. O. Koßmann zeichnet die geschichtlich-geographischen Kräfte in der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung (S. 31—57), E. Keyser schildert Wege und Ziele in der „Erforschung der Bevölkerungsgeschichte des deutschen Ostens" (S. 90—104), H. Aubin entwirft ein „Gesamtbild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung" (S. 331—361), der Altmeister der Siedlungsgeschichte R. Kötzschke betrachtet „die Siedelformen des deutschen Nordostens und Südostens" volks- und sozialhistorisch (S. 362—390), E. Maschke würdigt die Forschungen über „das mittelalterliche Deutschtum in Polen" (S. 486—515), E. Lendl behandelt „die deutschen Stadtanlagen im südöstlichen Mitteleuropa und ihre Erforschung" (S. 516—536). Das Sammelwerk enthält weitere, namentlich historische Arbeiten von W. La Baume, C. Engel, E. Petersen, G. Sappok, W. Koppe, W. Unverzagt, Th. Mayer, F. Baethgen, W. Weizsäcker, F. Rörig, K. Kasiske, F. Morre, O. Reche, E. Schwarz und E. Gierach. Die Gestaltung der Karten hatte Fr. Doubek in Händen.

Umfang und Inhaltsfülle eines so gewichtigen Bandes von fast 600 Seiten überwältigen nicht selten einen Rezensenten und lassen ihn argwöhnen, daß sich die Begriffe multa und multum nicht immer decken. In diesem Falle mußte jedoch das erste Abwehrempfinden gegen Lektüre und Besprechung nach tieferem Eindringen in Anerkennung, Beifall und ein hohes Bereicherungsgefühl übergehen. Denn weit sind die auf den verschiedenen Sachgebieten und Gesichtskreisen eröffneten Ausblicke, problemsatt die entworfenen Raum- und Kulturbilder, aufgehellt die wirtschafts-, staaten- und weltgeschichtlichen Hintergründe, abwägend die Urteile, beachtlich das ganze wissenschaftliche Niveau. Man ersieht andererseits auch wieder, daß immer noch wichtige Fragen ob ihrer Verwickeltheit der Beantwortung harren und der Forschung weites Feld auch fernerhin geben. Für die Wirkung einer solchen Gemeinschaftstat, ihren erhofften Niederschlag in Politik und Verwaltung ist das Vertrauen berechtigt, daß der Schatz an Wissen, Erfahrung und Erkenntnis, der in diesem Festband aufgespeichert liegt, bei der kommenden Neuordnung Osteuropas reiche Frucht tragen möge!

Dr. E. R. **Fugmann,** Krakau

Hans Joachim Beyer, Ziele und Methoden der südöstlichen Volkstumspolitik Polens. Nationalitäten- und Kirchenpolitische Tendenzen der Warschauer Regierung gegenüber den Weißruthenen und Ukrainern von 1919 bis 1939. Separatdruck aus „Südost-Forschungen" hrsg. v. F. Valjavec. 70 S.

Die Nationalitätenfrage bildete immer eines der Kernprobleme in der Innenpolitik des ehemaligen polnischen Staates. Vor allem gestaltete sich das Verhältnis der Warschauer Regierung zu den Weißruthenen und Ukrainern infolge seiner engen Verknüpfung mit kirchenpolitischen Problemen besonders schwierig. Diese außerordentlich undurchsichtigen Zusammenhänge, die bisher noch überhaupt nicht erforscht waren, sind durch die vorliegende ausgezeichnete Untersuchung von H. J. Beyer-Prag weitgehend aufgeklärt worden. Auf Grund von Akten der ehemaligen polnischen Verwaltung werden die politischen Tendenzen der Warschauer Zentrale und ihrer untergeordneten Dienststellen gegenüber den Staatsbürgern ukrainischer und weißruthenischer Zunge umfassend dargestellt.

Während die polnische Nationalentwicklung der letzten hundert Jahre darauf hinauslief, innerhalb des polnischen Volkstums vorhandene Stammesgruppen weitgehend einzuschmelzen, war die Volkstumspolitik gegenüber der ukrainischen Volksgruppe von der Absicht getragen, die sich möglicherweise bildende Einheit des Ukrainertums durch die Ausprägung von Sonderstämmen zu verhindern, wobei die sogenannte Sokalgrenze eine besondere Rolle spielte. In den letzten Jahren vor dem Polenfeldzug trat dann aber die Tendenz, eine möglichst schnelle unmittelbare Polonisierung durchzusetzen, immer mehr in den Vordergrund. Besonders deutlich wird diese Einstellung der polnischen Verwaltung und ihr Kurswechsel im Falle der Lemken.

Die Warschauer Regierung hat auch versucht, den Russophilismus für seine volkstumspolitischen Ziele einzusetzen, ohne allerdings zu greifbaren Ergebnissen zu kommen. Größer waren die Erfolge auf parteipolitisch-ideologischem Gebiet, wo man die Einigung des Ukrainertums geschickt zu verhindern versuchte.

In kirchenpolitischer Hinsicht stützte die polnische Regierung die sogenannte „lateinische" Richtung des Stanislauer Klerikalismus, die von dem unierten Bischof Chomyšyn geführt wurde und wegen ihrer polenfreundlichen Haltung in deutlichem Gegensatz zu der völkischen Kulturarbeit der Ukrainer stand. Die Haltung Warschaus gegenüber der orthodoxen Kirche hat verschiedene Wandlungen erfahren. Infolge der innerkirchlichen Streitigkeiten konnte aber der polnische Staat seinen Einfluß immer stärker geltend machen und im „Äußeren Statut" vom 18. 11. 1938 im Hinblick auf seine Polonisierungsbestrebungen einen unbestreitbaren Erfolg für sich buchen.

Die verdienstvolle Arbeit H. J. Beyers hellt Sachverhalte auf, deren Kenntnis eine wesentliche Voraussetzung für die volkspolitischen Aufgaben der deutschen Führung darstellt.

Dr. habil. **E. Riemann,** Krakau

Müller, Theodor: Landeskunde des Generalgouvernements (i. A. der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements bearbeitet) Burgverlag Krakau GmbH. 1943, 8°, Kart., 135 S., 43 Abb., 1 Kt. 6 Zl. (3 RM).

Diese Neuerscheinung kommt dem Bedürfnis weiter Kreise der deutschen Bevölkerung des Generalgouvernements nach einer allgemeinverständlichen, auf wissenschaftlicher Grundlage aufbauenden Landeskunde des neugewonnenen deutschen Lebensraumes an des Reiches Ostgrenze stärkstens entgegen. Die Gliederung des Buches in einen allgemeinen Teil unter der Überschrift „Das Land als Ganzes" und einen speziellen über die Landschaften des Generalgouvernements ist außerordentlich ansprechend. Zu Beginn wird dem Leser in einer geschichtlichen Einführung, die mit der vorgeschichtlichen, germanischen Besiedlung beginnt, vor allem ein gutes Bild über die deutschen Siedlungsepochen vom Mittelalter bis zur neuesten Zeit gegeben, und weiter wird er in die hiesigen landeskundlichen, verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Verhältnisse eingeführt. Wendet sich dieser Teil an einen weitesten Leserkreis, so wird die Beschreibung der Einzellandschaften, in der neben der Schilderung des Landes und der Entstehung seiner Oberflächenformen wieder geschichtlichen und wirtschaftlichen Tatsachen und vor allem der Bedeutung der Groß- und Mittelstädte weiteste Beachtung gezollt wird, besonders für den Erzieher der deutschen Jugend von Wert sein, welcher dieses Buch als willkommenes Rüstzeug für den Schulunterricht begrüßen wird. Es ist das Verdienst des Verfassers, der sich schon im Reich einen Namen durch seine schulgeographischen Bücher gemacht hat, weiten Kreisen hauptsächlich der aus dem Reich zugewanderten Deutschen zu einer ersten Landeskenntnis verholfen zu haben, und neben dem Lehrer wird auch der ältere Schüler gern nach diesem Buch greifen, das für ihn die erste Heimatkunde des neuen Lebensraumes darstellt.

Bei einer zu erwartenden Neuauflage wäre eine wesentliche Vervollständigung der Karte unbedingt erforderlich; auch Schrifttumshinweise, die zur Weiterbildung anregen könnten, möchten nicht fehlen. In diesem Zusammenhang ist allgemein für das neue deutsche Schrifttum zu empfehlen, bei der Anführung mittelalterlicher deutscher Ortsnamen mehr Vorsicht walten zu lassen.

Gisela **Hildebrandt,** Krakau

Friedrich Gollert; Warschau unter deutscher Herrschaft (Deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau). Im Auftrag des Gouverneurs des Distrikts Warschau SA-Obergruppenführer Dr. Ludwig Fischer unter Benutzung amtlicher Unterlagen bearbeitet. Krakau: Buchverlag Deutscher Osten. 1942.

Schon rein umfangmäßig übertrifft diese Neuerscheinung die vorangegangene Veröffentlichung des Verfassers „Zwei Jahre Aufbauarbeit im Distrikt Warschau". Die freundliche Aufnahme dieses ersten Rechenschaftsberichtes mag eine neue Bearbeitung angeregt haben, und als solche liegt sie uns nunmehr in einer auch sachlich wesentlich vertieften Form vor. Zwar wurde grundsätzlich an der bisherigen Stoffgliederung festgehalten, doch haben einige Abschnitte eine mehr oder weniger große Ausgestaltung erfahren. Besonders zu begrüßen ist eine ausführlichere geschichtliche Fundierung der deutschen Leistung im Weichselraum in der Vergangenheit, womit sich das deutsche Herrschaftsrecht auch als Folge seiner in diesem Raum bereits geleisteten Kulturarbeit ergibt. Daß sich das Deutschtum seiner Sendung bewußt ist, weist das Buch an der in den letzten 3 Jahren trotz der vielen Schwierigkeiten, die sich nach Ausbreitung des Kriegsgeschehens in vermehrtem Umfang eingestellt haben und einer optimalen Kräfteentfaltung im Wege stehen, in nüchternen Erfolgsberichten nach. Für alle die Leser im Reich, die sich ein Bild von der Arbeitstätigkeit der hier eingesetzten Deutschen machen wollen, sei besonders auf die rastlose Kleinarbeit der Kreishauptleute hingewiesen, von der ein wirkungsvolles Bild entworfen wird. Im übrigen kann vieles, was für den Distrikt Warschau gesagt wird, auch auf die übrigen Gebietsteile des Generalgouvernements übertragen werden.

Das Buch ist gegenüber der ersten Auflage um viele gute Bilder vermehrt, die den Text wirkungsvoll illustrieren. Ein instruktiv geschriebenes und leicht zu lesendes Buch, das sich eines breiten und interessierten Leserkreises gewiß sein kann.

Dr. H.-K. **Nonnenmacher,** Krakau

A B B I L D U N G S V E R Z E I C H N I S

Titelbild: KRAKAU. Verkleinerte Wiedergabe des mit dem 1. Preis für Graphik des vom Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau ausgeworfenen Veit-Stoß-Preises ausgezeichneten Holzschnitts von Professor Erich Feyerabend

In: FLIETHMANN, Das Deutsche Volk und die Völker Osteuropas. Eine volksbiologische Skizze

Abb. 1. Karte der Bevölkerungsdichte 151
Abb. 2. Verhältnis von Fläche und Bevölkerungszahl der Staaten 152
Abb. 3. Karte der Bodennutzung 153
Abb. 4. Landwirtschaftlich nutzbare Fläche in Prozent der Gesamtfläche der Staaten 156
Abb. 5. Karte der Verbreitung der Bodenschätze 157
Abb. 6. Prozentanteil der Erwerbstätigen in den Berufen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr . . 159
Abb. 7. Verhältnis von Agrarland zu Agrarbevölkerung zu Gesamtbevölkerung 162
Abb. 8. Verteilung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen 165
Abb. 9. Karte der Bevölkerungsbewegung, Eheschließungen 167
Abb. 10. „ „ „ , Lebendgeborene 168
Abb. 11. „ „ „ , Gestorbene 170
Abb. 12. „ „ „ , Natürliche Bevölkerungsvermehrung 172
Abb. 13. Bevölkerungsbewegung von Deutschland 173
Abb. 14. „ „ Österreich 174
Abb. 15. „ des Sudetendeutschen Gebietes 174
Abb. 16. „ von Finnland 174
Abb. 17. „ „ Estland 175
Abb. 18. „ „ Lettland 175
Abb. 19. „ „ Litauen 176
Abb. 20. „ „ Polen 176
Abb. 21. „ „ Slowakei 177
Abb. 22. „ „ Ungarn 177
Abb. 23. „ „ Griechenland 178
Abb. 24. „ „ Rumänien 178
Abb. 25. „ „ Jugoslawien 178
Abb. 26. „ „ Bulgarien 179
Abb. 27. Bevölkerungsbewegung in Stadt und Land 180

In: SOMMERFELDT, Galizien und die ersten russisch-jüdischen Auswanderungswellen nach Amerika
Karte der Herkunftsorte der russisch-jüdischen Auswanderer 1881—1882.

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

In Kürze erscheinen:

Beiträge zur Siedlungsgeographie des Generalgouvernements

herausgegeben von Dr. phil. habil. Hans Graul

1. Zur Typologie der Rodungssiedlungen auf der Nordabdachung der Karpaten von Dr. Hans Graul
2. Dorfuntersuchungen in dem alten deutsch-ukrainischen Grenzbereich von Landshut von Gisela Hildebrandt mit einem Materialbeitrag von Stud.-Ass. O. Adamski

Zeittafel zur Geschichte des Weichselraumes

von Dr. Erwin Hoff, Krakau

Die polnische Nationaldemokratie im Weltkrieg und auf der Pariser Friedenskonferenz

von Dr. Ellinor v. Puttkamer, Berlin

BURGVERLAG KRAKAU G.m.b.H.
VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS
FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

Bereits erschienen:

Die Preußische Polenpolitik 1772-1914

von Professor Dr. Laubert, Berlin

242 Seiten Preis: Zl. 15.— (RM. 7.50)

Lublins Gründungshandfesten zu deutschem Recht 1317/1342

von Dr. Erwin Hoff, Krakau

84 Seiten / 24 Urkunden / Preis: Zl. 10.— (RM. 5.—)

Die Anfänge des polnischen Staates

von Dr. phil. habil. Ludat, Reichsuniversität Posen

94 Seiten Preis: Zl. 7.50 (RM. 3.75)

BURGVERLAG KRAKAU G.m.b.H.

VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU